

25. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Oktober 2005

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	964
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	964
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	964
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung	964
Abg. Perschau (CDU) zur Geschäftsordnung	965

Fragestunde

1. Vermarktung des Geländes der Wilhelm-Kaisen-Kaserne

Anfrage der Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 15. September 2005 966

3. Tami-Oelfken-Schule unter Hochspannung

Anfrage der Abgeordneten Schmidtman, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. September 2005 968

4. Ermessensspielräume nutzen - Ausländerbehörde entlasten

Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Oktober 2005 969

Aktuelle Stunde

Campingplatzverlegung: Schilda lässt grüßen

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	970
Abg. Frau Busch (SPD)	971
Abg. Frau Winther (CDU)	973
Senator Kastendiek	974
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	977
Senator Kastendiek	978

Das Sportprofil an Bremer Schulen stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 23. Juni 2005

(Drucksache 16/353 S)

Abg. Rohmeyer (CDU)	978
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	979
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	980
Senator Lemke	981
Abstimmung	983

Evaluierung des „Integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen“ - IFP 2010

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005

(Drucksache 16/358 S)

Konsequenzen aus der Evaluierung des Integrierten Flächenprogramms ziehen: Schluss mit der ausufernden Flächenpolitik

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 7. September 2005

(Drucksache 16/396 S)

Abg. Liess (SPD)	983
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	985
Abg. Frau Winther (CDU)	987
Abg. Liess (SPD)	989
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	989
Senator Kastendiek	990
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	993
Abstimmung	993

Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba

Bürgerantrag vom 24. August 2005

(Drucksache 16/404 S)

Abg. Böhrnsen (SPD)	994
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	996
Abg. Perschau (CDU)	998
Senator Dr. Nußbaum	999
Abg. Böhrnsen (SPD)	1001
Abg. Perschau (CDU)	1002
Abstimmung	1003

Öffnungszeiten im gastronomischen Außenbereich bis 24.00 Uhr

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
 vom 6. Juli 2005
 (Drucksache 16/360 S)

Großzügige und flexible Öffnungszeiten für die Außengastronomie

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 10. Oktober 2005
 (Drucksache 16/408 S)

Abg. Frau Winther (CDU)	1003
Abg. Liess (SPD)	1005
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	1005
Staatsrätin Kramer	1006
Abstimmung	1007

Kein Eintrittsgeld für den Rhododendronpark

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 12. Juli 2005
 (Drucksache 16/361 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1008
Abg. Imhoff (CDU)	1009
Abg. Dr. Schuster (SPD)	1010
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1012
Staatsrätin Kramer	1012
Abstimmung	1013

Abwassergebühren gerecht und ökologisch gestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 12. Juli 2005
 (Drucksache 16/362 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1013
Abg. Frau Ahrens (CDU)	1014
Abg. Dr. Schuster (SPD)	1016
Abstimmung	1017

Ortsgesetz zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde (BremStBOG)

Mitteilung des Senats vom 6. September 2005

(Drucksache 16/392 S)	1017
-----------------------------	------

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001**

16. Änderung

(ehemals 131. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

- Oberneuland (Ökumenisches Gymnasium/Reit- und Fahrverein Oberneuland) -

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005

(Drucksache 16/400 S)

Vorhaben- und Erschließungsplan 18

(vorhabenbezogener Bebauungsplan) in Bremen-Oberneuland

**für eine Reitsportanlage des Reit- und Fahrvereins Oberneuland e.V., nord-
östlich des Obersten Fleetes (nordöstlich Oberneulander Landstraße 145)**

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005

(Drucksache 16/401 S) 1017

Bebauungsplan 1297

für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen

- Löhstraße

- Rosenstraße

- Korbecker Straße

- Tannenstraße

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005

(Drucksache 16/402 S) 1018

Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005

(Drucksache 16/403 S) 1018

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38

vom 4. Oktober 2005

(Drucksache 16/406 S) 1018

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Schrörs, Frau Dr. Spieß, Frau Ziegert.

Vizepräsidentin Dr. Mathes
Vizepräsident Ravens

Präsident Weber

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Böschen
Schriftführerin Dr. Hannken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur **Kastendiek** (CDU)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 25. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Großzügige und flexible Öffnungszeiten für die Außengastronomie, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Oktober 2005, Drucksache 16/408 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit Tagesordnungspunkt sechs zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist die Stadtbürgerschaft damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Wohnbauland in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Juli 2005
2. Einnahmen aus Kindergartenbeiträgen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. August 2005
Dazu
Antwort des Senats vom 27. September 2005
(Drucksache 16/405 S)

3. Langfristige Nutzung von Kapazitäten der Blocklanddeponie durch ein privates Unternehmen - Umfang, Kosten und Umweltwirkungen der getroffenen Vereinbarungen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2005

4. Kosten des Pensionsgeschäfts Gewoba-Anteile bei der BIG - Nachfragen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2005

II. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Unterschriftenlisten mit einem Appell gegen die Schließung der Grundschule Fährer Flur im Ortsteil Fähr-Lobbendorf. Der Eingabe ist ein Malbuch mit den Argumenten der Kinder beigelegt.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts zwölf, Musik-Projekte in Bremer Schulen fortsetzen, des Weiteren zur Verbindung des Tagesordnungspunkts vier, Evaluierung des „Integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen“ - IFP 2010, mit dem Tagesordnungspunkt fünf, Konsequenzen aus der Evaluierung des Integrierten Flächenprogramms ziehen: Schluss mit der ausufernden Flächenpolitik, und des Tagesordnungspunktes 14, Flächennutzungsplan Bremen, 16. Änderung, mit dem Tagesordnungspunkt 15, Vorhaben- und Erschließungsplan 18.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft wurde vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt 18, Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, heute gegen 16.30 Uhr aufgerufen werden soll, ohne die Aussprache zu einem anderen Tagesordnungspunkt zu unterbrechen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Das ist der Fall.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Linnert. Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grünen sind mit den Absprachen, die in der Interfraktionellen Besprechung getroffen wurden, insoweit, wie sie hier vorgetragen wurden, einverstanden und bitten um eine Ergänzung in den Absprachen, die sich auf den Tagesordnungspunkt 18 beziehen, Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, Bürgerantrag vom 24. August 2005.

Unsere Geschäftsordnung, die wir uns hier gegeben haben, lässt in Paragraph 28, Hinzuziehung von Sachverständigen, Folgendes zu, ich zitiere: „Die Bürgerschaft kann zu einzelnen Tagesordnungspunkten Sachverständige hinzuziehen und während der Beratung hören.“ Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, unser gemeinsamer Präsident, hat sich in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit dahingehend geäußert, dass er zur Belebung der parlamentarischen Beratungen und um das Parlament gegenüber der Stadt weiter zu öffnen, vorschlägt, dass wir häufiger Gebrauch von diesem Paragraphen 28 der Geschäftsordnung machen.

Das ist bei den Grünen eigentlich schon lange die Position, dass wir das gern wollen. In der Zeit, in der ich Abgeordnete bin, kann ich mich nicht erinnern, dass es einmal gelungen ist, das in der Interfraktionellen Besprechung durchzusetzen. Wir hoffen jetzt, dass dadurch, dass Präsident Weber sich so deutlich in der Öffentlichkeit erklärt hat, es hier im Haus eine Mehrheit dafür gibt, dass wir zu dem Bürgerantrag, Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, unter Berufung auf Paragraph 28 der Geschäftsordnung die Vertrauensperson für den Bürgerantrag, Professor Dr. Rudolf Hickel, hier hören können, er wäre dazu auch bereit.

Wir bitten darum, die interfraktionellen Absprachen damit zu ergänzen. Wir beantragen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertrauensperson des Bürgerantrags hier gehört werden kann und sprechen darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Linnert, es ist richtig, der Paragraph 28 der Geschäftsordnung sieht es vor, dass man das machen kann. Unsere Geschäftsordnung sieht aber auch vor, dass man solche Bürgeranträge in die zuständigen Fachausschüsse verweist und dass dort in einer Anhörung Gelegenheit besteht, sich im Einzelnen dazu zu äußern.

Ich glaube auch, dass es darüber eigentlich Einvernehmen gegeben hat. Dass Ihnen das jetzt so plötzlich eingefallen ist, ist sicherlich auch etwas ungewöhnlich. Ich glaube, niemand hier im Haus zweifelt daran, dass Herr Hickel nahezu zu jedem

Thema - auch zu diesem Thema - in wohlgesetzten Worten etwas sagen kann, aber die beiden stellvertretenden Vertrauensleute haben bereits beantragt, in der Baudeputation als Sachverständige und Vertrauenspersonen für diesen Bürgerantrag gehört zu werden. Ich denke, das ist vernünftig und sinnvoll. Bei dieser Anhörung, die wir auch breit anlegen wollen, werden wir in der Baudeputation alle Gelegenheit haben, das zu tun.

Die Bürgerschaft hat, wenn ich das richtig gehört und geprüft habe, bisher insgesamt zweimal von diesem Paragraphen 28 Gebrauch gemacht. Ich habe nicht den Eindruck, auch wenn man den Antrag durchliest, dass der Antrag für sich noch einmal einer besonderen Begründung des Sachverständigen hier in der Bürgerschaft bedarf. Dafür haben wir das Thema doch schon sehr ausführlich und ergiebig genug diskutiert. Deshalb schlagen wir vor, die Anhörung doch lieber in die Baudeputation zu verlagern.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Frau Kollegin Linnert, das war ein Geschäftsordnungsantrag. Über diesen Antrag lasse ich jetzt abstimmen.

Nach Paragraph 28 unserer Geschäftsordnung verlangt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Hinzuziehung eines Sachverständigen, in dem Fall Herrn Professor Hickel hier zu hören.

Wer diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich stelle insgesamt fest, dass die Stadtbürgerschaft mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen vier frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer zwei wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Vermarktung des Geländes der Wilhelm-Kaisen-Kaserne**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Sachstand des Verkaufs und der Entwicklung des Geländes der Wilhelm-Kaisen-Kaserne?

Zweitens: Wer wird künftig Eigentümer der Sporthalle, des Kasinos und des Sportplatzes sein?

Drittens: Welche Regelungen wurden für die Sporthalle, das Kasino und den Sportplatz im Hinblick auf die Sportvereinsnutzung getroffen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Verkauf der Flächen im Bereich der Kaserne wird von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Oldenburg wahrgenommen. Bremen unterstützt die Verkaufsbemühungen unter anderem durch Aufstellung eines Bebauungsplans. Dieser Bebauungsplanentwurf wird in Kürze den Trägern öffentlicher Belange zugeleitet. Gleichzeitig sind noch einige offene Fragen, insbesondere die Nachbarschaftskonflikte zwischen dem Technischen Hilfswerk und den Anwohnern sowie der Einrichtung Friedehorst, zu klären.

Zu zwei: Ob das Eigentum an den Sportflächen künftig zum Beispiel bei der Stadt - Sondervermögen Immobilien und Technik - oder aber beim Kreissportbund beziehungsweise Landessportbund liegen soll, ist abhängig von den weiteren Verhandlungen.

Der zurzeit in der Aufstellung befindliche Bebauungsplanentwurf sieht für die Sporthalle auch weiterhin eine Sportnutzung vor. Für die Sportfreiflächen kann noch keine endgültige Aussage getrof-

fen werden, weil noch ergänzende Lärmuntersuchungen erforderlich sind.

Zu drei: Es gibt vorläufige Vereinbarungen zwischen den Sportvereinen und der Bundesanstalt zur Nutzung der Sporteinrichtungen. Hierzu zählt auch das Kasino, das zurzeit für den Tanzsport genutzt wird. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Gibt es schon konkrete Bemühungen im Hinblick auf die Klärung des Problems mit den Anwohnern und dem THW? Werden die Lärmuntersuchungen, die Sie gerade angesprochen haben, schon in Form eines Gutachtens oder durch etwas anderes konkret in Angriff genommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, nach meinem Kenntnisstand wird, was diese Lärmproblematik angeht, insbesondere die Ansiedlung des THW in direkter Nachbarschaft nicht nur zur Wohnbebauung, sondern auch zu Friedehorst im Augenblick intensiv intern beraten, abgeschlossen sind die Gespräche noch nicht. Das hängt auch davon ab, wie das THW sich dort weiterhin aufstellt. Es gab vor kurzem die grundsätzliche Aussage, dort diesen Standort nicht aufgeben zu wollen. Ob das weiterhin so Bestand hat, muss in weiteren Gesprächen vertieft werden. Von daher muss man diese Gespräche abwarten, die nicht ganz einfach sind. Die Zeit, die schon ins Land gegangen ist, zeigt auch, dass es sehr kompliziert und nicht ganz einfach ist.

Inwiefern das Lärmgutachten jetzt schon erstellt ist, müssen wir schauen, das müsste ich nachreichen. Diese Frage wird zumindest im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren abschließend beantwortet werden müssen. Spätestens dann werden wir wissen, ob die Außenflächen genutzt werden können oder nicht. Meine Einschätzung ist, dass die Außenflächen sich nicht so sehr eignen für eine durchgängige Nutzung, weil sie hinsichtlich des Umfangs auch nur beschränkt nutzbar sind. Ich konnte mich vor kurzem bei einem Ortstermin darüber informieren. Von daher muss man sehen, was dann im weiteren Verfahren dabei herauskommt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Ihren Antworten entnehme ich, dass das gesamte Problem in Angriff genommen ist. Wann gibt es aber eine

verlässliche Aussage für die Sportvereine, weil diese sich auch gern auf eine langfristige Planung einlassen möchten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Ich bin kein Hellseher. Sie wissen sicherlich auch, und Sie werden das auch durch Ihre intensiven Gespräche mitbekommen haben, dass gerade auf der Seite der Bundesanstalt es nicht immer sehr einfach ist. Wir müssen sehen, wie wir mit geschicktem Verhandeln das Bestmögliche für alle Beteiligten erreichen. Es wäre sicherlich kein Problem, wenn die Stadt Bremen den Geldsäckel aufmachte, den wir nicht haben, und sagte, jetzt geben wir euch, was ihr haben wollt. Damit könnte man das Problem zwar formal abarbeiten, aber es wäre, glaube ich, nicht sachgerecht. Von daher muss man schauen, wie man die unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten, die es an diesem Standort gibt, unter einen Hut bringt.

Zurzeit gibt es hinsichtlich der Nutzung der Sporthalle, die in einem guten Zustand ist, nach meinem Kenntnisstand keine Probleme. Sie kann vom Sport genutzt werden. Alles Weitere müssen dann die Gespräche mit sich bringen. Das Interesse, das insbesondere vom Kreissportbund Bremen-Nord vorgebracht ist, wird berücksichtigt. Wir versuchen, eine Lösung ganz eng mit allen Beteiligten zu erreichen, mit der die Interessen unter einen Hut gebracht werden können. Die Erfahrung zeigt aber, dass solche Gespräche auch sehr intensiv und ohne Hektik vorgenommen werden müssen. Es gibt ein schönes Sprichwort „Wer sich zuerst bewegt, hat verloren“. Übersetzt in diese Situation bedeutet es, wer sich zuerst öffentlich äußert, muss teuer draufzahlen. Das können wir uns vor dem Hintergrund der knappen Finanzen im Augenblick nicht leisten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Wie sieht denn die Zeitschiene aus? Was meinen Sie denn, wie Sie zeitlich vorankommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Zurzeit ist das Bauamt Bremen-Nord dabei, den Bebauungsplan aufzustellen, dann geht er an die Träger öffentlicher Belange. Da müssen die Baupolitiker vielleicht Auskunft geben, wie lange das normalerweise dauert. Das hängt immer davon ab, wie schnell die einzelnen Verfahrensschritte miteinander in Einklang gebracht werden können und wie schnell dann Beiräte und Baudeputation das Verfahren abwi-

ckeln. Ich vermute, aber da mögen mich jetzt die erfahrenen Baupolitiker berichtigen, ein B-Plan-Verfahren dauert ein Jahr. Ich glaube, dann haben wir es so weit, dass zumindest das Planungsrecht aufgestellt ist und wir hinsichtlich der weiteren Nutzung relativ schnell zu weiteren Entscheidungen kommen können.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Peters-Rehwinkel [SPD]: Nein danke!)

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Schmidtmann! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass auch Friedehorst gern die Sporthalle haben möchte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Es gibt verschiedene Interessenten für diese Sporthalle. Dass Friedehorst konkret ein Interesse hat, ist mir nicht bekannt. Im Augenblick ist die klare Entscheidung, dass die Halle vom Kreissportbund Bremen-Nord genutzt wird. Friedehorst hat Interesse an anderen Flächenteilen bisher öffentlich geäußert. Das wird dann aber auch Gegenstand der Gespräche sein, abschließend die unterschiedlichen Interessen irgendwie unter einen Hut zu bringen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Mich würde noch einmal die alte Kofferhalle interessieren: Gibt es Bestrebungen, sie zu sichern, weil ich das für ein Baudenkmal halte, beziehungsweise ist das überprüft worden, ob es sich hierbei um ein Baudenkmal handelt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Herr Abgeordneter, ich glaube, wenn hier unter Denkmalschutzaspekten etwas veranlasst werden müsste, hätte das dann von sich aus der Landesdenkmalpfleger auch schon getan. Insofern glaube ich, wenn wir gesetzliche Vorgaben haben, sind sie natürlich auch einzuhalten.

Nun kann man aus persönlicher Sicht Dinge besonders wertvoll oder weniger wertvoll einschätzen. Wir müssen diese Frage am Ende des Tages auch vor dem Hintergrund der möglichen Gesamtnutzung dort beantworten. Es macht keinen Sinn, bei einem Gebiet, das nicht sehr groß ist, aber auch nicht klein ist, ständig irgendwelche

Punkte zu definieren, die eine Nutzung aus einem Guss dann behindern, da kommen wir am Ende nicht zum Ergebnis. Das Interesse des Wirtschaftssenators an dieser Stelle ist, einen wohnortnahen Dienstleistungs- und Gewerbebestandort zu entwickeln. Diese Standorte, wenn sie dann angeboten werden in Bremen-Nord, werden nachgefragt.

Auf der anderen Seite der B 74 oder jetzt der Autobahn gibt es ein ähnliches Gewerbegebiet, das sich über zwei, drei Jahre hervorragend entwickelt hat, und so etwas Ähnliches stelle ich mir dort auch vor, um eben wohnortnah Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Ich glaube auch, dass in Verbindung mit Friedehorst insbesondere mit der Zielsetzung Gesundheit hier eine doch attraktive Fläche vorhanden ist und wir sie dementsprechend auch nutzen sollen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Schmidtman [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage, die unter dem Betreff „Nutzung des alten und neuen Campingplatzes“ steht, wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die dritte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit dem Thema „**Tami-Oelfken-Schule unter Hochspannung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hält der Senat den Betrieb einer Hochspannungsfreileitung in direkter Nachbarschaft zur Tami-Oelfken-Schule für akzeptabel, oder gibt es Überlegungen, diesen Zustand zu ändern?

Zweitens: Wurden oder werden von dem Senat Gespräche mit dem Eigentümer der Hochspannungsfreileitung geführt mit dem Ziel des Rückbaus der Freileitung in diesem Bereich, und wenn ja, welchen Zwischenstand oder welches Ergebnis haben diese Gespräche?

Drittens: Welche Möglichkeiten haben besorgte Nutzerinnen und Nutzer, sich Informationen über

die Art und Intensität der elektromagnetischen Strahlung im Schulgebäude zu beschaffen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Herr Präsident, meine Herren und Damen Abgeordneten! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Seit 23 Jahren verläuft neben der Tami-Oelfken-Schule, Am Lüssumer Ring 55, die Hochspannungsfreileitung Farge-Sottrum, 110 kV, der E.On-Netz-GmbH. Dem Senat sind keine Überlegungen bekannt, diesen Zustand zu ändern. Der Senat hält dies auch für akzeptabel und verweist zur Begründung auf die Antwort zu Frage drei.

Zu Frage zwei: Von Seiten des Senats wurden oder werden keine Gespräche der dargestellten Art geführt.

Zu Frage drei: Das Bundesamt für Strahlenschutz bietet in seiner Internetdarstellung unter <http://www.bfs.de/elektro/nff/vorkommen.html> aktuelle Informationen über Stärke, Verbreitung und Stellenwert elektromagnetischer Felder an.

Art und Intensität der von der genannten Hochspannungsleitung ausgehenden elektromagnetischen Felder bieten keinen Anlass zur Sorge. Die als Begleiterscheinung von Hochspannungsfreileitungen unvermeidlichen elektromagnetischen Felder wurden vielfach außerhalb und innerhalb von Gebäuden technisch untersucht. Ihre Intensität bleibt sowohl im Freien als auch innerhalb nahe gelegener Gebäude stets deutlich unterhalb der Vorgaben, die die 26. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vorschreibt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wäre es nicht vielleicht angebracht, diese Internetadresse, die Sie mir gerade genannt haben, in dem Schulgebäude am schwarzen Brett auszuhängen, weil besorgte Eltern an mich herangetreten sind und diese Frage gern geklärt hätten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Kramer: Ich bin selbstverständlich gern bereit, die Internetadresse der Schulleitung zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Ich habe Ihnen den Auszug aus der Darstellung des Bundesamtes für Strahlenschutz auch mitge-

bracht, darauf befindet sich die Adresse. Ich würde ihn Ihnen gern übergeben.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**Ermessensspielräume nutzen - Ausländerbehörde entlasten**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat den am 10. Oktober 1995 in der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen Antrag, Drucksache 14/61, in den letzten zehn Jahren umgesetzt, der vorsah, a) „bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen zugunsten der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer zu entscheiden, sofern nicht zwingende öffentliche Gründe dem entgegenstehen“, und b) „die Ermessensspielräume des Ausländerrechts so auszufüllen, dass aufenthaltsrechtliche Entscheidungen getroffen werden, die unter humanitären Gesichtspunkten erforderlich sind und die den Interessen aller Bevölkerungsteile und ihrem Zusammenleben gerecht werden“?

Zweitens: Wenn ja, welche Instrumente wie „fachliche Weisungen“, „Anwendungshinweise“, „Umsetzungsverordnungen“ et cetera hat der Senat benutzt, um den in der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen Antrag umzusetzen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Bei den von der Ausländerbehörde Bremens zu treffenden Ermessensentscheidungen ist abzuwägen zwischen den persönlichen Interessen der betroffenen Ausländer und den öffentlichen Belangen. Sofern erforderlich werden ermessensbindende Regelungen vom Senator für Inneres und Sport getroffen.

Die Definition der öffentlichen Belange ist eine Wertungsentscheidung, die in diesen Fällen durch den Senator für Inneres und Sport abhängig von

dem jeweils zu beurteilenden Sachverhalt erfolgt.
- Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt die Antwort des Senats, die Sie gerade vorgetragen haben, dass der Senat diesen damals von der großen Koalition vor genau zehn Jahren hier im Hause beschlossenen Antrag umgesetzt hat oder dass er ihn nicht umgesetzt hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Das heißt, dass der Senat der Auffassung ist, dass er diesen einstimmigen Beschluss oder den großkoalitionären Beschluss umgesetzt hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie dann noch einmal sagen, mit welchen Instrumenten? Ich kann Ihnen Beispiele aus anderen Bundesländern zitieren, wo ähnliche Vorhaben dann mit konkreten Erlassen oder Auslegungshinweisen umgesetzt worden sind, wenn der Präsident gestattet, zum Beispiel ein Erlass in Rheinland-Pfalz vom 17. Dezember 2004, wo man konkret dann den Ausländerbehörden vorgegeben hat: Ermessensspielräume sind unter besonderer Berücksichtigung integrationspolitischer und humanitärer Gesichtspunkte soweit vertretbar zugunsten des Ausländers zu nutzen. Es gibt andere Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern. Haben Sie ähnliche Dinge in Umsetzung dieses Bürgerschaftsbeschlusses erlassen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Damit Sie sich ein vollständiges Bild über die von uns in diesen Fragen erstellten Erlasse und Entscheidungen verschaffen können, bin ich gern bereit, Ihnen die Sammlung der diesbezüglichen Erlasse vollständig zur Verfügung zu stellen. Wir haben als Landesregierung davon abgesehen, einen Zentralerlass hinsichtlich der Ermessensentscheidung der Ausländerbehörden herauszugeben. Sie stellen die Frage ja in der Stadtbürgerschaft und fragen mich sozusagen als Dezernenten für die Kommune Bremen im Hinblick auf die Ausländerangelegenheiten, ob wir von der Landesbehörde einen entsprechenden Erlass bekommen hätten. So verstehe ich Ihre Frage zumindest, weil sie in der Stadtbürgerschaft gestellt ist. Ich kann dazu sagen, dass es keinen Zentralerlass der Landesbehörde gibt, sondern es gibt zu einzelnen Themen

und einzelnen Schwerpunkten entsprechende Erlasse.

Wir haben beispielsweise im Zusammenhang mit der Tsunami-Katastrophe selbstverständlich aus humanitären Gründen von Abschiebungen Abstand genommen und das erlassweise geregelt, solche anlassbezogenen Erlasse gibt es eben mehrere. Einen Zentralerlass, der Ermessensbindungen enthält, haben wir aber bewusst nicht herausgegeben, weil wir der Auffassung sind, dass hierzu durch die jeweiligen Sachbearbeiter doch sehr viele Einzelfälle zu beurteilen sind und insofern die Ermessensentscheidungen auch dezentral erfolgen sollten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sagen Sie damit, dass Sie diesen Beschluss von damals, der ja auch zentral formuliert war und im Grunde genommen nur durch einen zentralen Erlass umzusetzen wäre, sozusagen letztendlich doch nicht umgesetzt haben, so wie Sie es jetzt gerade ausführen? Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und andere haben dieses zentrale Anliegen auch in einen zentralen Erlass gefasst, wo man genau weiß, woran man sich dann auf diesem Entscheidungsweg zu halten hat. Sie haben die Tsunami-Katastrophe erwähnt, das ist eine Ausnahmesituation, aber eine vergleichbare Lage in Bremen, die diesem nun seit zehn Jahren geltenden Beschluss entspräche, haben Sie jetzt nicht vorgetragen, es sei denn, ich habe es überhört.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich sage Ihnen das, was ich gesagt habe. Ich habe nichts anderes gesagt und beabsichtige, nichts anderes zu sagen als das, was ich gesagt habe. Wir haben im Einzelfall davon Gebrauch gemacht. Ich habe hohen Respekt vor diesem Beschluss, nicht zuletzt deswegen, weil meine Recherche ergeben hat, dass ich ihm selbst zugestimmt habe.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, da kann man nur sehen, wie viel das manchmal wert ist! Vielen Dank!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Campingplatzverlegung: Schilda lässt grüßen.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde heißt: „Campingplatzverlegung: Schilda lässt grüßen“. Warum jetzt und hier diese Aktuelle Stunde? Es tritt nämlich immer deutlicher zu Tage, dass durch die Verlegung des Campingplatzes am Unisee um zirka 500 Meter - Sie hören richtig, um zirka 500 Meter! - der Senat nicht nur einen Schatz Bremens zerstört hat, nämlich einen Birkenwald, sondern dass das Ganze viel gekostet und nichts gebracht hat! Ein wirklicher Schildbürgerstreich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen hat jetzt einen neuen Campingplatz, den keiner will. Die Dauercamper wollen verständlicherweise nicht dorthin, denn der ganze Platz ist kahl, er ist sozusagen eine Naturwüste. Die Qualität eines Campingplatzes ist vor allen Dingen daran festzumachen, welche Natur er aufweist, welchen Baumbestand, welche anderen wertvollen Flächen er hat. All das ist weg, der neue Campingplatz ist sozusagen eine kahle Fläche, die maximal in den nächsten Jahren als Saisonplatz geeignet sein wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Imhoff [CDU])

Meine Damen und Herren, im Prinzip wirklich der Kern der Sache, warum wir Grünen das hier auf die Tagesordnung gebracht haben, ist, dass der neue Campingplatz mindestens 5,7 Millionen Euro gekostet hat beziehungsweise das dafür eingestellt war. Darin sind nicht enthalten die überflüssigen Planungskosten für die überflüssige Westerweiterung. Darin sind nicht enthalten die

noch anstehenden Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen für die Zerstörung des Birkenwaldes. Dafür gibt es noch nicht einmal eine Zahl, wie viel das kosten wird.

Meine Damen und Herren, Sie können sich vielleicht erinnern, in der letzten Stadtbürgerschaftssitzung habe ich Herrn Senator Kastendiek gefragt, wie viel Planungskosten denn insgesamt jetzt angefallen seien. Diese Frage konnte er mir in Gänze nicht beantworten und hat versprochen, das nachzuliefern. Die Auflistung habe ich noch nicht. Es bleibt aber an dieser Stelle festzuhalten, außer Spesen nichts gewesen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt also einen kaum genutzten, unattraktiven neuen Campingplatz, kein Nutzungskonzept für den Standort des alten Campingplatzes, und der Schuldenberg Bremens wurde weiter vergrößert. Der Senat ist wirklich schon lange nicht mehr handlungsfähig. Das kann man an diesem Beispiel deutlich aufzeigen. Obwohl sich der Stopp der Westerweiterung abzeichnete, hat das Wirtschaftsressort die Verlegung des Campingplatzes erbarmungslos weiter durchgesetzt. Das hat im Prinzip zwei Ursachen. Die eine Ursache ist, dass die große Koalition weder kommunikations- noch arbeitsfähig ist. Die zweite Ursache ist, dass sich die Gesellschaften verselbständigt haben.

Nach dem Beschluss der Wirtschaftsförderungsausschüsse hatte das Wirtschaftsressort die Aufträge mit der Planung der Westerweiterung und der Ausführung der Campingplatzverlagerung an die BIG beziehungsweise Wirtschaftsförderungsgesellschaft vergeben. Diese Gesellschaften haben unabhängig von den sich abzeichnenden Entwicklungen natürlich weitergemacht. Das ist aus der Perspektive der Gesellschaften auch verständlich. Sie haben lediglich ein Eigeninteresse, das in den Dingen, die sie ausführen, besteht. Darüber existieren die Gesellschaften. Sie sind aber nicht an die Verpflichtung dem Gemeinwesen gegenüber gebunden. Genau das ist die zweite Ursache, warum hier Steuergelder verschwendet wurden, und es ist das Ergebnis der Privatisierungsstrategie der großen Koalition.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Ergebnis kann man jetzt sagen, wir haben den Salat, Steuergelder wurden verschwendet, Arbeitsplätze und Natur vernichtet. Das ist erst einmal der Ist-Stand. Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Hätten Sie doch nur auf die

Grünen gehört, hätten Sie doch nur auf die Bürgerinnen und Bürger gehört, und hätten Sie nur auf die Freunde der Uni-Wildnis gehört! Was haben wir und die Bürgerinnen und Bürger nicht alles gemacht, um diesen Unsinn zu verhindern!

Eine kleine Kostprobe: grüner Antrag hier in der Bürgerschaft: „Campingplatzverlegung stoppen, Bürgerwillen ernst nehmen“, Bürgerantrag zur Flächen-, Verkehrs- und Baupolitik! Dann haben die Vertrauensfrauen des Bürgerantrags bei dem Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung beantragt, damit es nicht zu einer Rodung kommen wird. Sie haben in Folge noch einmal eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt, die Rodung zu beenden. Am Ende haben wir bei Eiseskälte alle vor Ort, auf diesem Platz, in diesem Wald gestanden, als die Arbeiter anrückten und die Bäume fällen wollten, um das noch zu verhindern. Es hat leider, leider alles nichts genutzt. Warum aber sind Sie nur so uneinsichtig? Diese Steuergeldverschwendung hätte sich der Senat wirklich ersparen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich fasse jetzt noch einmal zusammen: Campingplatzverlegung, auf den Punkt gebracht, außer Spesen nichts gewesen! Der Senat beweist wirklich fortlaufend seine Regierungsunfähigkeit. Nach dem Prinzip Hoffnung fährt er ein Projekt nach dem anderen gegen die Wand. Der Space-Park lässt grüßen! Es ist leider kein Einzelfall. Der Bürgerwillen wird ignoriert, die Umwelt- und Lebensqualität in dieser Stadt verschlechtert und der Schuldenberg dabei weiter aufgestapelt. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hinterher ist man immer klüger, und ich bin froh, dass die große Koalition zumindest den Beschluss zum Stopp der Westerweiterung gefasst hat.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Frau Dr. Mathes, finde ich den Space-Park in dieser Debatte nicht so ganz klug genannt. Wenn ich mich recht erinnere, war die erste Entscheidung zum Space-Park aus der Zeit der Ampelkoalition.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein Märchen!)

Da muss man immer ein bisschen vorsichtig sein. Das passt irgendwie nicht in diesem Zusammenhang.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein Ammenmärchen, Frau Kollegin!)

Gut, wenn Sie das meinen! Wir schauen uns einmal die Protokolle an und sehen das einmal nach!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können Sie gern machen!)

Wir sprechen also hier in einer Aktuellen Stunde von Schilda, von Schildbürgerstreich, von zwei Campingplätzen. Lassen Sie mich einmal eine kurze Begebenheit des letzten Wochenendes berichten! Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Verbandes Deutscher Bürgervereine zog es viele Gäste nach Bremen - was uns immer wieder freut -, so auch eine Gruppe Touristen aus Duisburg, die mit dem Wohnmobil anreiste. Sie hatte sich im Vorfeld beim Tourismusbüro erkundigt, wo sie sich hinstellen könnte, und bekam die Antwort: Es tut uns leid, der alte Campingplatz ist geschlossen, und der neue hat noch nicht eröffnet.

Touristen wollen aber hierher kommen, das finden wir auch gut, und geben so schnell nicht auf. Sie haben weitergeforscht und haben dann eine weitere Stelle gefunden, die Auskunft gab, eine Stelle, die jedem sofort einfiel, wenn es um Tourismus und Stellplätze geht: die Bremer Gewerbeflächengesellschaft! Die Bremer Gewerbeflächengesellschaft gab also nun eine ähnliche Auskunft, war sich aber auch nicht so ganz sicher und verwies die Touristen an eine ebenso kompetente Stelle weiter, die für solche Fragen sicherlich auskunftsfähig ist.

Nun traf es die BIG, die Bremer Investitionsgesellschaft, die nun Auskunft gab, wo man in Bremen sein Wohnmobil abstellen könne, wenn man die Stadt besuchen wolle. Die BIG, klug wie sie ist, sagt, versuchen Sie es doch einfach einmal! Das haben die Touristen dann auch gemacht und haben auch Glück gehabt. Sie haben die erste Hälfte ihres Bremen-Aufenthalts auf dem alten Campingplatz verbracht und die zweite Hälfte des Bremen-Aufenthalts auf dem neuen Campingplatz.

Ich frage mich jetzt: Wie soll die BIG eigentlich die großen, ihr zugewiesenen Aufgaben bewältigen, wenn sie sich nun auch noch als Tourismusbüro verdingen muss? Auf die weiteren Pannen, die noch passiert sind, weil auch noch letzte Woche der Fahrplan der BSAG umgestellt wurde und es nun zwei Haltestellen am alten und am neuen Campingplatz gab, will ich jetzt nicht eingehen.

Vielmehr will ich jetzt einmal zu dem ernststen Hintergrund dieser Debatte kommen.

In der Diskussion um die geplante Westerweiterung des Technologieparks wurde immer von einer Verlegung des Campingplatzes gesprochen. Ich bin eigentlich nie auf die Idee gekommen, dass man einen neuen Pächter benötigt. Ich habe immer gedacht, zu einem bestimmten Stichtag würde der alte Campingplatz mit Mann und Maus - wenn ich das einmal so bezeichnen darf - umziehen. Dem war aber nicht so.

Die BIG hat sich federführend mit der Verpachtung des Platzes befasst, und zwar eineinhalb Jahre lang, wobei man sich fragt, was der Hintergrund dieses intensiven Bemühens war und ist. Zunächst gab es keine Einigung mit dem alten Pächter bezüglich des Pachtzinses. Dann aber, wie aus dem Nichts, gab es im März sowie im Mai des Jahres zwei weitere Interessenten. Von einer Ausschreibung ist mir zu diesem Zeitpunkt nichts bekannt gewesen. Nun ging es nicht mehr allein nur um die Pachthöhe, sondern um ein Betreiberkonzept. Ausschlaggebend für die Entscheidung der BIG für den neuen Pächter im Juli dieses Jahres waren ein fundiertes betriebswirtschaftliches Konzept sowie ein vollständig ausgearbeitetes, innovatives und umsetzbares Nutzungskonzept.

An dieser Stelle ist besondere Aufmerksamkeit geboten, denkt man doch gleich an das umstrittene Projekt der Wasserskianlage. Braucht man ein innovatives Nutzungskonzept für einen Campingplatz, dessen besonderes Ziel die Stärkung des Tourismus sein soll? Fragt man auswärtige Nutzer, so bekommt man die Antwort, dass ein gepflegter Platz, schön und ruhig gelegen, mit kurzen Wegen in die Stadt und zu anderen touristischen Zielen, ausreicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage der Bepflanzung, die im Raum steht und von Frau Dr. Mathes angesprochen wurde, ist eine Sache, die von allein kommt. Vielleicht hätte man, wenn man den Beton nicht hätte nachspritzen müssen, mehr Geld für die Bepflanzung ausgeben können, dass man jetzt höhere Pflanzen genommen hätte. Es ist aber, wie es ist. Natürlich soll den technischen Erfordernissen eines neuen Campingplatzes gemäß den modernen Standards Genüge getan werden. In diesem Punkt ist aber wohl auch noch nicht alles geklärt.

Mir stellen sich viele Fragen, wenn ich zu diesem Thema hier stehe, die ich an den Senat und dann natürlich an den Senator für Wirtschaft stelle: Sind die erforderlichen Standards zur Erreichung von fünf Sternen, die immer im Gespräch waren, er-

füllt? Wird der Platz so vermarktet, wie es notwendig ist? Ist es richtig, dass der ADAC diesen Platz aus seinen Empfehlungen herausgenommen hat, wenn ja, warum? In welchen anderen Campingführern ist der Platz mit welchen Klassifizierungen enthalten, und nicht zuletzt, werden für die Bewerbung und Vermarktung dieses Platzes öffentliche Mittel einschließlich der der Gesellschaften eingesetzt und in welcher Höhe? Natürlich die Frage, die die jetzigen Camper interessiert: Ist Dauercampen denn nun möglich, und wenn ja, wo? Hier bitte ich den Senator nun also um Antwort.

Es stellen sich aber auch noch Fragen zu dem alten Campingplatz, für den vom Ressort und der Bremer Gewerbeflächengesellschaft erste Ideenskizzen für ein Nutzungskonzept verdichtet werden. Zu berücksichtigen ist, dass bei nachgewiesenem Bedarf eine kurzfristige Nutzung des Geländes für die Westerweiterung des Technologieparks möglich sein muss. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass es bei der Betrachtung der nicht vermarkteten Gewerbeflächen und den Leerständen von Büroräumen, gerade im Technologiepark, diesen Bedarf in absehbarer Zeit nicht geben wird.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht erbarmt sich ja auch einmal jemand und erklärt dies dem Geschäftsführer eines uns allen bekannten Wirtschaftsinstituts, der in der letzten Ausgabe eines Sonntagsblattes frank und frei und unbelehrbar wider besseren Wissens seine alten Rezepte verkündet: Investieren und Flächen erschließen. Ich stelle hier für meine Fraktion klar, dass wir jeden Versuch einer klammheimlichen gewerblichen Nutzung des alten Campingplatzes mit dem Ziel einer präjudizierenden Wirkung ablehnen. Ich bitte den Senat und damit das Wirtschaftsressort, dem Parlament rechtzeitig mitzuteilen, welche Planungen angedacht sind! Darüber hinaus ist es interessant zu erfahren, ob derzeit jemand eine Pacht für den alten Platz zahlt.

Zum Schluss möchte ich noch auf den Umgang mit den Beteiligten, insbesondere mit beiden Pächtern, eingehen. Es ist mir schlicht unverständlich, wie man mit einem Pächter einen Vertrag abschließen kann, der eine Nutzung ab 1. Oktober zulässt, eine offizielle Eröffnung aber absagt und sie dann erst zu Saisonbeginn wieder aufnehmen will und diesem Pächter damit dann eigentlich einem Risiko aussetzt. Ich bedauere ganz besonders den Verlust von 17 Arbeitsplätzen auf dem alten Campingplatz. Wenn man bedenkt, wie viel Wirtschaftsförderungsmittel wir sonst aufwenden müssen, um vielleicht 17 Ar-

beitsplätze zu sichern und zu schaffen, ist es ein Trauerspiel.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, für dieses Thema die Fragestunde und nicht die Aktuelle Stunde zu wählen, dann hätte man die Antworten des Senats direkt bekommen. Eines ist aber deutlich geworden: Dieses Projekt ist seitens der Beteiligten nicht zu Ende gedacht worden, führt zu unterschiedlichen Zuständigkeiten und Verzögerungen und ist unbedingt nachzubessern. Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen! Frau Dr. Mathes hat gesagt, die Gesellschaften haben sich verselbständigt, und dieser Aussage möchte ich nicht widersprechen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Mathes, Sie haben eingangs netterweise selbst schon gesagt, dass Sie sich fragen, ob das aktuelle Thema eine Aktuelle Stunde wert ist. Ich denke, Sie hätten das vielleicht doch zu Ende denken sollen. Für uns gibt es keinen Anlass, Ihre Fragen hier an so exponierter Stelle zu diskutieren. Sie hätten Gelegenheit gehabt in der Wirtschaftsdeputation, die letzte Woche erst getagt hat, nachzufragen,

(Beifall bei der CDU)

wie die Entwicklungen Campingplatz alt, Campingplatz neu weitergehen sollen. Das wäre der richtige Ort gewesen. Was Sie aber tun, ist das altbekannte grüne Rezept, Sie ziehen anlässlich einer Aktuellen Stunde das Thema Westerweiterung des Technologieparks hoch, obwohl es da überhaupt nichts Neues gibt. Die gerade eben abgeschlossene Fertigstellung des Campingplatzes ist auch nichts und hat auch keine Begleitumstände, die hier nun ganz dringend und ganz eilig diskutiert werden müssen. Insofern halte ich das, was Sie hier machen, für ein Nachkarten, aber keinen Anlass für eine Aktuelle Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Busch, ich hatte das Gefühl, dass Sie auch nicht so recht wussten, was Sie mit der Aktualität dieses Themas hier anfangen sollen.

(Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

Lassen Sie mich aber grundsätzlich, weil es nun mehrfach angesprochen worden ist, etwas zur Westerweiterung sagen, damit hier nicht wieder ein falsches Bild von dem entsteht, was wir ja auch gemeinsam beschlossen haben!

Die Westerweiterung, das wissen Sie, wird erst dann in Angriff genommen, wenn im Technologiepark keine freien Flächen mehr zur Verfügung stehen. Zurzeit sind Flächen vorhanden. Dies konnte durch die Vereinbarung mit der Universität erreicht werden. Das heißt, die alten Vorhalteflächen der Universität, die so genannten NUZ-Flächen, werden jetzt der Wirtschaft zur Verfügung gestellt, so dass hier zunächst einmal Ansiedlungen möglich sind.

Wir werden sehen, wie sich das Angebot dann entwickelt. Wir werden sehen, welche Nachfragen wir haben. Eines allerdings muss man auch im Zusammenhang mit dem Campingplatz sehen: Sollte es keinerlei absehbare Alternativen geben für einen großen Investor, der bereit ist, hier in Bremen viele Arbeitsplätze im High-Tech-Bereich anzusiedeln, dann werden wir uns wieder Gedanken machen müssen um weitere Flächen. So war das auch mit dem Koalitionär verabredet.

Zum Campingplatz: Ich glaube, allen ist klar, deswegen ist er ja auch aus der ADAC-Liste genommen worden, der alte Platz entsprach nicht mehr den Ansprüchen, die Touristen heute an einen modernen Campingplatz stellen. Es fehlte an der genügenden Hygieneausrüstung, es fehlte an der Technik, und es fehlte auch an der Infrastruktur. Insofern war Handeln hier geboten. Es ist nun gelungen, mit dem Neubau des neuen Platzes eine besondere Attraktivität zu schaffen, einen Fünf-Sterne-Platz zu bauen,

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat der schon fünf Sterne?)

der uns sicherlich auch gesamttouristisch wieder ein Stück nach vorn bringen wird. Ich denke, wichtig ist, dass wir jetzt die Betreiberfrage absichern - soweit ich gehört habe, ist sie auf einem guten Weg - und dass wir zum anderen für ein flexibles Nachfolgekonzept für den alten Platz sorgen. Beide Fragen sind im Wirtschaftsressort in Arbeit.

Nun muss man auch sehen, dass der neue Platz gerade eben erst fertig gestellt worden ist und dass die Eröffnung für den 1. Januar 2006 vorgesehen ist. Insofern bleibt ja auch noch Zeit und Gelegenheit für den Umzug, und, sehr geehrte Frau Dr. Mathes, es bleibt sicherlich auch noch Gelegenheit, ihn optisch nachzubessern, und da wird auch die Natur das ihre dazu beitragen. Deswegen bin ich ganz sicher, dass bis zum

nächsten Frühjahr auch die Begrünung noch schöner wird, als sie vielleicht heute schon ist. Nach meiner Vor-Ort-Kennntnis sind dort auch schon Bäume gepflanzt worden, und man hat sich bemüht, die Situation zu verbessern.

Insgesamt denke ich, dass wir mit dieser Neubaumaßnahme eine sehr große Chance haben, nämlich zusätzliches touristisches Potential für Bremen zu gewinnen. Wir werden noch attraktiver werden, wir werden unser Angebot damit abrunden können. Wir haben eine Vielzahl von schönen, spannenden Hotels, Familienhotels, Designerhotels, wir haben eine neue, ausgebaute Jugendherberge, und wenn jetzt noch ein Fünf-Sterne-Campingplatz hinzukommt, denke ich, haben wir insgesamt ein Angebot, das für viele Touristen interessant ist und uns helfen wird, insgesamt den Standort Bremen noch attraktiver zu verkaufen und noch mehr Besucher für die Stadt zu gewinnen.

Zur Nachfolgefrage des alten Platzes, ich habe es vorhin kurz angesprochen: Es gibt sicherlich verschiedene denkbare Möglichkeiten, wie man den alten Platz entwickeln kann. Ich könnte mir vorstellen, dass das sportliche Zwischennutzungsmöglichkeiten, kulturelle Zwischennutzungsmöglichkeiten oder auch gesellschaftliche Zwischennutzungsmöglichkeiten sind. Das Wirtschaftsressort ist jetzt gefragt, dieser Frage nachzugehen, die Möglichkeiten auszuloten und uns dann ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Die Kriterien dafür sind klar, ich habe sie eingangs genannt. Es muss eine flexible Entwicklungsmöglichkeit geben, damit wir dann im Ernstfall auch reagieren können, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich kann nur abschließend sagen, die veralteten und unmodernen Strukturen, die wir an dem alten Campingplatz hatten, waren nicht geeignet, mehr Touristen nach Bremen zu bekommen. Insofern war es richtig, ein neues attraktives Angebot zu machen. Das haben wir getan, und damit werden wir den Ruf Bremens als eine moderne und innovative Stadt weiter ausbauen, wir werden diesem Ruf gerecht werden können. In diesem Sinne war der Neubau eines Campingplatzes alternativlos. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich durfte heute lernen, was aktuell ist und was weniger aktuell ist. Ich stelle fest, dass hier gewisse Dinge

als Impulse eines ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Senators die Opposition offensichtlich hier zum Handeln anregen. Da sieht man, welche Wirkung gewisse Äußerungen haben, das wird denjenigen sicherlich freuen, aber jetzt einmal ernsthaft: Ich glaube, dass hier an dieser Stelle wirklich in der Fortentwicklung des Projektes nichts Überraschendes, nichts Aktuelles in den vergangenen Tagen an die Öffentlichkeit gekommen ist. Man muss sich dann manchmal auch die Mühe machen, alte Vorlagen, nämlich der Wirtschaftsförderungsausschüsse, Vorlage 81 aus dem Jahre 2003, sich einfach einmal herauszusuchen und vorzunehmen. Da würden sich zum Beispiel drei Viertel der Fragen, Frau Dr. Mathes, zu den Kosten selbst beantworten. Lesen Sie sich das durch, dann sehen Sie, was darin an Planungskosten steht!

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich habe es gelesen!)

Ich glaube, dass vor diesem Hintergrund das eine oder andere sich schon von alleine relativiert. Die Ausgangsvoraussetzung, Frau Dr. Mathes, haben Sie hier aber freundlicherweise völlig negiert, und das ist das Hauptproblem in Ihrer Argumentation.

Ich will jetzt die ganze Geschichte der Entwicklung der Westerweiterung hier nicht neu aufwärmen, wo wir überall im Umfeld des Technologieparks gesucht haben und warum das alles nicht ging. Das ist alles hinlänglich bekannt. Überall da, wo man eine Entwicklung vorgeschlagen hat, waren dann sofort auf der anderen Seite die Bedenkenträger, die sofort gesagt haben: Nein, das geht nicht. Jetzt hat sich die Koalition vor dem Hintergrund auf die Westerweiterung festgelegt, und das darf man hier nicht aus den Augen verlieren, dass wir die Erfolgsgeschichte des Technologieparks, der von niemandem in Frage gestellt wird, zumindest, wenn es um Innovations- und Wissenschaftspolitik geht, dass wir ein Entwicklungspotential des Technologieparks mittel- und langfristig sichern. Darum geht es an dieser Stelle, meine Damen und Herren!

Vor dem Hintergrund der zurückgehenden Konjunkturdaten und damit in diesem Zusammenhang natürlich auch der zurückgehenden Vermarktungszahlen bei Gewerbeflächen hat sich die Koalition dazu entschlossen, auf der einen Seite die Option der Westerweiterung aufrechtzuerhalten, mittel- beziehungsweise, wenn Bedarf ist, auch kurzfristig reagieren zu können, nämlich, nachdem die NUZ-Flächen bereitgestellt worden sind, auf diese Nachfrage zu reagieren.

Frau Dr. Mathes, da geht es nicht nur um die Bereitstellung von Büroflächen, da muss man auch einmal ein bisschen weiter denken. Es gibt zum Beispiel auch Betriebe, die nicht nur Büroflächen haben wollen, sondern auch Produktionsflächen wie zum Beispiel die Firma OHB oder die Firma Bruker. An solche Unternehmen denken wir im Technologiepark auch. Sie müssen da schon ein Stück weiter denken, nicht einfach in den Scheuklappen Büro und damit aus! Da haben Sie sicherlich Recht, Büroflächen stehen noch ausreichend zur Verfügung, auch Erweiterungsflächen für Bürogebäude stehen noch ausreichend zur Verfügung, aber es geht darum, ein bisschen über den Tellerrand hinaus zu schauen.

Das soll durch die Option der Westerweiterung aufrechterhalten werden, dass man jetzt sagt, man bringt die Planung zu Ende, dass man die Schublade letztendlich nur aufmachen muss, wenn sich ein konkretes Investitionsangebot dort darstellt oder die NUZ-Flächen dann, falls die Konjunktur wieder anzieht und die Nachfrage auch nach Büroflächen im Technologiepark dementsprechend sich gestaltet, in die Westerweiterung gehen.

Vor diesem Hintergrund hat sich natürlich die Frage gestellt: Wie gehen wir mit einer touristischen Infrastrukturmaßnahme - und da ist der Campingplatz auch eine touristische Infrastrukturmaßnahme wie ein Hotel oder wie eine Jugendherberge -, wie gehen wir mit diesem Element der touristischen Infrastruktur um? Ich glaube, dass es mittelfristig auch richtig ist zu sagen: Wir wollen hier an dieser Stelle hinsichtlich der Aufwertung dieses Punktes, der auch nicht zu unterschätzen ist, was die Touristen in diesem Bereich angeht, das entsprechende Angebot qualitativ verbessern. Da haben sich diese beiden Schritte miteinander verbunden, auf der einen Seite die kurz- und mittelfristige Option zu haben, die Westerweiterung dann, wenn der Bedarf da ist, auch umzusetzen, aber auf der anderen Seite auch die touristische Infrastruktur hier entsprechend zu verbessern, meine Damen und Herren.

Das ist der entscheidende Punkt, deswegen hat das ja überhaupt nichts mit Schilda zu tun. Reden Sie den Leuten hier nicht irgendetwas ein, das nicht Fakt ist! Es gibt hier zwei entscheidende Komponenten für die Entscheidung, dass der Campingplatz verlegt werden soll, und die müssen Sie bitte zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, dass dann auch einiges sich vor diesem Hintergrund anders darstellt, meine Damen und Herren.

Der eine oder andere wird es mir vielleicht nicht zutrauen oder hat es mir bisher nicht zugeutraut:

Ich habe das Vergnügen, einmal im Jahr mit meinem Sohn auch Zelten zu gehen, und man kann die Unterschiede zwischen Zeltplätzen schon relativ schnell einschätzen. Selbst mein kleiner Sohn legt an dieser Stelle schon ein bisschen Wert darauf, ob nun die sanitären Anlagen so oder so sind oder wie die sich insgesamt darstellen. Das darf man nicht unterschätzen.

Dementsprechend, meine Damen und Herren, werden sich natürlich auch an der Stelle Besucherströme entscheiden, gehen sie nach Bremen oder gehen sie nicht. Diejenigen, die sagen, wir wollen eine attraktive Stadt, und das ist Bremen, wir wollen mit einem Reisemobil kommen oder Zelten, die schauen sich genau an, welche Infrastrukturmöglichkeiten sie dort haben und welche Infrastruktur von einem Standort geboten wird. Da, muss ich sagen, meine Damen und Herren, ist mit der Bereitstellung des neuen Campingplatzes ein entscheidender Schritt nach vorn gemacht worden, und das sollten wir hier nicht ständig negieren, sondern im Gegenteil positiv nach außen herüberbringen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Dass es in diesem Zusammenhang immer auch Verwerfungen geben kann bei einem Betreiberwechsel, das liegt, glaube ich, in der Natur der Sache. Von der BIG ist im Jahre 2004 mit dem alten Pächter verhandelt worden, man konnte sich auch aufgrund von entsprechenden Vorgaben von GeoInformation auf eine Pachtsumme nicht einigen, so dass dann zwei Interessenten, die sich im Frühjahr 2005 auch bei der BIG gemeldet haben, auch in das Verhandlungsverfahren aufgenommen wurden. Man hat dann alle drei aufgefordert, entsprechende Konzepte vorzulegen, auf der einen Seite, welche Pachtzahlen sie bereit sind zu zahlen, und auf der anderen Seite, wie sie sich den Betrieb des Campingplatzes vorstellen.

Das ist legitim, meine Damen und Herren, ich finde da überhaupt nichts zu kritisieren, sondern im Gegenteil, wir investieren hier viel Geld, das ist gesagt worden, und die Zahlen sind ja auch richtig, die hier genannt worden sind. Da muss es doch aus bremischer Sicht darum gehen, dass wir von dem Pächter, der es dann werden soll, auch Vorstellungen hören wollen, wie er sich den Betrieb des Campingplatzes vorstellt. Das ist gemacht worden. Das ist Wettbewerb, meine Damen und Herren, genau das, was hier ständig eingefordert wird, Wettbewerb! Da ist nicht irgendjemandem etwas zugeschustert worden, sondern es hat Wettbewerb stattgefunden.

In diesem Wettbewerbsverfahren gab es eine Entscheidung, und zwar nicht nur, was die kon-

kreten Zahlen anging, sondern auf der anderen Seite auch, welches Konzept letztendlich das bessere ist für diese wichtige Infrastruktur. Da, meine Damen und Herren, ist eine Entscheidung gefällt worden. Dass dann, nachdem die Entscheidungen getroffen worden sind, vom Altpächter natürlich Unzufriedenheit geäußert wird, das kann man persönlich nachvollziehen, man muss es aber an der Stelle, glaube ich, auch ein wenig relativieren.

Die Rahmenbedingungen sind, um auch die eine oder andere Frage von Ihnen, Frau Busch, zu beantworten: Zum 1. Januar 2006 wird offiziell der Betrieb des Campingplatzes aufgenommen werden. Es ist eine Übergangsphase seit dem 1. Oktober, so dass die Dauercamper, die sich zurzeit auf dem alten Campingplatz befinden, auch die Möglichkeit haben, den neuen Platz anzunehmen, dass das nicht über Weihnachten eine Hoppla-Hopp-Geschichte wird, sondern dass man ein vernünftiges Übergangsverfahren hat.

Dass natürlich ein Campingplatz am Anfang von der Vegetation her nicht die gleiche blühende Flora und Fauna hat wie ein Campingplatz, der schon zehn, 20 Jahre steht, das ist doch selbstverständlich, meine Damen und Herren. Das sind Eulen nach Athen getragen, wenn man erwartet, dass da nun schon hundertjährige Eichen stehen, sondern im Gegenteil, das wird sich sicherlich attraktiv an dieser Stelle entwickeln. Ich bin auch überzeugt davon, dass es an dieser Stelle in drei, vier Jahren richtig toll aussieht. Vor allem, wenn es dann blüht im Frühjahr, wenn es alles schön grün ist, dann wird das wirklich attraktiv werden, Punkt eins!

Punkt zwei, Frau Busch, Sie hatten die Frage nach dem ADAC gestellt. In der Konzeption des Campingplatzes gab es einen engen Kontakt zwischen dem ADAC und den Planern, um die Anforderungen eines Fünf-Sterne-Platzes entsprechend aufnehmen zu können. Eine entsprechende Klassifizierung des ADAC erfolgt erst, wenn der offizielle Betrieb aufgenommen wird, und dann folgt auch eine Begehung und Einstufung. Dann wird er auch in die entsprechenden Führer aufgenommen werden. Das ist klar, der ADAC will natürlich erst einmal sehen, wie der Platz denn aussieht, was der Betreiber macht und so weiter. Insofern denke ich, dass wir das dann im neuen Jahr auch relativ schnell wissen, und ich hoffe und bin auch davon überzeugt, dass uns gelingt, den Fünf-Sterne-Standard hier in Bremen zu halten.

Dass natürlich in der Übergangsphase hier und da vielleicht noch ein Einrichtungsgegenstand fehlt, ist selbstverständlich, das wird jetzt sukzessive nachgeholt werden. Dass es während der Bau-

maßnahme auch Probleme gegeben hat, ist kein Geheimnis, aber das ging alles zu Lasten derjenigen, die sie verursacht haben, da ist kein finanzieller Schaden an Bremen hängen geblieben, auch das will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, weil da ja immer mit Gerüchten und Verdächtigungen gearbeitet wird nach dem Motto: Irgendetwas bleibt am Ende des Tages schon hängen.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Die Westerweiterung ist die Option für die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte Technologiepark. Der Technologiepark hat eine zentrale Funktion innerhalb der Innovationspolitik des Bremer Senats. Es ist eine Erfolgsgeschichte: Über 6000 Arbeitsplätze in über 600 Betrieben sowie 1000 Mitarbeiter an der Universität Bremen sind, glaube ich, ein eindeutiges Indiz hierfür. Wir wollen mit der Option, wenn dann der Bedarf nachgewiesen wird, und da sind wir uns einig innerhalb der Koalition, in eine kurzfristige und beschleunigte Erschließung hineingehen. Dass natürlich jetzt kein Präjudiz geschaffen wird, ist doch selbstverständlich. Ich kann eine nicht erschlossene Fläche nicht gewerblich nutzen.

Im Hinblick auf eine mögliche Zwischennutzung, das sage ich ganz deutlich, werden wir innerhalb meines Ressorts konkrete Überlegungen vornehmen. Es gibt schon einige Ansätze. Es muss natürlich in die Strategie hineinpassen, so dass ich auch glaube, dass wir dort eine mittelfristige Nutzung gewährleisten können und die Fläche nicht nur einfach brach herumliegen lassen. Von daher glaube ich, dass sich die Aufgeregtheit dann, wenn der neue Platz in Betrieb genommen wird, ein wenig legt. Dann hoffe ich auch, dass die Grünen wieder zu einer Sachpolitik zurückkehren. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte gern noch einmal drei Inhalte ansprechen, wobei der erste Punkt eigentlich kein Inhalt ist. Es ist auch immer ziemlich müßig, darüber zu diskutieren, wie aktuell ist eine Aktuelle Stunde. Ich finde, das macht man wahrscheinlich, wenn man nichts anderes zu sagen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann es an der Stelle kurz zusammenfassen: Unsere Kernaussage des Beitrags, dass es sich hier um Geldverschwendung handelt, hat Frau Busch noch um das Problem und das Chaos er-

gänzt, das sich jetzt hier anschließend mit den beiden Standorten ergeben hat, so dass es eigentlich richtig gewesen wäre, wenn wir mit der SPD gemeinsam eine Aktuelle Stunde eingereicht hätten.

(Abg. Perschau [CDU]: Die SPD hat das doch alles gemacht! - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist ein Kommunikationsproblem!)

Das ist hier für mich jetzt sozusagen in der Summe herausgekommen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen wollte, ist, wie von Frau Winther dargelegt, dass es ein Fünf-Sterne-Campingplatz wird, Herr Senator, und das ist eine Steigerung der touristischen Attraktivität. Jetzt wären wir der absolute touristische Magnet, weil wir jetzt diesen neuen Campingplatz haben. Das ist erst einmal nichts anderes als ein Märchen. Die Substanz fehlt mir an der Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zeit wird es zeigen, ob es wirklich qualitativ war. Wenn man meint, man hat den Platz verlegt und hat jetzt sanitäre Einrichtungen, die vielleicht einen etwas höheren Standard haben, muss man aber schauen, was man ansonsten gemacht hat. Dass man an der Stelle aber die Qualität des Bereichs des Unisees durch die Vernichtung eines über fünf Hektar großen Birkenwaldes verringert hat, das wird irgendwie vollständig ausgeblendet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss das Gebiet doch als Ganzes sehen und kann sich hier nicht nur auf das beschränken, was Geld kostet, sondern auch auf das, was eben auch billig und umsonst zu haben ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht aber nicht die BIG!)

Entschuldigung, ich kann mich manchmal auch aufregen!

Der letzte Punkt! Herr Senator Kastendiek, natürlich lese ich alte Vorlagen, ich habe sie jetzt auch hier, das ist doch klar! Darum ging es aber auch nicht. Man sieht daran, dass es noch nicht einmal eine Problemwahrnehmung gibt. Der Punkt ist doch der, in dem Moment, in dem man sagt, wir machen die Westerweiterung nicht, macht es doch Sinn zu schauen, was wir jetzt zu dem Zeitpunkt, zu dem wir nicht entscheiden können, ob wir diese Fläche brauchen, auch aus Ihrer Perspektive sogar, einsparen können. Es macht doch dann Sinn und ist notwendig, die Frage zu stellen:

Was können wir jetzt noch an Planungskosten, an Bohrkernuntersuchungen, an Untergrunduntersuchungen, an all dem, was nötig gewesen wäre, wenn man das gemacht hätte, noch einsparen?

Ich bin offensichtlich ein bisschen naiv davon ausgegangen, dass sich der Senat die Mühe macht, wirklich Steuergelder einzusparen, zu schauen, was brauchen wir noch und was nicht, dass nicht als Endsumme das herauskommt, was in dieser Vorlage steht, sondern definitiv weniger. Das ist, finde ich, der wirkliche Skandal an dieser Stelle. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, Sie haben schlichtweg zwei Dinge völlig durcheinander bekommen. Sie haben auf die letzte Fragestunde während der letzten Landtagssitzung reflektiert. Da haben Sie eine Frage gestellt, die mit der Campingplatzverlegung jetzt hier überhaupt nicht im Zusammenhang steht.

Ich will es noch einmal wiederholen. Punkt eins, ich habe Ihnen damals gesagt, wir können Ihnen die Planungskosten vorlegen, wenn sie abgerechnet sind. Sie sind noch nicht abgerechnet, deswegen können wir sie Ihnen nicht vorlegen, nur noch einmal zum Verständnis!

Punkt zwei: Ich habe Ihnen erklärt, dass die Baugrunduntersuchungen in dem Erweiterungsgebiet Technologiepark nichts mit dem Campingplatz zu tun haben. Sie bekommen zwei Dinge völlig durcheinander. Wir können gern einmal gemeinsam das Protokoll der letzten Sitzung durchlesen. Sie bekommen es schlichtweg durcheinander. Die Baugrunduntersuchungen, die in dem Erweiterungsgebiet vorgenommen worden sind, dienen dazu, die Planungsmaßnahmen, die natürlich weitergeführt werden - das ist auch innerhalb der großen Koalition vereinbar -, abschließen zu können. Es werden keine Erschließungsmaßnahmen vorgenommen.

Es geht auch nicht darum, dass sich die Gesellschaften hier irgendwie verselbständigen. Das ist ein klarer Auftrag, der durch die Politik gegeben wurde. Dieser Auftrag wird durch die Gesellschaften abgearbeitet. Also, Frau Mathes: Bitte nehmen Sie es einfach zur Kenntnis, bringen Sie hier die Sachen nicht in einem Zusammenhang, wo der Zusammenhang nicht existiert! Dann relativiert es sich.

Dritter Punkt! Wenn Sie natürlich hinsichtlich einer modernen Innovationspolitik den Unternehmen mittelfristig keine Flächen für Erweiterungen oder Ansiedlungen in diesem Bereich zur Verfügung stellen, dann werden Sie die Zukunft, die Sie in diesem Bereich haben, die die Stadt und die die Universität an dieser Stelle hat, nicht gewährleisten können.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke)

Damit sind Sie an der Stelle rückwärts gewandt und werden genau dem Anspruch, den Sie selbst immer postulieren, nämlich eine moderne, wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft zu entwickeln, damit nicht gerecht. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Das Sportprofil an Bremer Schulen stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 23. Juni 2005

(Drucksache 16/353 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die übervollen Tagesordnungen der letzten Monate und die Sommerpause haben bewirkt, dass dieser Antrag, den Ihnen die Koalition im Juni vorgelegt hat, erst jetzt im Oktober kurz vor den Herbstferien beraten werden kann. Obwohl er spät behandelt wird, ändert das nichts an seiner Wichtigkeit. Da die Behörde diesen Antrag ja nun auch schon seit einigen Monaten kannte, gehe ich auch von einer entsprechenden Vorarbeit aus.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, worum geht es? Wir haben in Bremen mit dem Schulzentrum Ronzenstraße eine Schule geschaffen, die sich in be-

*) Vom Redner nicht überprüft.

sonderer Weise und auch durch besondere Kooperationen mit den Sportverbänden und -vereinen der Förderung des Leistungs- und Spitzensports gewidmet hat. Bei einem Besuch der CDU-Bildungs- und Sportdeputierten im Frühjahr/Frühsommer haben wir uns über die Situation an dieser Schule ein Bild machen können und waren uns dann mit unserem Koalitionspartner sehr schnell sehr einig, Frau Hövelmann,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Mein Husten ist vorbei! Er ist sehr schnell besser geworden!)

dass man hier den begonnenen Weg fortsetzen muss. Der begonnene Weg ist, dass es zurzeit Sportprofilklassen im gymnasialen Bereich des Schulzentrums gibt.

Meine Damen und Herren, als CDU können wir uns sehr gut vorstellen, dass es erstens diese Ausweitung nicht nur im gymnasialen Bereich dieses Schulzentrums gibt, sondern auch auf die Sekundarschulklassen ausgeweitet wird. Diese Diskussion hat bereits begonnen, und ich gehe davon aus, dass es hier bald eine entsprechende Lösung gibt.

Das, was wir Ihnen in dem Antrag konkret vorstellen, womit wir auch den Senat auffordern, eine Prüfung vorzunehmen und ein Gesamtkonzept vorzulegen, ist, wie man eigentlich die Schulstufen miteinander verbindet, gerade weil Leistungs- und Spitzensport bei jungen Leuten auch sehr früh beginnt. Wir können uns hier sehr gut vorstellen, und darum geht es im Kern, dass man auch Grundschulen mit diesem Schulzentrum Ronzelenstraße verknüpft, dass Kinder schon durch ihre Sportverbände benannt werden, bei denen ein besonderes Potential diagnostiziert wird, wo in den Sportvereinen, den Sportverbänden schon sehr früh Hochleistung betrieben wird, so dass diese dann ganz gezielt in der Schule, in einer Grundschule, auch weiter gefördert werden.

Dies können wir uns - das haben wir in den Antrag geschrieben - zum Beispiel in einer benachbarten Grundschule des Schulzentrums Ronzelenstraße vorstellen. Man kann es natürlich aber auch durch Satellitenstandorte im ganzen Stadtgebiet entwickeln. Dieser Prüfauftrag geht eindeutig an den Senat. Unser Ziel ist aber, dass wir vom Primärbereich kommend über die Sekundarstufe I im Schulzentrum Ronzelenstraße und dann auch weitergehend, da ist zurzeit eine Kooperation mit dem Gymnasium Horn festgelegt, tatsächlich eine durchgehende Sportförderung der Schülerinnen und Schüler im Leistungs- und Spitzensport haben werden, was dann auch positive Auswirkungen auf den Breitensport in der Stadtgemeinde Bremen haben wird. Dann müssen wir

schauen, wie wir es im nächsten Schritt vielleicht auch noch einmal landesweit hinbekommen, Herr Senator!

Für uns ist dies deshalb auch ein wichtiger Bereich, weil Bremen viele junge Talente hat, die momentan vielleicht noch nicht hundertprozentig optimal außerhalb des Schulzentrums Ronzelenstraße gefördert werden können. Wir glauben, dass wir, auch wenn es hier dann ein Gesamtkonzept gibt, Verbesserungspotential haben, was auch dazu führen kann, dass junge Spitzensportler und junge Talente nach Bremen kommen werden.

Da ich im Vorfeld dieser Debatte festgestellt habe, dass wir hier mit unserem Antrag den Nagel anscheinend auf den Kopf getroffen haben, gehe ich von einer großen Harmonie bei dieser Debatte aus und hoffe, dass wir damit etwas Gutes bewirken konnten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Elite braucht Masse, auch beim Sport! Die Förderung des Breitensports ist hierbei natürlich genauso wichtig wie die Unterstützung von Hochleistungs- und Leistungssportlerinnen und -sportlern. Bremen kann mit immer besseren Ergebnissen aufwarten. Herr Rohmeyer hat gerade eben davon gesprochen. Ich glaube auch, dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig ist, dass wir Schulen mit sportlichem Profil, sportbetonte Schulen brauchen. Wir wissen, dass gerade Schülerinnen und Schüler, die sich im Sport anstrengen, einen Trainingsplan einhalten können und dort auch zuverlässig Mannschaftssport betreiben können, die lernen zu gewinnen, die aber auch lernen zu verlieren, auch bereit sind, sich bei anderen Aufgabenbereichen anzustrengen, wenn es um Deutsch, Mathematik, Englisch und so weiter geht.

Wir haben eine ganze Reihe von großen Erfolgen in der letzten Zeit im sportlichen Bereich gehabt. Das haben Sie verfolgt, die integrierte Stadtteilschule Leibnitzplatz hat zwei Vizeweltmeisterinnen im Rudern. Wir haben ja eine Kooperation im Rudersport. Sie haben auch verfolgt, dass die Grundschule Baumschulenweg bundesdeutscher Schachmeister geworden ist. Für eine Grundschule habe ich das als sehr beeindruckend empfunden, da waren wir besonders stolz,

(Beifall bei der SPD)

weil sie auch gleichzeitig beste Ganztagschule geworden ist. Sie haben sicher ebenfalls verfolgt, dass jetzt nach den Mädchen auch die Jungen in Obervieland im Bereich Fußball Spitze sind. Sie sind nämlich deutscher Schulfußballmeister geworden.

(Beifall bei der SPD)

All das zeigt, dass wir richtig große, vorzeigbare Ergebnisse haben. Das ist lange nicht so gewesen, meine Damen und Herren. Das zeigt auch, dass es eine sehr gute Kooperation mit den Vereinen gibt.

Bremen hat sich zu dem Vorzeigebundesland bei der Einrichtung von Ganztagschulen entwickelt. Ich setze darauf, das sage ich jetzt auch so deutlich, dass die neue Bundesregierung dieses Zukunftsprojekt weiterhin fördern wird. Sie wissen, meine Damen und Herren, manche Vereine befürchten, dass ihnen durch Ganztagschulen Schülerinnen und Schüler, Nachwuchskräfte entzogen werden. Durch Kooperationen mit Schulen, durch Gespräche und eben auch durch Überzeugung zeigt sich mittlerweile, dass Ganztagschulen gut für alle sind. Sowohl die Schule als auch die Vereine profitieren von einer engen Kooperation. Hier liegen die Chancen für alle Beteiligten.

Deshalb fordern wir den Senat heute auf, ein Gesamtkonzept im Sinne einer Netzwerkbildung zwischen Grundschulen, weiterführenden Schulen, Vereinen, Verbänden zu erarbeiten und natürlich auch umzusetzen. Die Modellregion dabei soll Horn/Schwachhausen sein, weil man hier an den bestehenden Strukturen anknüpfen kann. Leistungssportförderung soll, das wäre die Vorstellung der SPD-Fraktion, im Verbundsystem Schule/Verein ausdrücklich politisch gewollt und gefördert durchgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu brauchen wir eine Struktur, in der die Schülerinnen und Schüler arbeiten können, und dazu gehört eine Ganztagschule. Meine Damen und Herren, es ist wirklich gerade auch bei einem verkürzten Bildungsgang eine große Leistung, und ich ziehe meinen Hut vor den Jugendlichen, der Schülerinnen und Schüler, wenn sie ohne diese Strukturen, dass sie Mittag essen können in der Schule, trotzdem so erfolgreich ihren Sport durchführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die Anbindung an eine ganztägige Grundschule, genauso wie das mein Kollege gesagt hat, vernünftig und richtig ist, wie auch ei-

ne Fortsetzung dann in der Sekundarstufe II. Abschließend kann ich im Prinzip nur jedem empfehlen, darauf hinzuwirken, dass noch mehr Kinder und Jugendliche sich aktiv in den Breitensport und dann auch in den Leistungssport einbringen. Das ist für die persönliche Entwicklung ein Riesenschritt und sollte von uns allen deshalb auch mit diesem Antrag deutlich gefördert werden. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Bürgerschaftsfraktion wird diesem Antrag heute in der Bürgerschaft zustimmen. Ich finde es sehr positiv, dass der Bildungssenator es geschafft hat, nach längeren Gesprächen mit dem Landessportbund - es war ein bisschen ins Stocken geraten - in den vergangenen Wochen eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen. Das wurde auch prominent kommentiert, mit Foto in der Zeitung. Das ist wirklich eine Sache, von der die Schulen im Land Bremen und insbesondere im Augenblick noch in der Stadt Bremen profitieren, und das ist eine Entwicklung, die wir auch gefordert haben. Das an dieser Stelle noch einmal!

Es ist sehr gut, dass wir jetzt diese Kooperation zwischen Bildung und dem Landessportbund haben. Solche Kooperationsvereinbarungen sollen nach unserer Auffassung auch mit dem Bereich der Jugendhilfe abgeschlossen werden, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen. Auch da wünschen wir uns Gespräche vom Bildungssenator.

Wir haben hier mehrfach im Hause, zum Beispiel meine Kollegin Frau Krusche, schon Debatten geführt um die Existenz der so genannten dritten Sportstunde. Gibt es wirklich drei Schulsportstunden, werden sie erteilt, oder werden sie als Verteilmasse im Stundenplan genommen? Das war uns immer sehr wichtig, dass gerade der Sportunterricht an den Grundschulen und auch weiterführenden Schulen im Land Bremen erteilt wird, und wir wünschen uns, dass es nicht nur Schwimmunterricht gibt in der dritten Grundschulklasse, sondern dass wir ein Konzept entwickeln seitens der Bürgerschaft, dass das Schwimmen auch über die dritte Klasse fortgesetzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt Studien, die kommen längst zu dem Ergebnis, wer nicht rückwärts laufen kann, kann auch nicht richtig rechnen. Wir finden, die sportli-

che Erziehung und Bildung der Kinder muss gefördert werden. Es muss uns nachdenklich stimmen, wenn vor 35 Jahren 95 Prozent der Kinder Klimmzüge machen konnten, und heute können es 95 Prozent der Kinder nicht mehr. Das liegt nicht unbedingt an den fehlenden Teppichklopfstangen, die es jetzt nicht mehr so auf allen Hinterhöfen und Straßen gibt, aber das zeigt deutlich, dass sich etwas am Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen geändert hat. Grund sind der wachsende Medienkonsum, das sind die wenigen wohnortnahen Spielräume für Kinder, das sind auch kinderunfreundliche Quartiere und insgesamt ein verändertes Freizeitverhalten auch der Eltern.

Ich finde, das sind alle Argumente dafür, dass wir mehr tun müssen für Bewegung und Sport in der Schule, aber nicht nur in der Schule. Den Antrag finde ich sehr gut und interessant.

Jetzt noch einmal zwei kurze Anmerkungen! Ich finde es sinnvoll, dass man sich einen Schwerpunkt setzt, aber man kapriziert sich doch sehr stark auf das Schulzentrum Ronzelenstraße. Ich rege an, den Blick zu öffnen und das allgemein für die Grundschulen weiter zu fassen. Auch in anderen Stadtteilen gibt es Interessen von Grundschulen, mehr im Bereich Sport zu machen, zum Beispiel die Grundschule an der Delfter Straße, die ja auch sehr erfolgreich im sportlichen Bereich ist.

Bei der Erarbeitung der erwünschten Vorlage ist meines Erachtens notwendig, dass auch explizit auf die Unterschiede zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen eingegangen wird. Ich glaube, dass die Grundschulen ein anderes Konzept brauchen als die weiterführenden Schulen. Es darf bei den Grundschulen nicht eingleisig ausgerichtet werden. Die Kinder brauchen auf der einen Seite viel Bewegung, und auf der anderen Seite sollen sie natürlich auch schon unterschiedliche Formen des Sports kennen lernen. Ich möchte Beispiele nennen: Ballspiele, Geräteturnen, Schwimmen, Leichtathletik, Inliner, so wie es schon an einigen Grundschulen stattfindet.

Ein spezielles und einseitiges Profil schon für die Grundschule halte ich für zu früh. Die Kinder müssen sich ausprobieren können, aber ich glaube, das deckt sich auch mit der Einschätzung von Herrn Rohmeyer. Ich finde, das heißt nicht, dass die Grundschulen sich schon auch auf ein bestimmtes Profil spielerisch orientieren sollten, wenn die nahe gelegene weiterführende Schule dieses Profil vorhält. Da können die Grundschulen es wagen, vielleicht auch noch andere Wege zu gehen und sich nicht schon in ihren Möglichkeiten zu beschränken.

Frau Hövelmann hat es angesprochen, es ist ein wichtiger Punkt, dass wir in Bremen Vorreiter sind bei der Entwicklung von Ganztagschulen, und ich finde, es ist ein Indiz dafür, dass das Schulzentrum Ronzelenstraße Ganztagschule werden will. Da zeigt sich ja, dass das eine attraktive Schulform ist, in der man mehr möglich machen kann. Die grüne Bürgerschaftsfraktion will das auch künftig unterstützen, will auch den Bildungssenator bei Anstrengungen unterstützen, dies fortzuführen. Wir wünschen uns, dass der Kooperationsvertrag mit dem Landessportbund jetzt sehr bald und sehr schnell auch mit Leben gefüllt wird, mit vielen guten Ideen und Aktionen an den Schulen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin natürlich sehr erfreut über eine so harmonische Debatte, und ich möchte einige Anmerkungen dazu machen.

Zunächst einmal, Herr Rohmeyer, bei den Sportklassen im Schulzentrum Ronzelenstraße finde ich es besonders schön, dass es sich dabei nicht um reine Gymnasialklassen handelt, sondern dass sie dort auch Realschülern die Möglichkeit geben, in dem gymnasialen Klassenverband mitzumachen. Das wird dazu führen, dass diese sportlich begabten Kinder so gefördert werden, dass der eine oder andere auch die Chance bekommt, über diesen sportlichen Bezug hin zum Abitur zu kommen. Das ist ein sehr, sehr schöner Aspekt, den ich ausdrücklich hier erwähnen möchte, weil es eben so klingt, dass dort nur die gymnasialen Kinder eine Chance haben. Hier finde ich es prima, dass auch die Realschüler die Möglichkeit haben mitzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Hinweis ist, Frau Hövelmann hat den großen Schwimmerfolg vergessen der Schüler aus dem Schulzentrum Ronzelenstraße, die die Vizemeisterschaft bei „Jugend trainiert“ gewonnen haben. Diese wären traurig, wenn ich das nicht auch sagen würde.

Meine Damen und Herren, das ist schon ein kleiner Paradigmenwechsel, der hier eingetreten ist. Ich kann mich noch erinnern, als ich 1999 auf einem Schulhof stand und ein türkischer Junge mich ansprach, also ein Bremer Buttjer, aber mit türkischem Hintergrund, und sagte: Herr Lemke, früher durften wir immer die Tore nicht zählen beim Fußball, aber das ist jetzt anders. Ich fragte:

Beim Fußball die Tore nicht zählen, wie kann denn das angehen? Ja, hier soll keiner verlieren, sondern hier sind immer alles Gewinner, und deshalb wurden dort früher die Tore beim Fußball nicht gezählt.

Glücklicherweise ist das jetzt nicht mehr so, sondern wir haben eine ganz enorme Belebung unseres Schulsports erlebt. Wir liegen übrigens, Frau Stahmann, im Schnitt glücklicherweise, wenn auch nur gering, über den erteilten Stunden bundesweit, immer noch nicht zufrieden stellend. Wir liegen im Augenblick bei 2,3, der Schnitt ist im Bund 2,1.

Wir haben nach wie vor einen enormen Nachholbedarf, aber wenn ich Ihnen jetzt Berichte von der Schule am Baumschulenweg, die hier auch angesprochen worden ist, von der glänzenden Kooperation, so brauchte diese nicht den Vertrag mit dem Landessportbund, sondern diese Initiativen entwickeln sich Gott sei Dank von der Basis über den Stadtteil. Am Baumschulenweg haben die Kinder heute schon in der Ganztagschule bis zu fünf Stunden Sport, das ist absolut vorbildlich, dass diese Möglichkeit den Kindern dort gegeben wird.

Wir werden Ihnen entsprechende Pläne vorlegen, ich bin dazu entschlossen. Ich habe allerdings auch ein bisschen die Bedenken, ob wir die Kinder nicht vielleicht zu früh in eine Richtung in einer Sportart bringen, aber gerade beim Sportverein Bremen 1860, wenn wir es dort machen, könnten wir die rhythmische Sportgymnastik in den Schwerpunkt nehmen und sagen, die Kinder bekommen fünf Stunden normalen Sportunterricht und vielleicht zusätzlich zwei, vielleicht auch drei plus zwei Stunden, das muss die Schule entscheiden, in der Sportart, die wir dann gezielt in der Ronzelenstraße fortsetzen wollen. Die Kinder, die in Klasse eins, zwei oder drei sich für diesen Weg entscheiden, können diese gezielte Förderung dann dort in ihrer Grundschule bekommen. Das wäre eine spannende Entwicklung, und sie wäre absolut zielführend, noch mehr Erfolge zu erzielen.

Meine Damen und Herren, bitte bedenken Sie, wir vertreten einmal gerade 0,7 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, und wenn wir Ihnen in diesem Jahr vier derartige Erfolge präsentieren können, dann haben wir in den letzten Jahren, zumindest in diesem Bereich, gut unsere Schularbeiten gemacht!

(Beifall bei der SPD)

Nun möchte ich abschließend noch sagen, meine Damen und Herren, dass nicht der Eindruck ent-

steht, als seien wir nun, möglicherweise auch, weil ich dem Sport so sehr nahe stehe, hier fixiert auf den Sport. Das ist mitnichten so, sondern das Profil, das Sie hier zu Recht ansprechen, betreiben wir auch in der Musik. Ich habe mit großer Freude am Pulverberg gesehen, dass dort schon eine Bläserklasse in der Grundschule eingerichtet wird. Auch da, denke ich, Herr Rohmeyer, müssen wir dies am Pulverberg in Bezug bringen anschließend mit dem Schulzentrum Findorff. Dort werden die Schüler praktisch im Klassenverband, wenn sie das wünschen, auch musikalisch gefördert, und das soll dann eben bis zum Abitur mit einem Profil Musik enden. Ich finde, das ist absolut vorbildhaft, dass wir dort die Schulen mit konkreten inhaltlichen Profilen belegen.

Nun habe ich gesagt, Sport, Musik, Naturwissenschaften. Da habe ich mich auch gefreut, da bekommen auf einmal die Findorffer Grundschulen Besuch aus dem Schulzentrum Findorff. Ich sage: Was ist das denn? Da schickt der clevere Schulleiter des Schulzentrums Findorff seine naturwissenschaftliche Fachkraft in den Sachkundeunterricht der Findorffer Grundschulen, damit die Schüler dort schon in der dritten, vierten Klasse neugierig werden, und da sage ich: Donnerwetter, das ist aber ein cleveres Marketing, dass die Eltern so neugierig werden auf das Schulzentrum Findorff, dass sie sagen, das ist die Schule, dahin schicken wir unsere Kinder.

Das habe ich bisher verschwiegen, dass in Findorff die Naturwissenschaften auch ein Schwerpunkt sind, nicht nur die Musik, sondern es wird auch ein naturwissenschaftlicher Schwerpunkt gebildet, mit dem so früh wie möglich begonnen werden soll. Ich finde, das ist absolut genial! Das hatte mit der Behörde übrigens nichts zu tun, geht überhaupt nicht von uns aus, sondern ist frei aus dem Engagement der Schule entstanden.

Letzter Punkt, die Fremdsprachen! Ich sehe mit Freude, dass in der Schule Freiligrathstraße ein Französischschwerpunkt gesetzt wird ab Klasse eins. All diese Dinge schärfen unsere Profile in unseren Schulen. Ich weiß, wir haben noch viele Baustellen, aber in dem Bereich, da danke ich Ihnen auch, dass das einstimmig heute angenommen wird, sind wir richtig gut dabei. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/353 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Evaluierung des „Integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen“ - IFP 2010

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/358 S)

Wir verbinden hiermit:

Konsequenzen aus der Evaluierung des Integrierten Flächenprogramms ziehen: Schluss mit der ausufernden Flächenpolitik

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. September 2005
(Drucksache 16/396 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Möhle. Entschuldigung, das Wort hat der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist doch schön, dass man sich so einigen kann. Das IFP verfolgt qualitative und quantitative Ziele. Beiden Kategorien möchte ich mich zuwenden, weil nur so ein Gesamtbild entstehen kann. Hinsichtlich der qualitativen Ziele steht die Clusterbildung, also die Profilierung von Gewerbegebieten, an erster Stelle, und hier kann man deutlich formulieren, dass uns dies gelungen ist. Wir haben heute Cluster für Technologie, Innovation und Science wie den Technologiepark, wir haben mit dem GVZ einen hervorragenden Logistikcluster und mit der Hansalinie, allen kritischen Sprüchen ansonsten zum Trotz, einen Cluster für verarbeitendes Gewerbe, Kfz-Zulieferbetriebe und autobahnaffine Betriebe, um nur einige der wichtigen Cluster zu nennen.

Diese Profilierung und die Konzentration der Erschließungs- und Vermarktungsmittel auf diese Cluster sind auch quantitativ ein Erfolg. 88 Prozent der neu geschaffenen und 68 Prozent der gesicherten Arbeitsplätze sind in diesen Clustern entstanden beziehungsweise bewahrt worden. Das ist nach meiner Einschätzung im Übrigen ein Beleg, dass wir auch bei bedarfsgerechter Erschließung ein Mindestangebot vorhalten müssen.

Ein weiterer qualitativer Schwerpunkt war die Verbesserung der Verkehrsanbindung! An erster Stelle ist eindeutig der Bau der A 281 zu nennen, die sowohl das GVZ als auch den Bremer Industriepark besser zugänglich machen wird. Aber auch kleinere Verkehrsmaßnahmen wie die Erstellung einer kreuzungsfreien Anbindung des Gewerbegebiets Steindamm durch eine Brücke haben nachdrücklich zu einer Verbesserung der Erreichbarkeit der Gewerbegebiete geführt.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat begonnen, die Bestandspflege zu intensivieren, indem sie regelmäßig Kontakt aufnimmt sowohl zu den vorhandenen Unternehmen als auch zu den Unternehmen, die sich gerade gegründet haben. Das birgt Möglichkeiten, Abwanderungen zu vermeiden und die Interessen der Unternehmen frühzeitig zu erfahren. Schließlich war es das Ziel, die Nutzungsintensität der Gewerbeflächen zu erhöhen, also dafür zu sorgen, dass für einen Arbeitsplatz weniger Fläche notwendig ist.

Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung hat jüngst festgestellt, dass Bremen einen geringeren Anteil an flächenintensiven Betrieben hat als die bremischen Nachbargemeinden. Auch konnte in den letzten drei Jahren die Anzahl der geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätze in etwa im Rahmen der vergangenen Jahre gehalten werden, obwohl der Flächenverbrauch abnahm. Auch dies ist ein Erfolg.

Qualitativ sind wir gut aufgestellt, bliebe nur noch die Sache mit der Quantität! Da die Grünen einen entsprechenden Antrag gestellt haben, werde ich dies im Zusammenhang mit erörtern. Zur Bewertung für die Quantität gehören natürlich Zahlen, hier vielleicht die ersten: Im Zeitraum 2002 bis 2004 konnten nach Angabe der Unternehmen 7587 Arbeitsplätze in den Gewerbegebieten neu geschaffen oder gesichert werden. Auch wenn die Verifikation der Zahlen erst nach fünf Jahren möglich ist, kann nach den bisherigen Erfahrungen davon ausgegangen werden, dass die Angabe eher zu niedrig ist. Auch diese Zahl halte ich für einen Erfolg. Jeder gewonnene Arbeitsplatz ist für unser Land lebenswichtig.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Bevor ich nun auf die Erschließung und Vermarktung komme, möchte ich zwei kurze Anmerkungen machen, die ich mir und dem Senat auch nicht ersparen kann: Der Senat hat sich den Bericht inhaltlich so nicht zu eigen gemacht. Das sieht man auch in den Beschlüssen. Das ist meines Erachtens auch gut so.

Zum einen kann ich nicht die Einschätzung teilen, dass die Diskussion über die ÖPNV-Anbindung des Büroparks Oberneuland und die anschließende Aufgabe dieser Verbindung den Standort schlecht geredet habe. Wenn ich mich recht erinnere, waren es nachher keine zehn Personen mehr, die diese Verbindung genutzt haben. Diese Anbindung dann in Zeiten wahrlich knapper Mittel aufzugeben, halte ich nach wie vor für sachgerecht! Genauso sachgerecht ist die Entscheidung des Senats, den zweiten Bauabschnitt für Wohnungsbau vorzusehen und nicht mehr für die Erweiterung des Büroparks.

Zum anderen teile ich ausdrücklich nicht die Darstellung im Bericht, wonach die Wirkfaktoren in der Überseestadt fehlen würden. Genannt werden kritische Maße und Standortimage, um in der Überseestadt eine weitere Ausprägung eines Technologieclusters entstehen zu lassen. Wenn denn diese Wirkfaktoren derzeit nicht vorhanden sind, so kann doch sehr wohl darauf hingearbeitet werden, solche Wirkfaktoren zu schaffen. Wir halten an dem Konzept der Technopolis, also der Ausprägung von technologieorientiertem Gewerbe, über den Technologiepark Universität hinaus auch in der Überseestadt fest.

(Beifall bei der SPD)

Doch nun zur Erschließung und Vermarktung! Erschlossen wurden 129,2 Hektar, allerdings vermarktet nur 65,3. Die Lücke ist eindeutig zu groß und auch nicht vertretbar, zumal die Dispositionsreserve sich jetzt mittlerweile verdoppelt und damit den durch das IFP vorgegebenen Rahmen mehr als nur gesprengt hat. Hinweisen möchte ich in dem Zusammenhang aber auch auf die Tatsache, dass man zur Kenntnis nehmen muss, dass in den Jahren 1999 bis 2001 die durchschnittliche Vermarktung bei 50 Hektar pro Jahr lag. Insofern, als das Programm aufgelegt wurde, waren die Annahmen, die dem damals zugrunde lagen, durchaus realistisch. Die konjunkturelle Entwicklung hat aber gezeigt, dass sie es heute nicht mehr sind.

Wenn nun die Grünen behaupten, der Senat habe aus dieser Diskrepanz - so lese ich den Antrag - den Schluss gezogen, die Vermarktung zu verbessern, und das sei sein einziger Schluss, dann ist dies eindeutig falsch, oder man muss sa-

gen, man muss den Senatsbeschluss etwas genauer lesen.

Der Senat hat beschlossen - und an diesem Beschluss sind wir als Sozialdemokraten durchaus auch nicht unbeteiligt, wir haben eben darüber geredet -, die Westerweiterung des Technologieparks nicht zu machen, weil die vorhandenen Flächen noch ausreichen und durch die NUZ-Flächen erweitert werden können. Im GVZ wird es keine weiteren Erschließungen geben, im Bremer Industriepark findet bis auf eine Ausnahme, auf die ich noch zu sprechen komme, keine weitere Erschließung statt. Damit finden in drei der größten Gebiete keine weiteren Erschließungen statt.

(Beifall bei der SPD)

Die begonnenen Erschließungen Airport-Stadt, der ersten Baustufe des zweiten Bauabschnitts der Hansalinie und bei der BWK werden zu Ende geführt. Es wäre auch etwas merkwürdig, wenn wir jetzt angefangen haben und es nicht zu Ende führen würden.

Letztlich hat der Senat beschlossen, und auch dies findet sich dann im Antrag der Grünen nicht wieder, dass die Dispositionsreserve wieder auf das Maß zurückgeführt werden soll, das vorgesehen war, nämlich auf die 100 Hektar.

Der Senat hat also weitaus mehr getan, als sich auf eine Vermarktung zu beschränken. Er hat die Situation bewertet und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Erschließungsleistungen zurückzuführen oder in einigen Bereichen auch zu stoppen sind. Ich finde, damit ist der erste Punkt, den Sie in Ihrem Antrag fordern, mittlerweile schon erledigt.

Im Antrag der Grünen wird nun der Eindruck erweckt, der Senat betreibe eine extensive Flächenpolitik, diese Debatte führen wir hier ständig, und aufgeführt werden dann einige Gewerbegebiete. Dass diese Aufzählungen eigentlich das genaue Gegenteil einer extensiven Flächenpolitik sind, möchte ich Ihnen an drei Beispielen belegen:

Sie ignorieren, dass in Airport-Stadtmitte Ost der Bau der A 281 erfolgt und Betriebsverlegungen notwendig sind. Sollen wir das denn nicht tun? Sollen wir denn auf die Arbeitsplätze verzichten?

Im Airport Süd wird das Logistikzentrum von Airbus gebaut. Sollen wir eine Stärkung dieses bedeutenden Arbeitgebers in Bremen nicht weiter verfolgen und Arbeitsplätze gefährden?

Im Bremer Industriepark wird ein Verwaltungsgebäude nebst Rechenzentrum errichtet, womit 500 Arbeitsplätze gesichert werden können, die ansonsten an einer völlig anderen Stelle entstehen können. Sollen wir den Standort der Stahlwerke nicht stärken, sollen wir ihn schwächen?

Wir wollen, dass Gewerbeflächen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden. Die eben genannten drei Gebiete sind Beispiele für eine erfolgreiche und auch notwendige Gewerbeflächenpolitik.

Abschließend vielleicht noch eine Bemerkung zu dem zweiten Punkt des Antrags der Grünen! Auch wir haben ein hohes Interesse, dass wir in die Investitionsplanung insgesamt eine größere Sicherheit bekommen. Auch wir legen Wert darauf, dass wir zu den so genannten AIP-Listen kommen, um verlässlich weiter Investitionen planen zu können. Wir sehen den Senat hier auch in der Pflicht, es ist die Aufgabe, diese Prioritäten uns vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dass Gewerbeflächenpolitik nicht darin bestehen kann, immer nur zu erschließen und nicht zu vermarkten, hat der Senat erkannt. Er hat die entsprechenden Schlüsse gezogen und hat hier auch unsere Unterstützung. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Redebeitrag von Herrn Liess will ich doch zunächst erst einmal sagen, worum es hier eigentlich geht.

Wir haben einen Bericht des Senats, Evaluierungsbericht des Flächenprogramms. Dieser Bericht hat an die 45 Seiten, ich weiß es nicht genau, auf jeden Fall wird dort ziemlich detailliert aufgeführt, welche Fläche in welchem Bereich wie genutzt wurde. Die Tendenz der großen Koalition, Wirtschaftspolitik so zu begreifen, dass es schon in Ordnung ist, wenn man ausgiebig Flächen als Gewerbegebiete ausweist, und das sei es dann schon, hat sich in den letzten Jahren genauso entwickelt, dass Sie nämlich zu dem Ergebnis gekommen sind, Herr Liess, was Sie selbst hier vorgetragen haben, dass die Dispositionsreserve mittlerweile doppelt so hoch ist wie eigentlich vor-

gesehen, nämlich über 200 Hektar statt 100 Hektar. Das hat damit zu tun, dass man, ich sage es einmal so, eine wirtschaftspolitische Philosophie verfolgt hat, die meiner Meinung nach verkehrt war.

Jetzt kann ich vom Senat nicht erwarten, dass er sich hier hinstellt und sagt, wir haben Fehler gemacht. Das erwarte ich auch von der großen Koalition nicht. So viel Selbstreflexion wird es in diesem Haus kaum geben. Da ist meine Erwartungshaltung sehr gedämpft. Ich zitiere Ihnen einmal aus dem Bericht mit Genehmigung des Präsidenten, wie man mit Diskussionen während des Evaluierungszeitraums umgeht, Zitat aus dem Bericht: „Im Evaluierungszeitraum sind vor allem bezüglich der Standorte Büropark Oberneuland, Bremer Industriepark und Gewerbepark Hansalinie Bremen öffentliche Diskussionen hinsichtlich der Vermarktungsleistung aufgekommen. Die Diskussionen führten bedauerlicherweise zu einer negativen Standortbewertung.“

Das finde ich abenteuerlich, dass jetzt schon die Diskussionen, die kritische Hinterfragung bestimmter wirtschaftspolitischer Projekte in dieser Stadt dazu führen sollen, dass aus ihnen nichts wird. Mit Verlaub, das hat mit wirtschaftspolitischer Kenntnis nichts mehr zu tun!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben den Büropark Oberneuland als Grüne von Anfang an als sehr kritisch gesehen, weil er am falschen Standort ist, weil er falsch konzipiert ist, weil er viel Geld gekostet hat und weil es absehbar war, dass er nicht zu vermarkten ist.

(Abg. Focke [CDU]: Das war doch Fücks' Idee!)

Herr Focke, wenn Sie immer diese Nummer abziehen: Herr Fücks und die Grünen! Das war beim Space-Park auch anders, Frau Busch, das waren nicht die Grünen! Die Grünen haben lediglich einen Beschluss gefasst, mitgetragen, einen Prüfungsauftrag zu dem Projekt zu machen, dann ist das geprüft worden. Von da an haben die Grünen gegen den Space-Park geredet und gestimmt.

(Abg. Focke [CDU]: Das war schon etwas mehr!)

Da war überhaupt nicht mehr, Herr Focke! Wenn Sie das nachlesen wollen, ich kann Ihnen die entsprechenden Protokolle selbstverständlich gern zur Verfügung stellen.

Es ist eine sehr merkwürdige Auffassung, die hier vertreten wird, dass die Kritiker diejenigen sind, die den wirtschaftspolitischen Standort nicht voranbringen. Nein, wir haben bei dem Büropark

*) Vom Redner nicht überprüft.

Oberneuland das Problem, und ich kann Ihnen genauso gut auch sagen, wenn man sich die Vermarktung der Arberger/Mahndorfer Marsch oder, besser gesagt, wenn man sich überhaupt die Idee Arberger/Mahndorfer Marsch ansieht, es ist ja nicht das erste Mal, dass wir darüber reden, aber 800 Hektar Fläche aufzukaufen und davon jetzt netto überhaupt nur noch unter 200 Hektar als Gewerbefläche anzusehen, weil der Rest nicht geht,

(Abg. Focke [CDU]: Das ist für Ausgleichsmaßnahmen!)

allein das ist schon ein so derbes Missverhältnis, Herr Focke, das kann wirtschaftlich überhaupt nicht nachvollziehbar sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sich hinzustellen und zu sagen, wir wollen Arbeitsplätze, da werden Sie hier im Haus jeden finden, der sagt, jawohl, das wollen wir auch. Das Problem ist die Frage des Weges dahin. Wir wollen gern eine qualifiziertere, eine deutlich klarere Wirtschaftspolitik, die nicht ausschließlich auf Flächen und deren Erschließung setzt, sondern die die Innovationspotentiale dieser Stadt Bremen, aber auch Bremerhavens nutzt, um nach vorn zu kommen. Dazu ist es gelegentlich notwendig, eine viel intelligentere Erschließungspolitik zu machen als zum Beispiel in der Hansalinie und der Arberger/Mahndorfer Marsch.

Sie haben das Problem, dass Sie von den eigenen Zielen, Ihre Vermarktungsziele waren ja 50 Hektar pro Jahr sollten vermarktet werden, seit 2002 21,7 Hektar pro Jahr erreicht haben. Das ist noch nicht einmal die Hälfte Ihrer eigenen Ziele. Für das Jahr 2005, das ist noch nicht zu Ende, sind es bis jetzt 8,7 Hektar, auf das Jahr hochgerechnet wären das dann 17,4 Hektar. Sie erreichen Ihre Ziele nicht und sagen jetzt aber in diesem Bericht, Sie wollen ein besseres Marketing machen, Sie wollen bessere Konzeptionen machen. Dann frage ich mit Verlaub: Welche Konzeptionen haben Sie die letzten Jahren denn gehabt, dass es nicht funktioniert hat? Möglicherweise ist das wirklich ein bisschen wenig und sparsam, an dieser Stelle jetzt zu meinen, damit könne man das bewältigen.

Nein, Sie müssen sich verabschieden von einer überbordenden Flächenpolitik in der Wirtschaftspolitik. Davon müssen Sie sich richtig verabschieden. Dass Sie das ein bisschen tun, Herr Liess, mit Verlaub, das habe ich auch wahrgenommen. Die Sozialdemokraten sind da durchaus offensichtlich lernfähig. Aber, wie gesagt, es ist nur ein bisschen, und wir brauchen eigentlich viel mehr

Umsteuerung in dem Bereich, und zwar auch allein schon deshalb, das muss man an dieser Stelle auch einmal erwähnen, weil die Haushaltsmittel für Wirtschaftsförderung so knapp sind, dass sie kaum noch Gestaltungsspielräume haben in den künftigen Jahren. Das ist doch auch der Grund, Kollege Liess, warum die AIP-Liste bis heute nicht vorliegt. Sie liegt deswegen nicht vor, denn wenn sie vorläge, würde man sehen, in welcher fatalen Situation Bremen im wirtschaftspolitischen Bereich eigentlich steckt und wie gering die Möglichkeiten sind.

Jetzt kommt es darauf an, mit geringen Mitteln trotz allem eine Wirtschaftsförderpolitik zu machen, die dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, näher rückt. Sie können es aber nicht mehr aus dem Füllhorn tun, sondern Sie müssen es bedingt durch die Haushaltssituation sehr viel geschickter und intelligenter machen.

Lassen Sie mich noch zwei oder drei Beispiele aus dem Bericht nennen! Wenn Sie sagen, Bremen-Nord sei eine Schlafstadt, und man müsse unbedingt etwas in Bremen-Nord tun, dann ist das ja in Ordnung. Wenn wir sagen, wir wollen IUB und Science-Park haben, und der Kompromiss ist die Nordvariante, dann kann man aber nicht immer wieder den Oeversberg ins Gespräch bringen, dann muss man definitiv sagen, wir wollen das an der Stelle im Norden, und wir wollen es eben nicht am Oeversberg. Das ist zumindest auch die Position der Grünen, und so, wie ich vor der letzten Bürgerschaftswahl sowohl die CDU als auch die SPD verstanden habe, waren sie auch der Meinung, dass man das so machen können müsste. Gut, dann wollen wir es auch so machen, und dann hören Sie auf, immer wieder den Oeversberg ins Spiel zu bringen!

Der zweite Punkt, der mich auch ein bisschen schockiert, ist die Frage der Ansiedlung - das ist aber auch schon einmal Thema gewesen - des Industrieparks, wie gesagt, die Geschichte mit dem Verwaltungsgebäude der Stahlwerke. Wir haben da ein Gewerbegebiet, das buchstäblich erschlossen ist, aber vor sich hin gammelt. Wissen Sie, wenn Sie in das Gewerbegebiet hineinfahren, dann hat das Straßenbauamt da ein Schild angebaut, darauf steht „Wildwuchs“. Ein funkelneuen erschlossenes Gewerbegebiet mit dem Hinweisschild „Wildwuchs“! Jetzt kommen die Stahlwerke und sagen, sie wollen ein neues Verwaltungsgebäude, da sagen Sie, Sie erschließen den vierten Bauabschnitt auch noch oben-drein. Das ist Ihre verfehlte Politik!

Wenn ich das sage, dann sagt Senator Kastendiek öffentlich bei „Buten un binnen“, ich wüsste nicht, wovon ich rede, weil man die Stahlwerke ja

nicht zwingen könne, dieses oder jenes zu tun. Die Stahlwerke kann man nicht zwingen, dieses oder jenes zu tun, aber die Stadt, den Staat, kann man auch nicht zwingen. Da kann man den Stahlwerken ein erschlossenes Gebiet anbieten, und dann braucht man die Mittel für die Erschließung des vierten Bauabschnitts in diesem Fall überhaupt nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein Punkt ist das Gelände der Bremer Wollkämmerei, übrigens ist das bei den Stahlwerken ganz ähnlich wie bei der BWK. Da machen Sie eine indirekte Subventionierung, kaufen den Unternehmen Fläche ab, dann haben Sie die Fläche und sagen, jetzt muss man damit ja irgendetwas machen. Herr Perschau hat in seiner unendlichen Weisheit hier ja einmal gesagt, na ja, jetzt haben wir im Unipark gerodet, jetzt müssen wir da auch irgendwie etwas machen, nach dem Motto, wenn die Bäume schon weg sind, muss man ja irgendetwas tun. Das haben Sie wörtlich oder zumindest sinngemäß gesagt. Das ist aber ganz fatal, denn Sie können nicht so eine Kausalitätskette von Fehlern machen. Wo am Anfang schon ein Fehler steht, wird am Ende nichts Richtiges herauskommen.

Sie haben, an dem Stahlbeispiel kann man das wunderbar sagen, diese Fläche gekauft, um die Stahlwerke zu stützen. Schön und gut! Dann haben Sie gesagt, wir müssen etwas damit machen, dann haben Sie gesagt, was machen wir denn damit, wir machen einen Industriepark daraus. Dann haben Sie gesagt, wenn wir daraus einen Industriepark machen, dann müssen wir da aufschütten, sonst kann man nicht bauen; also haben Sie einen Sandentnahmesee gemacht. Dann haben Sie gesagt, jetzt haben wir diesen Sandentnahmesee, was muss man jetzt damit machen, wir haben ja jetzt einen See. Dann haben Sie gesagt, daraus machen wir jetzt einen Sportpark, daraus sollte das Olympiazentrum für Ruderer werden. Sehen Sie, und so ist die Folge! Von Anfang an kommt eine Kausalitätskette, die unglaublich teuer ist und uns nicht wahnsinnig viel weiterhilft.

Bei der BWK das gleiche Spiel: Der BWK wird geholfen, der BWK wird eine Fläche abgekauft, jetzt hat man diese Fläche und ist angeblich unter einem unglaublichen Zwang, diese Fläche zu vermarkten. Ich sage Ihnen, machen Sie dort eine wohngerechte Ansiedlung von wohnverträglichem Gewerbe! Verstehen Sie? Wenn Sie zulassen, dass auf der BWK Sondermüll verbrannt wird, dann glauben Sie doch nicht, dass, wenn Sie mitten im Stadtteil Blumenthal Sondermüll verbren-

nen, Sie direkt daneben noch eine irgendwie geartete Ansiedlungsoption haben! Das sind Ihre Fehler als große Koalition, als Senat, bei denen ich finde, dass eine Korrektur nicht nur ein bisschen eingeleitet werden muss.

Herr Liess, ich möchte Sie einfach auffordern, an diesen Punkten nachzubessern, dass wir tatsächlich zu einer Wirtschaftspolitik kommen, die für Bremen besser ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Möhle, es ist schon erstaunlich, wie Sie in der Lage sind, die Fakten zu verdrehen und falsch darzustellen und die positiven wirtschaftlichen Effekte und Ergebnisse der Gewerbeflächenpolitik zu verdrängen und die einzelnen Kausalitäten in einen völlig sinnlosen Zusammenhang zu stellen, statt das zu sehen, was wir wollen und was die Philosophie der Flächenpolitik ist, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen und Wirtschaftswachstum zu generieren. Für dieses Ziel müssen auch weiterhin differenzierte Angebote an Gewerbeflächen in ausreichender Größe und in verkehrsgünstiger Lage zur Verfügung gestellt werden, damit sich Betriebe ansiedeln können und die vorhandenen sich erweitern beziehungsweise wir sie umsiedeln können, wenn es denn nötig ist. Es geht also nicht nur um einen rein quantitativen Aspekt, sondern es geht insgesamt auch um einen qualitativen Aspekt.

Wie Sie dem Bericht entnehmen können, hat der Senat eine Bestandsaufnahme durchgeführt und zugleich einzelne Parameter der aktuellen konjunkturellen Lage angepasst. Klar ist, dass unser Vorrat an Flächen dem Bedarf angepasst werden muss. Das tut der Senat, indem er eine Dispositionsreserve, die sehr hoch angewachsen ist, auf 100 Hektar reduziert, allerdings ohne auf eine ausgewogene und räumlich profilierte Verteilung der Gewerbeflächen zu verzichten. Entsprechend hat der Senat die durchschnittliche Erschließung in den vergangenen drei Jahren auf rund 43 Hektar zurückgefahren, und er hat flexibel dort investiert, wo ein Bedarf vorhanden war. Herr Liess hat im Einzelnen gerade dargelegt, wo wir weiter entwickelt haben und welche Standorte insbesondere profiliert worden sind.

Sie aber, Herr Möhle, verfälschen regelmäßig - und das tun Sie jetzt hier wirklich fast monatlich

mit diesen Debatten über die Gewerbeflächen - die Effekte des Flächenprogramms, indem Sie alles, was positiv ist, weglassen. Ich möchte Ihnen einmal darstellen, welche positiven Effekte wir im Einzelnen erreicht haben, und zwar gerade auf den Flächen, die Sie in Ihrem Antrag kritisiert haben. Ich will Ihnen das sagen: Technologiepark 6200 Arbeitsplätze, GVZ 5000 Arbeitsplätze, Gewerbepark Hansalinie 1800 Arbeitsplätze, Airport-Stadt 3500 Arbeitsplätze, Industriepark 1000 Arbeitsplätze, Bayernstraße 450 und Vulkan 1150 Arbeitsplätze. Ich glaube nicht, dass man angesichts dieser Effekte, die das Flächenprogramm hat, hier davon reden kann, dass es falsch gewesen ist, diesen Weg zu gehen. Abgesehen davon habe ich auch nicht gesehen, dass Sie irgendwelche Alternativen aufgezeigt haben, mit denen man derartige Arbeitsplatzeffekte, weit über 20.000 Arbeitsplätze, hätte generieren können.

Sie sagen aber auch nicht, dass Bremen zwar nicht wie geplant 50 Hektar pro Jahr vermarktet hat, dass wir aber trotzdem genauso viele und mehr Arbeitsplätze neu angesiedelt haben wie bei einer Vermarktung von 50 Hektar. Sie sagen auch nicht, dass durch die Gewerbeflächenvermarktung in den Jahren 2002 bis 2004 jährlich über 95 Millionen Euro private Investitionen getätigt worden sind, und damit sind wir gerade als Investitionsstandort Nummer eins ausgezeichnet worden. Sie sagen nicht, dass die Investitionstätigkeit bremischer Unternehmen in der Entwicklung insgesamt sehr viel besser ist als im Bundesdurchschnitt und dass im produzierenden Gewerbe die Beschäftigung weniger stark sank als in Westdeutschland. Das sind nur einige Effekte, die jetzt schon eingetreten sind, obwohl Wirtschaftsstrukturpolitik und damit auch Flächenpolitik immer perspektivisch angelegt ist und die Wirkung und die Erfolge also eher langfristig erkennbar sind.

Herr Möhle, Sie haben die Entwicklung unseres Umlandes völlig aus der Debatte herausgelassen. Ich denke, es ist wichtig, einen Blick darauf zu werfen, was hier um uns herum passiert. In der letzten Sitzung der Wirtschaftsdeputation haben wir eine Vorlage über die Gewerbeflächenentwicklung im Bremer Umland zur Kenntnis genommen. Diese Entwicklung zeigt auf, dass dort zurzeit 740 Hektar vermarktbare Fläche zur Verfügung stehen, im übrigen mehr oder weniger an der Autobahn, wenige Flächen etwas abgelegen, und dass noch weitere 800 Hektar entwickelt werden sollen. Dort konnten 75 Hektar pro Jahr vermittelt werden, das liegt natürlich auch an den besonders günstigen Kosten, die diese Standorte haben.

Angesichts dieser Entwicklung ist es entscheidend, dass Bremen sein Standortprofil weiter wettbewerbsfähig gestaltet und dies gerade auch gegenüber dem Umland, um die Position, die wir heute erreicht haben, zu halten. Tun wir das nicht, dann fallen wir mit Sicherheit in die alten Zeiten zurück, in denen Unternehmen in Scharen nach Achim oder Oytten abgewandert sind und mit ihnen die Arbeitsplätze oder viele andere Unternehmen überhaupt nicht erst bis Bremen gekommen sind.

Angesichts dieser Zahlen, und das war nur ein Auszug von Effekten, es gibt noch eine ganze Latte mehr, zeigt sich, dass es richtig ist, wenn Bremen ein vielfältiges Angebot an unterschiedlichen und profilierten Flächen hat, denn nicht jeder Investor ist mit jedem Umfeld einverstanden, also müssen wir auch auf den konkreten Bedarf einzelner Investoren reagieren. Erfreulicherweise, auch das ist bisher nicht gesagt worden, zeigt die Vermarktungsentwicklung, die in der Tat bisher nicht besonders gut war, bis zum Jahresende wieder nach oben, und die aktuelle Prognose sagt, dass wir dieses Jahr in etwa an die Zahlen vom vergangenen Jahr anschließen werden.

Es ist sicher so, dass uns das nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass wir gefordert sind, unseren Standort weiter attraktiv zu halten. Das betrifft die Standortkosten, die wir im Griff behalten müssen, und das betrifft natürlich auch das Thema Deregulierung. Klar ist auch, dass die Vermarktungsleistungen unter den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Fragen und Problemen schwierig sind und gelitten haben. Insofern haben wir diesen Überhang und ist es auch richtig, wenn wir das Marketing noch offensiver als bisher voranbringen und unsere Strategien hierfür schärfen.

Es gibt noch eine Reihe von Fragen, Herr Möhle, die Sie hier angesprochen haben. Sie kritisieren hier plötzlich, dass aus den 800 Hektar Gewerbefläche in der Hemelinger Marsch nur 200 werden. Ja, warum ist das denn so? Weil wir einen immensen Flächenbedarf an Ausgleichsflächen haben! Das, was hier Kosten und Flächen schluckt, sind die Grünflächen, das sind Deichverlegungsfragen und Ähnliches mehr. Das ist ein großes Problem. Wenn Sie den überwiegenden Teil einer Gewerbefläche für Ausgleichsflächen benutzen müssen, dann können Sie uns hinterher nicht vorwerfen, dass hier nicht genug Fläche entstanden ist.

Zu den Stahlwerken! Ich denke, Herr Senator Kastendiek wird gleich auch noch einmal gerade rücken, wie dies eigentlich zu bewerten ist. Es geht doch im Kern darum, die Stahlwerke in Bremen und mit ihnen die Arbeitsplätze zu stabilisie-

ren. Wenn es uns gelingt, ein neues Verwaltungsgebäude hier im Industriepark anzusiedeln, dann ist es eine Festigung des Standortes der Stahlwerke, das ist für uns ein ganz entscheidender Faktor.

Sie haben noch das BWK-Gelände angesprochen, Sie fordern wohnverträgliches Gewerbe. Wenn es das gibt, soll das ja in Ordnung sein, und wenn das in diesem Umfeld Arbeitsplätze schafft, wie ich sie Ihnen eben für die anderen Gewerbeflächen genannt habe, dann soll das auch in Ordnung sein. Aber wir haben dort Industrien, und wir müssen diese Industrien absichern. Insofern ist es notwendig, dass dort ein Weg gefunden wird, wie eine Bestandssicherung aussehen kann und wie in weiter abgelegenen Flächen möglicherweise dann auch Arbeiten und Wohnen nebeneinander realisiert werden können.

Dies zu einzelnen Punkten, die Sie hier angesprochen haben! Insgesamt ist das, was wir in Bremen an Entwicklung und Profilierung von Gewerbeflächen gemacht haben, alternativlos. Ich habe von Ihnen nicht gehört, welche Alternativen Sie vorschlagen, sehr geehrte Grüne, um diese Arbeitsplatzeffekte und damit Steuereffekte und Wachstumseffekte zu generieren. Darauf wäre ich jetzt noch gespannt! Ihren Antrag lehnen wir aufgrund der genannten Argumente ab. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin ja nun aufgrund dessen, was Herr Möhle gesagt hat, auch verleitet, noch ein paar kurze Anmerkungen zu machen, vielleicht auch ein paar Klarstellungen.

Ich will einmal mit Details anfangen. Wer sagt, die Unterstützung, die Bremen jetzt beim Bau des Verwaltungszentrums der Stahlwerke leistet, sei ein völlig falscher Schritt, der verkennt auch, vor welchen schwierigen Aufgaben dieses Werk gestanden hat und zu welchen gestalterischen Veränderungen dieses Werk durch die Verlegung und Fertigstellung der A 281 kommen muss, es bedarf nämlich einer anderen Werkserschließung. Herr Möhle, Sie kennen die Vorlage, aus der deutlich wird, dass es hier um mehr geht als nur um das Verwaltungsgebäude, sondern es geht auch um eine Neuerschließung des Gesamtgeländes. Insofern kann ich die Kritik, die von Ihnen hier vorgebracht wird, absolut nicht teilen.

Vielleicht noch eine weitere Anmerkung zu den einzelnen Punkten, die genannt worden sind! Ich glaube, dass wir alle langsam, aber sicher von der fast ritualisierten Debatte über Gewerbeflächen und Hektarzahlen weg kommen sollten.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Die entscheidende Größe - deshalb habe ich das vorhin in meinem Beitrag auch noch einmal ausdrücklich erwähnt - ist: Wie viele Arbeitsplätze schaffen wir denn pro Hektar, das heißt, wie intensiv ist es denn eigentlich, was wir betreiben? Ich glaube, wir sollten mehr den Blick darauf richten, wie viele Arbeitsplätze wir schaffen, als darauf, wie viel Hektar wir vermarkten. Ich glaube, das ist die falsche Sichtweise.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Anmerkung: Es ist auf das AIP noch einmal Bezug genommen worden. Ich glaube, und da hat Herr Möhle durchaus Recht, bleibt das AIP in der jetzigen Struktur, in der jetzigen Fondsaufteilung, dann hat es so weiter keinen Bestand, weil mit ihm so nicht zu arbeiten ist. Das bedeutet, dass wir in die Lage versetzt werden müssen und den Senat auch nur auffordern können, dazu zu kommen, Prioritäten über die Fonds hinweg zu setzen, nämlich zunächst einmal festzustellen, wie viel Gelder vorhanden sind und welche Projekte für das Land Bremen insgesamt prioritär sind, und nicht mehr auf Fonds zu schauen. Nur dann kommen wir insgesamt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Winther, Sie haben Recht, an einem Punkt habe ich mich geirrt: Sie haben nicht doppelt so viel Hektar Gewerbefläche in der Vorratshaltung, sondern genau 207,8 Hektar, und ich hatte 200 gesagt. So gesehen haben Sie Recht. Da hatte ich eine falsche Zahl genannt, die wollte ich hiermit korrigieren. Ansonsten habe ich keine falschen Zahlen genannt, auch keine Fälschungen, wie Sie behaupten, sondern ich habe eine andere Auffassung davon, wie man Arbeitsplätze erreicht. So einfach ist das!

(Abg. Frau Winther [CDU]: Aber wie!)

Ich sage es Ihnen: Herr Liess sagt, man muss weg von dem ritualisierten Flächendenken. Das sage ich seit Jahren hier im Haus!

(Zuruf der Abg. Frau Winther [CDU])

Bitte?

(Abg. Frau Winther [CDU]: Er hat nämlich damit etwas ganz anderes gemeint!)

Nein! Es geht einfach um die Frage der Qualität von Wirtschaftsförderung, und die erstreckt sich eben nicht ausschließlich in der Flächengröße.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Focke [CDU]: Das haben wir ja nie behauptet!)

So habe ich jedenfalls den Kollegen Liess eben verstanden, und das ist genau die Politik, die ich an dem, was Sie bisher hier gemacht haben, kritisiere.

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal etwas zu den Stahlwerken! Den Stahlwerken muss im Moment, aktuell, nun wirklich nicht geholfen werden. Gerade weil es den Stahlwerken so gut geht, hat Bremen den Eigenanteil ja verkauft, und zwar relativ günstig. Aus dem Verkaufserlös der Stahlwerkeanteile sollten 20 Millionen Euro für Bremen-Nord genutzt werden, um wirtschaftspolitisch voranzukommen. Da hat mich Herr Böhrnsen einmal kritisiert, weil ich gesagt habe, der Erlös soll insgesamt verwendet werden, nein, der Erlös soll aber nur zum Teil verwendet werden. Zwei Millionen aus dem Fonds allein sollen für diese Umsiedlung genommen werden, und das kritisiere ich ganz einfach. So simpel ist das, weil ich glaube, dass wir mit dem Geld eine schlaunere Politik machen können. So ist das eben.

Verstehen Sie? Man kann nicht ein erschlossenes Gewerbegebiet als Kommune da liegen haben und sagen: Wir machen jetzt noch einen vierten Bauabschnitt, den erschließen wir obendrein auch noch. Wozu, um Gottes willen? Dass das dort alles neu organisiert werden muss, Herr Liess, ist ja keine Frage, aber dann muss man doch darüber nachdenken, wie man das hinbekommt. Ich kann doch nicht den Einsatz der Mittel an dieser Stelle aus dem Blick verlieren.

Bremen ist pleite, und unter diesem Gesichtspunkt muss man genau jede wirtschaftspolitische Fördermaßnahme sehen. Wir können nicht einfach so tun, als wäre das Füllhorn voll. Unter diesem Sachzwang muss sich Wirtschaftspolitik bewähren und muss vor allem in der Lage sein, mit weniger Mitteln mehr Wirtschaftsförderung hinzubekommen.

Das ist eine schwierige Aufgabe, und bei Ihnen scheint sie bis heute nicht anzukommen, denn Sie machen eine Politik „Augen zu und durch“. Das

AIP ist ja genau deswegen, wie ich schon gesagt habe, überhaupt nicht in der Diskussion. Darauf warten wir seit zwei oder drei Jahren, jedes Mal in der Wirtschaftsdeputation fordern wir, dass das auf den neuesten Stand gebracht wird. Das ist ja der Grund, warum noch nicht einmal Sitzungen der Wirtschaftsförderungsausschüsse stattfinden können. Es passiert im Moment ja nichts. Es ist ein trostloser Stillstand in der wirtschaftspolitischen Situation, und das können wir uns überhaupt nicht leisten.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen! Frau Winther, Ihr Hinweis darauf - und das sage ich jetzt auch schon zum einhundertsten Mal -, dass es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen, ist trivial. Das sagen wir alle. Die Frage ist: Wie bekommen wir das hin? Da haben wir eine unterschiedliche Auffassung, und nur, weil wir eine unterschiedliche Auffassung haben, sagen Sie einmal nicht gleich, das seien Fälschungen! Das geht dann doch zu weit! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in dieser Debatte viel Richtiges gesagt worden, es ist leider auch einiges Verkehrtes gesagt worden, und bei einem Beitrag, muss ich Ihnen sagen, sind eigentlich alle Fragen, die man sich selbst stellen kann, völlig offen geblieben. Da hat mich das ein wenig enttäuscht, Herr Möhle, weil Sie Ihren zweiten Redebeitrag damit angefangen haben, dass Sie uns jetzt erzählen wollten, wie Sie denn innovativ, kreativ und klug vor allen Dingen, um einmal mit Ihren Worten zu sprechen, diese Wirtschaftspolitik darstellen wollen. Die Sätze danach haben sich dann eigentlich nur darin erschöpft, dass Sie gesagt haben, was Sie nicht wollen und was an den anderen Positionen verkehrt ist. Dass Sie aber selbst einmal den Mut an den Tag gelegt haben, selbst eine Idee, ein Konzept darzustellen, diesen Beleg Ihrer Wirtschaftspolitik bleiben Sie hier wie immer schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich daher noch einmal die Ausgangslage schildern, die wir Anfang der neunziger, Ende der achtziger Jahre gehabt haben! Wir hatten die Situation, dass wir ein unterdurchschnittliches Flächenangebot in Bremen zur Verfügung hatten, dass zahlreiche Unternehmen in Bremen selbst bei Umsiedlungswünschen diese hier in Bremen nicht realisieren konnten, dass sie

ins Umland gegangen sind, nach Achim, nach Oytten, Schwanewede und so weiter, und dass wir auch, wenn neue Unternehmen aus Niedersachsen oder von weiter entfernt nach Bremen kommen wollten, weil sie sich zum Beispiel den auch schon damals erfolgreichen Logistikstandort ausgesucht haben, kein adäquates, vernünftiges Flächenangebot zur Verfügung stellen konnten. Das war damals die Ausgangssituation, die Ausgangslage.

Die große Koalition hat sich daraufhin vor zehn Jahren das Ziel gesetzt, ein differenziertes Flächenangebot mit unterschiedlichen thematischen Zielsetzungen zu schaffen, damit wir eben gerade in den Zeiten, in denen Flächen sehr stark nachgefragt wurden - das waren ja gerade die Jahre 1999, 2000 und 2001 -, diesen Flächenbedarf entsprechend befriedigen konnten. Da gebe ich Ihnen natürlich Recht, Herr Möhle, das ist nicht diese schnöde Arithmetik: zehn Hektar, 20, 50 oder 100 Hektar, sondern es geht darum, Arbeitsplätze hier am Standort Bremen und in Bremerhaven zu sichern, und es geht darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das muss das Ziel einer klugen, intelligenten Wirtschaftspolitik sein. In diesem Zusammenhang spielt die Bereitstellung von Gewerbeflächen eine entscheidende Rolle, und in dem Zusammenhang hat der jetzt vorgelegte Evaluierungsbericht doch eindeutig belegt, dass diese Politik von der Zielsetzung und vom Grundsatz her richtig ist.

Wir haben in den Jahren 1999 bis 2000 7500 Arbeitsplätze gesichert und 3820 neue Arbeitsplätze geschaffen, wir haben private Investitionen in Höhe von 570 Millionen Euro ausgelöst. Wir haben in den Jahren 2002 bis 2004, als die Nachfrage zurückgegangen ist, auch aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, auf die ich jetzt hier nicht weiter eingehen will, insgesamt 7500 Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise neu geschaffen. Das, meine Damen und Herren, ist doch der Punkt, auf den es letztendlich ankommt, dass wir uns hier doch nicht gegenseitig das Interesse absprechen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Da, muss ich sagen, war die Gewerbe- und Flächenpolitik der großen Koalition erfolgreich, und diese wollen wir unter veränderten Rahmenbedingungen weiter fortsetzen.

(Beifall bei der CDU - Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Senator, gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Linnert?

Senator Kastendiek: Ja!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wenn Sie jetzt schon die Evaluierungsergebnisse hier für bare Münze verkaufen, dann möchte ich von Ihnen gern eine Antwort an das Haus haben, warum der Senat diese Mitteilung des Senats über das Integrierte Flächenprogramm hier nur zur Kenntnis genommen hat und unter Verstoß gegen seine eigene Geschäftsordnung keinen Beschluss darüber herbeigeführt hat! Was sind die Motive des Senats, dieses für Bremen ja wichtige Programm nicht so, wie es der Bürgerschaft vorgelegt wurde, zu beschließen, sondern nur hier im Senat zu Kenntnis zu nehmen und dann dem Haus zuzuleiten?

Senator Kastendiek: Ich erkenne da keinen Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Es war eine intensive Diskussion innerhalb des Senats. Ob man das nun beschließt oder zur Kenntnis nimmt, ist, glaube ich, nicht das Entscheidende, sondern der entscheidende Punkt ist, welche Aussagen dort niedergeschrieben sind und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Da hat ja die große Koalition durchaus gehandelt.

Es ist ja nicht so, dass wir die Entwicklung, die wir hier in Bremen, aber auch an anderen Standorten zu verzeichnen haben, ignorieren, sondern wir stellen fest, dass wir in den vergangenen Jahren auf der einen Seite sehr erfolgreich ein differenziertes Flächenangebot zur Verfügung gestellt haben, dass die Nachfrage nachgelassen hat und dass wir jetzt, wie auch beschrieben, ein sehr gutes qualitatives wie quantitatives Flächenangebot haben. Das sind zirka 200 Hektar, und diese 200 Hektar sind natürlich weit mehr, als wir uns einmal als Zielsetzung vorgenommen haben. Das war im Schnitt immer so die Vermarktungsleistung von zwei bis drei Jahren, so dass wir natürlich konsequenterweise die Erschließungsmaßnahmen einstellen und nur noch partiell dort, wo Erschließungsmaßnahmen zu Ende geführt werden sollen und müssen, diese zu Ende führen, oder wo es eben wichtig ist - und auf dieses Beispiel komme ich gleich noch zu sprechen -, wo es darum geht, die entsprechende Entwicklung abzusichern. Das ist die Zielsetzung.

Von daher glaube ich, dass wir hier an dieser Stelle der Gewerbe- und Flächenpolitik auf einem guten Weg sind. Da hoffe ich, dass ich jetzt Ihre Frage ausreichend beantwortet habe. Ihrem Gesichtsausdruck entnehme ich das zwar nicht ganz, aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Von daher möchte ich mit meinem Redebeitrag jetzt weiter fortfahren, wenn Sie gestatten!

Wir haben hier an dieser Stelle die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Wichtig ist, in den einzelnen Segmenten der Flächenpolitik jetzt

ganz genau zu schauen, was wir machen. Da, meine Damen und Herren, Herr Möhle, finde ich es schon abenteuerlich, was Sie hier heute präsentiert haben. Stichwort Stahlwerke Bremen: Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass Sie dem Investor, einem Unternehmen, nicht vorschreiben können, an welcher Stelle er seine Investitionen durchzuführen hat. Diese zwei Millionen Euro, Herr Möhle - vielleicht haben Sie das auch nur ein wenig durcheinander gebracht, zumindest ist es nicht klar und sauber dargestellt worden -, gehen in die Erschließungsmaßnahme dieses Abschnitts.

Die Stahlwerke haben die Zielsetzung, ihr Bürogebäude näher an den Betrieb heranzubringen. Das ist im Sinne einer Erhöhung der Effizienz in den Betriebsabläufen der Stahlwerke dringend notwendig. Wenn Sie hier den Eindruck erwecken, die Stahlwerke seien schon über dem Berg, dann reden Sie einmal mit den Betriebsräten und dem Werksvorstand der Stahlwerke Bremen! Diese werden Ihnen ganz genau die Bedürfnisse und die Anforderungen erläutern. Dass der Weltstahlmarkt - auch das wird man klar vernehmen können, und das beobachtet man auch - starken Verwerfungen unterliegt, auch das ist, glaube ich, mehr als nachvollziehbar.

Deswegen ist es wichtig, dass man sich nicht, nur, weil die Konjunktur jetzt gerade einmal ein, zwei Jahre gut ist, zurücklehnt und sagt: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Mitnichten! Es geht nicht nur um die weltweite Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bremen, sondern es geht auch um die konzerninterne Wettbewerbsfähigkeit des Standortes hier in Bremen. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir hier zwei Millionen Euro aus dem Verkaufserlös konkret dazu nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlwerke an dieser Stelle zu verbessern. Das ist hier auch eine Herangehensweise, die in Bremen etwas fremd ist, aber das ist bei Verkäufen innerhalb der Montanunion üblich, dass man Teile von Verkaufserlösen auch wieder reinvestiert für entsprechende Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Das ist also eine Standortsicherung, und das ist ein wichtiger Bestandteil des FIT-Programms. Da reicht es nicht aus, nur Teile des Mosaiks zu nehmen, sondern man muss das ganze Mosaik letztendlich umsetzen, um hier den Standort Bremen auf Dauer zu sichern!

Das Stichwort Daimler-Chrysler ist an dieser Stelle auch so ein Punkt! Die Hemelinger Marsch ist ein wichtiger Bestandteil innerhalb der Unternehmens- und Werksstrategie zur Sicherung dieses Standortes. Auch da kann ich nur empfehlen, sich einmal mit dem Betriebsrat und dem Werksvorstand zu unterhalten, welche Anforderungen, wel-

che doch sehr ausgeklügelte Logistik die Zulieferbetriebe in den Betriebsablauf, in die Produktionsabläufe bei Daimler-Chrysler haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir an dieser Stelle ausreichend Flächen zur Verfügung haben, um Zulieferern die Möglichkeiten zu geben, das Werk just in time, just in sequence entsprechend zu bedienen, ein ganz wichtiger Punkt, den man nicht außer Acht lassen darf. Wie wichtig sich dies auch immer wieder darstellt, merken Sie natürlich auch an den Entscheidungen innerhalb des Daimler-Chrysler-Konzerns. Es gibt da keine Garantien für immer und ewig.

Das letzte Beispiel, das ich hier aufgreifen will und das Sie genannt haben, ist das Thema BWK. Diese Argumentation an dieser Stelle finde ich nun wirklich abenteuerlich. Sie sagen auf der einen Seite immer wieder: Wir müssen wohnortnahe Arbeitsplätze, Gewerbegebiete entwickeln, um natürlich auch Verkehre zu dezimieren. Jetzt haben wir eine Brachfläche, ein Gewerbegebiet, das wir wohnortnah entwickeln wollen, jetzt ist es nicht recht. Das ist unlogisch! Dann sagen Sie auf der anderen Seite, wir müssen Brachflächen entwickeln, wir müssen nicht in neue Flächen hineingehen, auch dieses Kriterium erfüllt der Standort BWK. Da sagen Sie, nein, wir müssen dort Wohnbauflächen ausweisen. Wer so sehr von der Wirklichkeit in Bremen-Nord entfernt argumentiert, der muss sich auch vorwerfen lassen, dass er die Fakten nicht zur Kenntnis nimmt und Sachzusammenhänge verfälscht darstellt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir unternehmen alles, um den Standort BWK abzusichern. Wir wollen auch an dieser Stelle ein lebendiges Gewerbe- und Industriegebiet in Bremen-Nord haben, weil die Arbeitsplätze im Verhältnis zu der Bevölkerung nicht ausreichen. Wir haben starke Verkehre in die Stadt, auch insgesamt eine mangelnde Attraktivität des Standortes Bremen-Nord, was sich vielseitig deutlich macht zum Beispiel im Bereich des Einzelhandels. Deswegen ist dieses BWK-Thema immer ein ganz wichtiges Thema, und wir wollen dies grundsätzlich fortsetzen, weil wir glauben, dass es wichtig ist, an diesem Standort weiterhin Gewerbeflächen auszuweisen.

Ich habe es eben schon angedeutet, wir haben in der großen Koalition Einigkeit in der weiteren Vorgehensweise. Wir wollen großflächige Erschließungen zurzeit nicht weiter vornehmen, wir wollen den Vorrat abarbeiten, damit wir wieder zu den alten Zielvorgaben zurückkommen. Das ist vernünftig, das ist ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln. Es kann darüber hinaus, aber

auch das hatte ich schon gesagt, partiell doch der eine oder andere Quadratmeter hier oder dort weiter erschlossen werden, weil die Notwendigkeiten vor Ort so sein können. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass es wichtig ist, weiterhin ein differenziertes, nachfrageorientiertes Flächenangebot bereit zu stellen. Ich glaube, dass dies sehr zukunftsorientiert und im Sinne der Sicherung von Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven alternativlos ist. Ich bedanke mich an der Stelle für die konstruktiven Redebeiträge. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich konnte ja keine Nachfrage stellen, deshalb möchte ich hier gern dem Haus noch einmal sagen, warum es wichtig ist, dass Senator Kastendiek hier dem Haus erklären muss - das hat er nicht getan, aber er sollte, zwingen kann man ihn ja nicht -, warum der Senat diese Mitteilung des Senats unter Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Senats nicht beschlossen hat.

Grundlage unseres Regierungshandelns, unseres parlamentarischen Systems hier in Bremen ist, dass der Senat einheitlich handelt. Es gibt also eine Gesamtverantwortung des Senats für alles, was getan wird. Deshalb würden sich die Grünen an Sprüchen wie „Da muss der Finanzsenator seine Schatulle aufmachen“ nicht beteiligen, weil wir wissen, dass der Senat in Gesamtverantwortung handelt und sich nicht Einzelne da einen weißen Fuß machen und herausstehlen können.

Warum hat jetzt also der Senat diese Mitteilung des Senats über die Flächenpolitik nicht beschlossen? Weil es Kontroversen im Senat gibt, weil nämlich nicht alles so gut ist, wie man das hier versucht, in Sonntagsreden mitzuteilen, und weil es große Widerstände gegen eine Bremer Flächenpolitik ohne Finanzverantwortung gibt! In Paragraph 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Senats, und das ist hier eindeutig, Herr Kastendiek, das können Sie auch noch so wortreich nicht wegreden, heißt es: „Der Senat berät und beschließt insbesondere über alle an die Bürgerschaft zu richtenden Anträge und Mitteilungen.“ Es handelt sich hier um eine Mitteilung des Senats, und diese hätte der Senat beschließen müssen.

Nun ist die Bürgerschaft in ihrem Recht nicht eingeschränkt, wenn der Senat sich da einig ist, ich finde aber, dass die Öffentlichkeit darüber Kenntnis erhalten muss, wenn es dem Senat noch nicht

einmal gelingt, sich in solchen zentralen Politikvorhaben auf ein Programm zu einigen und es auch gemeinsam zu tragen.

In Wirklichkeit ist es auch konsequent, weil doch längst die BIG in Bremen die Flächenpolitik macht und der Senat, zum Teil unabsichtlich, zum Teil auch absichtlich, längst die Steuerung und Planung darüber verloren hat und nicht mehr gestalten kann, was dort passiert. Das ist dann die Konsequenz. Der Senat nimmt zur Kenntnis, gibt dem Parlament einen Bericht ab, von dem man nicht weiß, wer ihn so will, wer ihn anders will, wer ihn in Zukunft will, wer ihn verantwortet. Das geht so nicht! Sie müssen hier im Senat die Kontroversen ausräumen, auch das sieht die Verfassung vor, dass sich der Senat bei Meinungsunterschieden auf eine Position einigt, und dem Parlament hier eine abgestimmte Version liefern.

Ich protestiere dagegen, dass es immer mehr einreißt, dass der Senat sich aus seiner Verantwortung stiehlt und hier unter Verstoß gegen seine eigene Geschäftsordnung die Öffentlichkeit darüber zu täuschen versucht, was eigentlich die Position des Senats ist, und der Öffentlichkeit dann in der einen oder anderen Position, je nachdem, welcher Senator gerade auf Wahlkampf- oder anderen Veranstaltungen durch die Stadt tingelt, unterschiedliche Versionen der Senatspolitik abliefern. Das sollten sich das Parlament und die Öffentlichkeit hier nicht mehr gefallen lassen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/396 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/358 S, Kenntnis.

Auf der Besuchertribüne möchte ich jetzt recht herzlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gewoba begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem möchte ich auch einen ehemaligen Kollegen dieses Hauses begrüßen, Herrn Mützelburg. Ebenfalls willkommen!

(Beifall)

Verkauf der Mehrheitsanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba

Bürgerantrag vom 24. August 2005
(Drucksache 16/404 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Nußbaum.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD)^{*)}: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir heute über den Bürgerantrag zur Gewoba diskutieren können. Dieser Antrag zeigt, mit wie viel Engagement sich Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt hinter dieses Unternehmen Gewoba, aber insbesondere hinter die Aufgaben dieses Unternehmens Gewoba für unsere Stadt stellen. Das hat ja auch ganz viele Beiräte in Bremen überzeugt, aufgerüttelt und beeindruckt, jedenfalls liegen viele Beschlüsse vor, die Gewoba so zu erhalten, wie sie ist, einstimmige Beschlüsse im Übrigen, weil die Menschen in den betroffenen Stadtteilen wissen, welche Bedeutung die Gewoba für die Lebensqualität und den Zusammenhalt in unseren Ortsteilen hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei denen bedanken, die mit Unterschriftenlisten durch die Wohnanlagen und durch die Ortsteile gezogen sind und dafür gesorgt haben, dass der Bürgerantrag, und das im Übrigen auch noch in der Ferienzeit, eine so große Anzahl von Unterschriften bekommen hat. Ich glaube, das ist ein wirkliches Zeichen für

bürgerschaftliche Mitwirkung in unserer Stadt. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion kann ich hier erklären, dass wir auch in der Sache mit dem Bürgerantrag übereinstimmen. Die Gewoba ist nicht irgendein Unternehmen. Wer das glaubt, dem empfehle ich, das zu tun, was der Landesvorsitzende der SPD, Carsten Sieling, und ich gemeinsam am Ende der Ferien an zwei Tagen gemacht haben. Wir sind nämlich einmal einen Tag in Bremerhaven und einen Tag in der Stadt Bremen durch alle Geschäftsfelder und Tätigkeitsbereiche der Gewoba gezogen. Dann bekommt man erst einen wirklichen Eindruck, was die Gewoba in Bremen und übrigens auch in Bremerhaven, zwar nicht in dem gleichen Umfang, aber in Bremerhaven auch, ist.

Die Gewoba ist von der Zahl her zunächst einmal die größte Wohnungsgesellschaft in Bremen mit etwa 43000 Mietwohnungen. Ich will jetzt nicht davon sprechen, welche große Anzahl von Wohnungen noch in der Verwaltung der Gewoba ist, wie das mit den Gewerbeobjekten aussieht. Die Gewoba, das ist der Vermieter, der Jahr für Jahr außerordentlich beachtliche Summen in die Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungen steckt. Das bewegt sich so bei 70 Millionen Euro pro Jahr. Auch das empfehle ich sich einmal genau anzuschauen. Wir sind da in renovierte und noch nicht renovierte Bäder gegangen, wir sind in Wohnungen gegangen, die der neuen Marktsituation und anderen Bedürfnissen auf der Mieterseite angepasst werden, beeindruckende Beispiele in der Neuen Vahr.

Die Gewoba, das sind in Bremen Stadtteile, das ist die Vahr, das ist Huchting, das ist Osterholz, das ist Lüssum. Ich denke, allein diese Aufzählung der Stadtteile verdeutlicht, dass die Gewoba ein ganz zentraler Teil unserer Stadtpolitik ist. Die Gewoba leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufwertung und, auch das weiß jeder in Bremen, zur sozialen Stabilisierung der Wohnquartiere in Bremen und Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nicht zu vergessen, die Gewoba ist Arbeitgeber für mehrere hundert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie ist Auftraggeberin für Handwerksbetriebe in der Region, ist Partner der Stadtentwicklung, Partner der Quartierspflege und Quartiersentwicklung. Man muss sich ja nur einmal das Beispiel Tenever anschauen, um abzulesen, welche große Bedeutung die Gewoba bei der Entwicklung unserer Stadtteile

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

le hat, um zum Beispiel in Tenever die Attraktivität dieses Stadtteils zu erhöhen.

Schließlich, und das sage ich gewissermaßen aus der Rolle Bremens als Eigentümer dieses Unternehmens mit 24,27 Prozent Anteil, ist dieses Unternehmen Gewoba ein profitables Unternehmen. Es ist ein lukratives Invest, das Bremen mit diesem Unternehmen hat, denn die Dividende, die dieses Unternehmen ausschüttet, ist beachtlich.

Meine Damen und Herren, es gibt also, wie auch der Bürgerantrag in seiner Begründung sagt, viele gute und, wie ich finde, absolut überzeugende Gründe, dass Bremen die Mehrheitsanteile an diesem Unternehmen behält.

(Beifall bei der SPD)

Man muss sich natürlich mit dem auseinandersetzen, was uns Leute sagen, die etwas anderes wollen. Nun ist leider Herr Wedler erst morgen dabei, nein, das ist ja ganz gut, dass er heute nicht dabei ist, aber morgen ist er jedenfalls dabei. Er hatte einen Antrag gestellt. Herr Wedler und die FDP stehen für so etwas wie Ordnungspolitiker, die sagen, der Staat darf nichts mit Wohnungsgesellschaften am Hut haben, das ist nicht seine Aufgabe, da muss er sich heraushalten.

Meine Damen und Herren, da sage ich einmal ganz deutlich als Sozialdemokrat, das ist ein Staatsverständnis, das wir nicht haben. Wir wollen den sozialen Staat, dem es nicht egal ist, wie die Situation von Mieterinnen und Mietern in Bremen ist, und wir wollen uns schon darum kümmern, was daraus wird, wenn sich die Ideen durchsetzen würden und dieses Unternehmen verkauft werden würde. Uns ist es nicht egal, wir bekennen uns zu unserer sozialen Verantwortung diesen Mieterinnen und Mietern von 43.000 Mietwohnungen in Bremen gegenüber.

(Beifall bei der SPD)

Da muss man sagen, uns ist es nicht egal, wenn durch einen neuen Eigentümer Mieterhöhungen drohen würden, wenn durch einen neuen Eigentümer in erheblichem Umfang für Instandhaltung und Modernisierung weniger Geld ausgegeben werden würde und die Pflege der Wohnquartiere verschlechtert würde und wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz bangen müssten.

Übrigens, meine Damen und Herren, diese soziale Verantwortung, die ich eben beschrieben habe, ist ja der Grund dafür, dass wir hier überhaupt über die Gewoba diskutieren können. Wenn 1987 sich nicht diese soziale Verantwortung durchge-

setzt hätte, dann wäre diese Gewoba möglicherweise im Untergang der Neuen Heimat insgesamt gefangen gewesen. Ich bin froh darüber, dass wir 1987 nicht auf irgendeine neoliberalen Einflüsterer gehört haben, die uns gesagt hätten, damit hat der Staat nichts zu tun, sondern dass sich Bremen zu dieser sozialen Verantwortung bekannt und die Gewoba aus dem untergehenden Reich der Neuen Heimat aufgenommen und entwickelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es Leute, die sagen uns, wir brauchen und müssen den Verkauf der Mehrheitsanteile oder der Gewoba deswegen angehen, weil wir die Einnahmen im bremischen Haushalt brauchen. Denen sage ich, das ist gefährlich kurzfristig gedacht, meine Damen und Herren! Erstens, und das muss man noch einmal herausstellen: Die Gewoba ist doch kein finanzieller Klotz am Bein Bremens, sondern sie ist, ich habe es eben schon einmal angesprochen, ein lukratives Invest. Wenn wir uns den Saldo aus Dividende und Zinsbelastung anschauen, dann liegt er bei 3,5 Millionen Euro Plus, die Bremen aus dem Gewoba-Invest hat. Man zeige mir bremische Anteile und Beteiligungen, die so ein gutes Ergebnis zeigen. Ich bin gespannt, wie viele wir davon haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt ist: Es ist doch, glaube ich, ziemlich klar - ich glaube nicht, dass man da lange spekulieren muss -, dass einem Verkaufserlös sehr bald nicht nur soziale Auswirkungen gegenüberstehen, sondern dass wir auch negative Folgen für die regionale Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt zu spüren hätten. Es glaube doch keiner, dass irgendein Käufer der Gewoba nicht alles daransetzen würde, seinen Kaufpreis durch drastische Maßnahmen zu refinanzieren! Man schaue sich bitte die Beispiele in anderen Städten an, und man schaue sich auch die Debatten in anderen Städten an - ich empfehle, auch einmal nach Dresden und sonst wo zu schauen, meine Damen und Herren -, dann weiß man, dass das kein Weg ist, den wir gehen müssen! Für die SPD-Fraktion ist deshalb klar: Ein öffentliches Wohnungsunternehmen wie die Gewoba ist unverzichtbar! Wir wollen, dass Bremen mehrheitlicher Eigentümer der Gewoba bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion unterstützt den Bürgerantrag. Wir haben bereits am 18. August unserem Koalitionspartner den Entwurf für einen Bürgerschaftsantrag übermittelt, der

aus drei Punkten besteht. Erstens: Der Verkauf der Mehrheitsanteile an der Gewoba wird abgelehnt, zweitens: Der Senat soll bis zum Jahresende 2005 eine Strategie zur zukunftsorientierten Entwicklung der Gewoba vorlegen, drittens: Der Senat soll einen Lösungsvorschlag machen für die Belastungen, die für die BIG aus dem so genannten Pensionsgeschäft entstehen.

Leider hat sich unser Koalitionspartner noch nicht in der Lage gesehen, diesen Antrag mitzutragen. Meine Betonung liegt aber auf „noch nicht“, ich gebe die Hoffnung nicht auf. So werden wir heute den Bürgerantrag in die Baudeputation überweisen,

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

was aber den Vorzug mit sich bringt - auch darüber hat Herr Perschau heute Morgen in der Geschäftsordnungsdebatte schon gesprochen -, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerantrags die Gelegenheit erhalten, in der Baudeputation ausführlich ihre Argumente noch einmal vorzutragen. Ich kann ihnen versichern: Bei den SPD-Mitgliedern in der Baudeputation werden sie ganz, ganz offene Ohren und Herzen finden.

Ich setze, wie gesagt, darauf, dass unser Koalitionspartner den eben erwähnten Antrag mit uns gemeinsam tragen und unterstützen wird. Ich jedenfalls möchte gern, dass wir sehr schnell Verlässlichkeit und Sicherheit für die Mieterinnen und Mieter der Gewoba herstellen können, dass sie wissen, was aus ihrem Vermieter wird, und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass sie wissen können, was aus ihrem Arbeitsplatz wird. Sicherheit und Verlässlichkeit heißt, und da wiederhole ich mich: Bremen steht zur Gewoba. Ein Verkauf der Mehrheitsanteile der Gewoba kommt nicht in Betracht. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Böhrnsen, Ihr Antrag ist vom August. Es dauert offensichtlich sehr lange, bis Sie Ihren Koalitionspartner überzeugen. Deshalb haben wir im Landtag einen eigenen Antrag eingebracht, und darüber werden wir dann auch debattieren.

(Zurufe von der SPD)

Über 20.400 Bürgerinnen und Bürger haben innerhalb von nur sieben Wochen den Bürgerantrag gegen den Verkauf der Mehrheitsanteile an der Gewoba unterschrieben. 16 Beiräte haben in den vergangenen fünf Monaten einstimmig oder mehrheitlich gegen den Verkauf gestimmt. Dies ist ein nachdrücklicher und eindrucksvoller Beleg dafür, dass es in Bremen keinerlei politische Mehrheiten für den Verkauf der größten Bremer Wohnungsbaugesellschaft gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir Grünen sagen: Das ist auch gut so! Die grüne Bürgerschaftsfraktion begrüßt und unterstützt nachdrücklich den Bürgerantrag. Wir sagen, eine angemessene und bezahlbare Wohnung zu haben gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Die Gewoba stellt sich dieser Aufgabe - Herr Böhrnsen hat darauf hingewiesen - in 17 von 23 Bremer Stadtteilen, wo sie über einen maßgeblichen Anteil von Wohnungen verfügt. Egal, ob Sie in die Vahr, nach Huchting oder nach Tenever schauen, um nur drei Stadtteile herauszunehmen, die Gebäude der Gewoba - über die man architektonisch heute sicherlich teilweise streiten kann - prägen das Gesicht dieser Stadtteile nachhaltig.

Über 70.000 Bremerinnen und Bremer wohnen in Wohnungen der Gewoba, und ich bin überzeugt, die allermeisten machen das gern. Diese Menschen wollen Sicherheit und Verlässlichkeit heute und in Zukunft. Sie wollen eben gerade nicht, dass ihre Wohnungen an irgendwelche Kapitalfonds verkauft werden, sie wollen eben nicht, dass Investoren die Wohnungen kaufen, die nur das einzige Ziel haben, eine möglichst hohe Rendite aus den Wohnungen zu holen. Dies alles wollen diese Menschen nicht. Sie wollen in ihren Wohnungen in der Gewissheit wohnen bleiben, dass sie gut aufgehoben sind, dass sie bei einer Wohnungsbaugesellschaft zu Hause sind, die sich für die Mieterinnen und Mieter interessiert und die sich auch für den Stadtteil, in dem die Menschen wohnen, interessiert, und genau das macht die Gewoba ganz hervorragend, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns Grünen ist daher klar, mit uns kommt ein Verkauf der Gewoba überhaupt nicht in Betracht. Die Gewoba ist ein gesundes Unternehmen. Jedes Jahr fließen rund 64 oder 70 Millionen Euro in die Instandhaltung und Entwicklung ihrer Bestände. Gerade, das sage ich auch ganz deutlich, die Modernisierungs- und Instandhaltungsleistungen

*1) Von der Rednerin nicht überprüft.

der Gewoba haben in den vergangenen Jahren zur Stabilisierung ganz vieler Nachbarschaften beigetragen. Wir Grünen wollen, dass dies auch weiterhin so bleibt. Wir wollen, dass die Stadt ihren Einfluss auf die Wohnungsbaupolitik und damit auch auf die Stadtentwicklungspolitik behält.

Gerade das Beispiel Tenever zeigt deutlich, wohin es führt, wenn verantwortungslose Privateigentümer wie ein gewisser Herr Krause sich eben nicht für die Bewohner und für den Stadtteil interessieren. Die Folge war eine Verwahrlosung ganzer Wohnbereiche. Die Zeche haben die Menschen, aber auch die Stadt, die Gewoba und der Bund gezahlt, die mit vielen Millionen Euro diesen Stadtteil nun wieder in den Stand versetzen, ein lebenswerter Stadtteil mit Zukunft zu werden.

Meine Damen und Herren, wenn ich Herrn Böhrnsen jetzt so richtig verstanden habe, sagt er ja, das ist ganz klar, mit der SPD kommt ein Verkauf nun überhaupt nicht zustande. Ich höre Ihre Worte wohl, aber lassen Sie mich auch meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen: Sie saßen doch auch in dem Koalitionsausschuss, der nun diesen Prüfauftrag in die Welt gesetzt hat, was es nämlich bringen sollte, wenn man die Gewoba vielleicht verkaufe. In dem Koalitionsausschuss haben Sie gegessen, Herr Dr. Sieling hat darin gegessen, Herr Kastendiek, und jetzt sind Sie ganz erstaunt, dass Sie mit so einem Prüfauftrag die halbe Stadt in Aufruhr versetzen, ganze Stadtteile auf die Barrikaden bringen! Sie tragen mit diesem Beschluss doch auch einen Teil der Verantwortung dafür, dass Sie hier so viel Verunsicherung in die Stadt gebracht haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das war die Grundlage für die politische Klarheit, die wir heute haben! - Heiterkeit bei der CDU)

Klarheit haben wir leider noch nicht! Ich bin sehr gespannt, was Ihr Koalitionspartner gleich dazu sagen wird! Ganz klar ist jedenfalls, dass der Antrag - das hat Herr Böhrnsen ja schon erwähnt -, den er schon damals im August per Presse hat verlautbaren lassen, dann tatsächlich einmal mit den Namen beider Koalitionspartner hier das Licht der Welt erblickt. Darauf bin ich einmal gespannt!

Wenn Sie es jedenfalls ernst meinen und es nicht doch gravierende politische Unterschiede zwischen Ihnen und der CDU gibt, dann haben Sie unsere volle Rückendeckung, da sind wir voll an der Seite der SPD. Dann hätten wir aber ja offensichtlich diesen Bürgerantrag auch heute hier jetzt und gleich beschließen können

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und müssten ihn nicht mühselig in die Baudeputation überweisen. Mit uns hätten Sie hier eine Mehrheit im Parlament gehabt. Offensichtlich bedarf es bei Ihrem Koalitionspartner noch weiterer Überzeugung.

(Abg. Focke [CDU]: Rotgrün ist doch momentan out!)

Ich will es für die Grünen noch einmal ganz deutlich sagen: Die Gewoba ist Tafelsilber. Sie ist nicht nur ein gesundes Unternehmen, sie ist Tafelsilber, das man nur einmal verkaufen kann; einmal, und was weg ist, ist weg! Damit kann man unsere Haushaltsmisere nicht beseitigen. Man kann sich aber mit dem Verkauf der Gewoba sehr wohl Probleme für die Zukunft einheimsen, und das allein ist schon ein Grund, von einem solchen Verkauf dauerhaft Abstand zu nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zukunftsprobleme für Bremen, und ich sage hier auch ausdrücklich für Bremerhaven, bestehen neben der Lösung der finanziellen Probleme auch im demographischen Wandel und in damit verbundenen Aufgaben für den Stadttumbau. Sanierung und Instandhaltung des heutigen Wohnungsbestands, Abrisse von Bausünden der Vergangenheit, aber vor allem Investitionen in ein lebenswertes und attraktives Wohnumfeld in den Stadtteilen sind wichtige Aufgaben für die Zukunft. Diese Aufgaben zu bewältigen geht nur, wenn die Stadt und ihr größtes Wohnungsbauunternehmen zusammenarbeiten. Die Gewoba ist dafür ein hervorragender Partner, und wir Grünen wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich aber auch noch ein Wort zu den Dividenden sagen! Herr Böhrnsen hat gesagt, die Gewoba ist ein Invest - ja! -, seit zwei Jahren ist die Dividende von vier auf 13 Prozent gestiegen, und dadurch fließen jährlich 8,5 Millionen Euro in die Stadtkassen. Wir Grünen haben aber ein Interesse daran, dass sich die Gewoba auch weiterhin auf dem Wohnungsmarkt behaupten kann. Darum sagen wir, eine weitere Erhöhung der Dividenden würde den Spielraum des Unternehmens drastisch einschränken, und ich sage auch ganz deutlich: Niemand kann letztlich wollen, dass Münteferings Heuschrecken letztendlich im Senat sitzen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gestatten Sie mir, zum Schluss noch auf eines hinzuweisen! Die Stadtbürgerschaft hat einen Wettbewerb initiiert, der sich Bauherrenwettbe-

werb nennt, und wir haben vor wenigen Wochen das erste Mal Preise vergeben. Einen ersten Preis für Wohnumfeldgestaltung hat die Stäwog in Bremerhaven erhalten, und die Gewoba hat eine Anerkennung für ihr Engagement für die attraktive Aufwertung ihrer Wohnanlagen in der Vahr bekommen. Die Jury, in der auch die baupolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen saßen, wollte mit dieser Nominierung nachdrücklich die Leistungen gerade der städtischen Wohnungsbaugesellschaften würdigen.

Diese beiden Wohnungsbaugesellschaften tragen maßgeblich dazu bei, dass Bremen und Bremerhaven auch zukünftig lebenswerte Städte bleiben. Für uns Grünen bedeutet das: Voraussetzung dafür ist, dass die Gewoba auch weiterhin in städtischem Eigentum bleibt und nicht verkauft wird. Einer Überweisung des Antrags in die Baudeputation stimmen wir zu. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war bisher eine sehr weihevoll geführte Debatte, und sie ist sicherlich auch ein Genuss für viele gewesen. Unser Koalitionspartner befindet sich gerade diese Woche quasi in einem Ausnahmezustand, ich denke, es war auch für den Fraktionsvorsitzenden eine wichtige Rede. Deshalb ist es sicherlich so, dass wir nun nicht alle weihevollen Worte meiner beiden Vorredner wiederholen müssen.

(Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

Nun lassen Sie mich doch etwas sagen! Frau Busch, Sie müssen doch nicht immer so aufgeregt sein!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Punkt eins! Ich schätze die Gewoba als unser leistungsfähigstes Wohnungsbauunternehmen, und ich bin sehr froh, dass wir sie haben. Es ist vieles zu ihrem Lob gesagt worden, über die Entwicklung in vielen Stadtteilen, über die Sanierungsleistungen und natürlich auch über die Sicherheit, die die Mieter in ihren Wohnungen haben. Für uns haben die Sicherheit der Mieter und der Mieterschutz eine ganz hohe Priorität.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann deshalb gut verstehen, dass Bürger einen Antrag einbringen, um diese Wohnungsbau-

gesellschaft in städtischer Hand zu belassen. Ich glaube, dass einige Beispiele uns klargemacht haben, wie man es nicht machen darf, wenn Sie dem folgen, was die Bundesversicherungsanstalt im letzten Jahr gemacht hat, indem sie 82.000 Wohnungen aus öffentlichem Bestand, aus ihrem Bestand an Private Equity Funds, und zwar an Fortress, veräußert hat, wenn Sie sich ansehen, was der DGB im Moment mit einer Riesenaktion, einer Ausschreibung von 120.000 Wohnungen veranstaltet, um im Grunde genommen seine notleidende Gewerkschaftsholding, die BGAG, abzusichern, und jetzt ausgeschrieben hat an all diese Private Equity Funds wie Fortress, wie Vivacon, wie Cerberus, wie Oaktree Capital Management, die sich im Moment alle daran machen, sich an Bietungsverfahren des DGB zu beteiligen, um sozusagen die BGAG zu retten durch die Veräußerung von gewerkschaftseigenem Wohnungsbestand eben genau an diese so genannten Heuschrecken.

Ob sie das wirklich sind, will ich einmal dahingestellt sein lassen, ich möchte auch keine Behauptungen tatsächlicher Art aufstellen, weil mir das fern liegt. Ich glaube nur, dass die Debatte, so wie sie geführt wird, nicht nur in weihevoller Stimmung geführt werden kann, sondern sie muss sich auch den Realitäten, die wir haben, stellen. Es geht nicht nur um die Frage, ob die Gewoba in öffentlicher Trägerschaft ist oder einen Mehrheitsgesellschafter der öffentlichen Hand hat, das Entscheidende ist: Was macht die Gewoba stark? Was schützt die Mieter tatsächlich? Was bringt die Gewoba in eine Situation, aus der heraus sie auch in Zukunft ein starkes Wohnungsbaunehmen bleiben kann? Dazu lassen Sie mich vielleicht auch zwei oder drei kritische Worte sagen.

Wenn man sich dieses Pensionsgeschäft mit der BIG ansieht, alle kündigen Thebaner, die 1997 schon dabei waren, wissen, was damals geschehen ist: Da hat die Führung der Gewoba einen Aktiengang an die Börse machen wollen, und der Vorstand hat darum gebeten, wegen der Chancen an der Börse doch bitte auf eine staatliche Mehrheitsbeteiligung zu verzichten, weil man sonst an der Börse keine Chance hätte, zusätzliches Kapital zu gewinnen, um die Gewoba zu stabilisieren. Was dann am Ende aus unterschiedlichen Haltungen herausgekommen ist, ist dieses gestreckte, verlängerte Pensionsgeschäft, bei dem man sich von Jahr zu Jahr am Kopf kratzen muss und sich fragt, wem das eigentlich nützt.

Wir haben durch dieses Pensionsgeschäft unserem Haushalt damals 220 Millionen DM zugeführt und dafür einen entsprechend hohen Kredit aufgenommen. Dieser Kredit muss abgezahlt werden. Nun stellt sich doch zunächst einmal die

Frage: Hilft es eigentlich der Gewoba, dass wir ein solches Pensionsgeschäft haben, oder hilft es ihr nicht? Stabilisiert das? Macht das die Gewoba stärker, oder macht es sie schwächer?

Es macht sie eindeutig schwächer! Deshalb muss dieses Problem gelöst werden, denn wir können dieses Problem des laufenden Pensionsgeschäftes nicht auf dem Rücken der Gewoba austragen. Das geht auf die Dauer nicht, und deshalb muss hierfür der Senat natürlich etwas vorlegen.

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt so zu Herrn Nußbaum, unserem Finanzsenator, blicke, dann unterstelle ich einmal, dass er der Meinung ist, dass uns für unsere Haushaltssanierung Privatisierungserlöse aus der Gewoba nicht weiterhelfen und dass wir sie vermutlich nicht brauchen. Ich weiß nicht genau, ob er das so sieht oder ob er das so sehen kann.

(Abg. Kleen [SPD]: Er hat aber genickt!)

Der Senat hat jedenfalls bisher noch keine Entscheidung getroffen, und das ist auch der Grund für unser Zögern, meine Damen und Herren, und da sind wir vielleicht ein bisschen offener, dass wir auch als Koalition sagen, der Senat, unsere Landesregierung, hat in bestimmten Dingen aus gutem Grund noch keine eindeutige Entscheidung getroffen, sondern Prüfaufträge vergeben. Ich finde es nicht ganz fair, wenn wir als Regierungskoalitionäre solche Prüfaufträge mit annehmen, sie auch bei unseren eigenen Sitzungen für den Senat durchwinken und dann gleichzeitig aber so definitive Entscheidungen treffen, dass der Senat eigentlich keine Freiheit mehr hat. Dann hätten wir diese Aufträge auch nicht erst durchwinken müssen, sondern sie gleich beanstanden können, und dann hätte man gleich anders in der Sache vorgehen müssen.

Meine Damen und Herren, die CDU hat zur Gewoba eindeutige Erklärungen abgegeben, und ich denke, dass die Debatte über den Bürgerantrag uns ausreichend Gelegenheit gibt, im Bauausschuss auch dem Senat, Klarheit über das, was er tatsächlich will, herbeizuführen, denn das Parlament kann erwarten, dass der Senat eine klare Position auf den Tisch des Hauses legt sowohl zu der Frage des Haushalts als auch zu der Frage, wie das mit dem Pensionsgeschäft weitergehen soll. Ich bleibe dabei, dass es der Gewoba nicht nützt, sondern eher schadet.

Meine Damen und Herren, wir haben mit den Mitarbeitern der Gewoba, mit den Mietern der Gewoba viele Gespräche geführt. Ich glaube, dass es nicht an dem Mitgefühl und auch nicht daran fehlt zu begreifen, dass es ja nicht nur um die Mieter

und die Mitarbeiter geht, sondern auch um die vielen Betriebe, die für die Gewoba tätig sind, die im Mittelstand im Handwerk tätig sind, die vielen Bauunternehmen und Handwerksbetriebe, die im Auftrag der Gewoba handeln und sicherlich noch wesentlich mehr Beschäftigte haben, als die Gewoba selbst Mitarbeiter hat. Das ist ein großer Brocken, der auch Wirtschaftskraft für unsere Stadt generiert. Das soll auch in Zukunft so bleiben, aber wir müssen wirklich sicherstellen, dass die Gewoba ein Unternehmen ist, das aus sich und der eigenen Kraft die Leistungsfähigkeit immer wieder erneut schöpfen kann. Deshalb dürfen wir sie nicht schwächen, sondern müssen sie stärken, und ich sehe den Beschlüssen des Senats mit großem Interesse entgegen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das politische Signal, das der Bürgerantrag gibt, ist klar. Aber ich denke, gerade daraus resultiert auch der Anspruch, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gewoba, aber auch die Mieterinnen und Mieter haben, dass wir die Situation, respektive die Frage der Gewoba, objektiv beleuchten. Wir müssen uns auch deswegen damit auseinandersetzen, weil vor einiger Zeit ein so genanntes Pensionsgeschäft getätigt worden ist, bei dem zirka 25 Prozent der Gewoba-Anteile beliehen worden sind, die heute im Haushalt weh tun und die wir heute in einer Situation, in der es dem Land extrem schlecht geht, finanzieren müssen. Das ist eben hier angesprochen worden. Deswegen müssen wir uns dem stellen.

Sie können davon ausgehen, dass sich der Senat sehr wohl darüber im Klaren ist, dass wir uns mit den sozialpolitischen und städtebaulichen Möglichkeiten, die ohne jeden Zweifel von der Gewoba positiv als kommunal kontrolliertes Wohnungsbauunternehmen wahrgenommen werden, auseinandersetzen. Gleichwohl haben wir dies, und ich halte nach wie vor daran fest, zu Recht dem Koalitionsausschuss Anfang des Jahres im Februar und März gesagt, und der Senat ist gebeten worden, die Frage der Zukunftsfähigkeit der Gewoba zu überprüfen. Frau Krusche, dieser Prüfauftrag ist nicht einseitig darauf ausgerichtet worden, da muss ich auch alle Mitglieder des Koalitionsausschusses hier in Schutz nehmen, einen Verkauf der Gewoba zu prüfen, sondern der Prüfauftrag ist viel umfassender. Es ging um den Verkauf als eine der Möglichkeiten, aber auch darum, viel stärker im Vordergrund zu überlegen, wie wir dieses drängende und die Gewoba und auch den

Staatshaushalt und Stadthaushalt belastende Pensionsgeschäft ablösen können. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Im Senat besteht eindeutig Konsens darüber, dass das Angebot von preisgünstigem, aber auch hochwertigem Wohnraum, den die Gewoba in der Stadt Bremen allein für 34000 Haushalte darstellt, einen außerordentlich wichtigen Stellenwert hat, nicht nur für jeden einzelnen Mieter, sondern natürlich auch für das soziale Klima in unserer Stadt. Deswegen ist das auch der Grund, warum wir auch im Senat die Gewoba als starkes Wohnungsbauunternehmen erhalten wollen. Aber wir wollen auch, dass die Gewoba langfristig stabil am Markt agieren und eine nachhaltige, auf die Bestandspflege ausgerichtete Geschäftspolitik verfolgen kann.

Wir wollen deswegen kurzum, dass sich die Mieterinnen und Mieter der Gewoba in ihrem Wohnraum wohlfühlen. Aber das heißt nicht, dass die inhaltliche Diskussion über die Gewoba grundsätzlich tabu ist. Wir müssen uns fragen, das ist eben in der Diskussion zu Recht angesprochen worden, ob die Gewoba auch in Zukunft ordentlich und gut am Markt aufgestellt ist und dass sie im Stande ist, eine sehr stark mieterorientierte Geschäftspolitik, wie sie das heute tut, auch nachhaltig zu verfolgen.

Es ist ebenfalls angesprochen worden: Die Gewoba steht natürlich vor Herausforderungen eines demographischen Wandels, und sie muss sich anpassen. Es gibt auch nicht nur den demographischen Wandel, es gibt auch andere Lebensgewohnheiten. Der Wohnungsmarkt ist in Bewegung und wird sich zunehmend in eine Dynamik versetzen. Deswegen ist es aus Sicht des Senats notwendig, dass die Gewoba als lokal operierendes Wohnungsbauunternehmen ihre Effizienz im Auge behält und erhöht. Ich meine, die zurzeit positiven Dividendenzahlungen, die natürlich aus einer bestimmten aktuellen und akuten Marktlage heraus resultieren, dürfen nicht den Blick darauf verstellen, dass bei der Gewoba Handlungsbedarf besteht.

Über die auskömmlich finanzierten Modernisierungs- und Instandhaltungsinvestitionen hinaus bestehen natürlich Gestaltungsspielräume bei Personal- und Overheadkosten, es bestehen dort Möglichkeiten, diese Standards an die der bremischen Kernverwaltung anzupassen. Deswegen heißt das für mich, dass die politische Entscheidung für den Bestandsschutz der öffentlichen Kontrolle über die Gewoba nicht gleichzeitig als

ein Denkverbot darüber verstanden werden darf, wie wir die Gewoba betriebswirtschaftlich und wettbewerbsmäßig so aufstellen und optimieren, dass sie nachhaltig die soeben positiv beschriebene Politik weiter verfolgen kann.

Deswegen ist aus unternehmerischer Sicht zu fragen, wie eine optimale Aufstellung der Gewoba in den nächsten Jahren angegangen werden kann. Ich stelle mir in der Tat die Frage: Kann eine Unternehmensstruktur optimal funktionieren, die unter der sozialpolitischen Klammer sowohl wohnungsbaupolitische als auch städtebauliche Funktionen erfüllen soll? Ich kann mir beispielsweise sehr gut vorstellen, dass ein Wohnungsbauunternehmen, wenn es sich perspektivisch auf sein eigentliches Kerngeschäft, nämlich die Vermietung und die Bereitstellung von sozialverträglichem Wohnraum, einstellt, sich sehr wohl an sozialen Aspekten orientiert, während aber die städtebaulichen Funktionen unter der Kontrolle des Haushaltsgesetzgebers durch die dafür vorgesehenen Behörden und Einrichtungen wahrgenommen werden müssen.

Das ist etwas, das mir bei dieser Diskussion nicht so ganz in den Kopf will, Frau Krusche, Sie vermengen hier zwei Dinge. Das ist einerseits die städtebauliche Funktion der Gewoba und andererseits die sozialorientierte, mieterorientierte Funktion. Sie müssen doch eines zur Kenntnis nehmen: Wenn Sie das über die Gewoba, so wie Sie es postulieren, finanzieren wollen, dann finanzieren letztlich die Mieter der Gewoba über ihre Miete einen städtebaulichen Auftrag, der letztlich vom allgemeinen Steuerzahler dieser Stadt zu zahlen ist. Deswegen sage ich, an dieser Stelle stimme ich nicht mit Ihnen überein, das ist gerade im Sinne der von Ihnen immer wieder geforderten Transparenz meines Erachtens eindeutig zu trennen.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Was?)

Ich meine, dass gerade die wirtschaftliche Prosperität, die Stabilität der Gewoba nicht nur ein Garant für die langfristige Berücksichtigung von Mieterinteressen und gerade in sozial benachteiligten Wohngebieten ist, sondern auch für die notwendige Lösung aktueller, wirtschaftlicher Probleme, die wir haben.

Es ist eben der Dividendenanteil angesprochen worden, ja, das sind 8,5 Millionen Euro. Das täuscht gleichwohl darüber hinweg, dass dieser Dividendenanteil, soweit er an die BIG zur Refinanzierung des Pensionsgeschäftes fließt, für den Haushalt der Stadt ein Minusgeschäft ist. Wir müssten die Dividende von 13 auf 16 Prozent erhöhen, das führte aber natürlich dazu, dass mög-

licherweise an anderer Stelle beispielsweise die Instandhaltungsinvestitionen, die derzeit bei 16,70 Euro sind, auf 15,70 Euro abgesenkt werden müssten. Ob das sinnvoll ist, mag ich bezweifeln. Ich bin der Auffassung, das sollte so nicht sein.

Diese Situation zeigt das Problem auf: So sehr die öffentliche Kontrolle über die Gewoba auch politisch gewollt ist, ich bin mir aber nicht sicher, ob das Land respektive hier die Stadtgemeinde Bremen in der augenblicklichen Haushaltssituation die optimalen wirtschaftlichen Partner für die Gewoba sind. Die öffentliche Hand - und das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen - ist natürlich in der heutigen Haushaltssituation nicht in der Lage, Wachstumsinvestitionen zu finanzieren. Wir könnten keine Kapitalerhöhung darstellen. Wenn das bei der Gewoba eines Tages, wie gesagt, es ist jetzt nicht notwendig, aber wenn es perspektivisch eines Tages notwendig ist, könnten wir keine Kapitalerhöhung zur Stabilisierung und Stärkung der Gewoba darstellen. Wir können ja noch nicht einmal, wenn wir realistisch und ehrlich sind, das Pensionsgeschäft ablösen. Deswegen hat sich auch letztlich gezeigt, dass die in dieser ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die wir eingesetzt haben, aufgezeigten Möglichkeiten aus meiner Sicht nicht richtig erfolversprechend sind.

Ich sage das ganz deutlich, ein Börsengang ist von dem dazu notwendigen Investitionsvolumen fragwürdig und wird bei der derzeitigen Rendite für den öffentlichen Haushalt und auch für die Mieter nicht zu sinnvollen Ergebnissen führen. Ein eventuell theoretisch denkbarer Rückkauf von Aktien durch die Gewoba selbst ist wirtschaftlich nicht darstellbar. Ein Verkauf der Gewoba insgesamt könnte zwar die bestehenden Finanzierungsverpflichtungen des Pensionsgeschäfts überkompensieren und zu einem Nettoveräußerungserlös führen, aber auch das ist schon angesprochen worden, da habe ich eine klare Auffassung: Ich halte nichts davon, die Gewoba zu veräußern, um eine Pseudohaushaltskonsolidierung herbeizuführen. Das ist nicht der richtige Weg. Die Gewoba kann nicht dazu dienen, die Haushaltsprobleme des Landes zu lösen. Das müssen wir auf anderem Wege erreichen.

(Abg. Kleen [SPD]: Genau! Angie!)

Eine Veräußerung, die hier angesprochen worden ist, an reine Finanzinvestoren, die eine Filetierung oder ein Ausschachten des Unternehmens im Auge haben, halte ich für kontraproduktiv, halte ich sowohl für das Unternehmen für nicht gut, als auch für den sozial- und wohnungspolitischen Auftrag der Gewoba für nicht gut. Ich denke, dass am Ende bei einer solchen Lösung die Kosten für den Haushalt der Stadt und für die öffentliche

Hand mit den Folgewirkungen einer solchen Investorenpolitik eventuell größer sind als der vordergründig in die Kasse eingespielte Nettoerlös.

Dies ist ebenso nicht die richtige Lösung, aber ich könnte mir, das möchte ich mir zumindest hier offen halten, schon vorstellen, dass ein sozialpolitisch verpflichtetes Wohnungsbauunternehmen als strategischer Partner gewonnen wird. Ich könnte mir auch vorstellen, dass sich in Bremen eine Lösung abzeichnet, dass in Bremen verantwortungsvolle und bekannte Menschen und Investoren sich hier engagieren und auch der Gewoba möglicherweise als Eigentümer die Perspektive geben, die wir möglicherweise als Haushaltsnotlageland, wenn es denn so ist, nicht mehr in der Lage sind zu geben.

Die beste Perspektive für die Gewoba und die Menschen, die in ihren Wohnungen leben, ist meines Erachtens nicht in erster Linie die Frage des Eigentümers, sondern es ist die Frage der Geschäftspolitik, es ist die Frage der Finanzkraft des Eigentümers, und es ist vor allen Dingen die Frage der sozialen und unternehmerischen Ausrichtung eines möglichen Eigentümers. An dieser Stelle sage ich es ganz deutlich, zurzeit und jetzt ist ein solcher Investor nicht in Sicht, der diese Kriterien erfüllt. Insofern stellt sich auch heute nicht die Frage des Verkaufs der Gewoba, wohl aber stellt sich meines Erachtens die Frage einer Optimierung innerhalb der Gewoba, damit die Gewoba auch nachhaltig ein starkes und gutes Unternehmen bleibt. Das muss allen hier im Hause deutlich sein: Die öffentliche Hand wird sicherlich nicht in der Lage sein, ein Unternehmen, ob es nun die Gewoba oder ein anderes ist, nachhaltig zu stützen. Wir müssen eine Lösung finden, und das kann sicherlich nicht einfach der Haushalt sein, wie wir das Pensionsgeschäft strukturieren. Aber hierzu werden wir eine Vorlage machen. - Vielen Dank!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen (SPD)*:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Anders, als der Kollege Perschau meint, geht es hier nicht um weihevollere Reden, sondern um Klarheit,

(Beifall bei der SPD)

um Klarheit zu dem, was der Bürgerantrag uns vorgelegt hat! Diese Klarheit, das sage ich, habe ich sowohl beim Finanzsenator als auch beim CDU-Fraktionsvorsitzenden bislang vermisst.

* Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der SPD)

Um das noch einmal zu sagen, man kann vieles über die Geschäftspolitik der Gewoba hier im Moment diskutieren und dass wir neue Geschäftsfelder und neue Wege für die Gewoba hier und da finden wollen und suchen müssen, das ist doch alles unbestritten. Jedes Unternehmen muss sehen, dass es seine Kraft auch in der Zukunft behält, völlig klar! Hier ist uns aber eine Frage abverlangt, eine Frage, die wir uns auch selbst in der Koalition schon lange gestellt haben, und diese Frage muss beantwortet werden. Diese Frage heißt: Soll Bremen die Mehrheitsanteile an der Gewoba behalten, oder soll Bremen diese Mehrheitsanteile nicht behalten? Zu dieser Frage möchte ich eine klare Antwort haben. Die haben wir gegeben, diese klare Antwort, die habe ich auch von der Grünen gehört, die habe ich weder vom Finanzsenator noch von der CDU gehört. Ich möchte diese klare Antwort hören!

Ich sage Ihnen ganz deutlich, die Bremische Landesverfassung hat es nicht dem Senat überantwortet, welche bremischen Vermögensgegenstände verkauft werden, sondern es bedarf eines Mehrheitsbeschlusses dieser Stadtbürgerschaft, um einen solchen Verkauf zu tätigen,

(Beifall bei der SPD)

und die größte Regierungsfraktion und die Regierungspartei stehen für einen solchen Beschluss nicht zur Verfügung, um das klar zu sagen!

Herr Perschau, ich habe auch Sie angesprochen, weil ich in meinen Unterlagen wie zufällig den Brief finde, den Sie an die Mieterinnen und Mieter geschrieben haben wenige Tage, nachdem Carsten Sieling und auch ich einen Brief geschrieben haben. Dann habe ich diesen Brief genommen und ihn sorgfältig zweimal gelesen, und dann hat man mich gefragt: Was heißt das? Dann habe ich gesagt, die Koalition hat eine klare gemeinsame Auffassung!

(Abg. Perschau [CDU]: Weitgehend ja!)

Ich habe nämlich den Satz gelesen, „die Bremer CDU stellt sich klar auf Ihre Seite“, und dann kommen verschiedenen Punkte und dann: „Wir stehen für eine bremische Lösung. Die Gewoba muss als kommunales Wohnungsunternehmen für Bremen erhalten bleiben“. Da habe ich mich gefragt: Was heißt kommunales Wohnungsunternehmen?

(Abg. Dr. Schuster [SPD]: Bremerhaven!)

Mein Sprachgebrauch, meine Interpretation sagt, das ist ein Unternehmen, dessen Mehrheit bei der Kommune liegt. Bravo!

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, worauf wir uns verständigen sollten, Herr Perschau!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

(Abg. Kleen [SPD]: Aber jetzt nicht weihevoll!)

Abg. **Perschau** (CDU): Das könnt ihr besser! Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Böhrnsen, ich habe in mehreren Erklärungen, auch in diesem Brief an die Mieter, sehr deutlich gesagt, dass wir sehr nah beieinander sind. Was mich stört an der Geschichte, ist etwas mehr als eine Stilfrage. Das ist eben auch sehr deutlich geworden in der Diskrepanz zwischen Ihrem Finanzsenator, der ja auch von Ihrer Partei gestellt wird, und zwischen dem, was er und was Sie beide gesagt haben. Wir haben gemeinsam diesen Beschluss gefasst, den Senat zu beauftragen. Zugegebenermaßen hat der Senat die Frist verlängert und ist durch diese Fristverlängerung natürlich auch in dieses Dilemma gekommen mit der dann plötzlich vorgezogenen Bundestagswahl und all den Folgen, die sich daraus auch in der Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Bereiche ergeben haben.

Der Unterschied zwischen unseren beiden Fraktionen besteht erst einmal darin, dass ich dafür war, es so lange offen zu lassen, bis der Senat in angemessener Frist das abgearbeitet hat, was Herr Nußbaum aus meiner Sicht zu Recht gesagt hat. Diese Fragen, die er angesprochen hat, würde ich ihm auch stellen, denn die müssen beantwortet werden, weil wir uns daran nicht vorbeikommen können. Es gibt dabei aber durchaus eine ganze Reihe an Möglichkeiten in Bezug auf die Struktur unserer Gesellschafter in der Gewoba. Dann kann man sich da auch Verschiebungen vorstellen, da kann man Stimmbindungsverträge machen, es gibt so furchtbar viele Möglichkeiten, die man ergreifen kann. Nur muss man eine Lösung für dieses Pensionsgeschäft finden! Deshalb bin ich nicht dafür, dass wir sozusagen den Sack zubinden, wenn diese Frage nicht wirklich beantwortet ist.

Deshalb denke ich, dass wir sehr nah beieinander liegen, auch was den Bürgerantrag angeht. Trotzdem müssen die Dinge abgearbeitet werden, weil das nicht im Sinne der Gewoba ist, über die Prob-

leme hinwegzusehen und sie dann einfach irgendwann nicht zu lösen. Sie fallen der Gewoba eisenhart auf die Füße, eisenhart!

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Um was geht es denn jetzt eigentlich?)

Mir liegt deshalb daran, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung der beiden Regierungsfractionen kommen, von mir aus auch mit den Grünen und mit dem Senat,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu gütig!)

dass man dies auch gemeinsam beschließt. Das setzt aber voraus, dass die noch offenen Fragen wirklich abgearbeitet werden und Lösungen dafür vorhanden sind. Ich fände es auch den Schweiß der Ebenen wert, wenn man sich daran setzt und Lösungen findet, wie das dann wirklich langfristig abgesichert werden kann. Ich glaube, wir haben uns selbst auch durch die äußeren politischen Ereignisse unter einen Erfolgsdruck gesetzt, der aber offensichtlich so schnell nicht abgearbeitet werden konnte. Das ist der kleine Unterschied, aber ich sage dies bewusst nur deshalb, weil hier eine Reihe von Gewoba-Mitarbeitern sitzt und ich nicht möchte, dass falsche Eindrücke entstehen. Wir müssen dafür sorgen, dass das, was dort geleistet worden ist, auf ein solides Fundament für die Zukunft gestellt wird. Dafür tragen wir die Verantwortung, und das können auch die Mitarbeiter von uns erwarten!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Vertrauenspersonen haben inzwischen beantragt, gemäß Paragraph 5 Absatz 1 des Gesetzes über das Verfahren beim Bürgerantrag in der zuständigen Deputation gehört zu werden. Deshalb ist hier Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr vorgesehen.

Wer der Überweisung des Bürgerantrags mit der Drucksachen-Nummer 16/404 S zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist einstimmig den Bürgerantrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr.

Öffnungszeiten im gastronomischen Außenbereich bis 24.00 Uhr

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 6. Juli 2005 (Drucksache 16/360 S)

Wir verbinden hiermit:

Großzügige und flexible Öffnungszeiten für die Außengastronomie

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Oktober 2005 (Drucksache 16/408 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Kramer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stadtbürgerschaft beschäftigt sich mit vielen Themen, jetzt kommt ein etwas leichteres Thema als das, das wir eben hatten.

„Eine Stunde mehr für den Sommer“, so hätte der Antrag der CDU zur Außengastronomie in Bremen auch heißen können, denn diese Chance möchten wir mit der Verlängerung der Außengastronomie allen Bremern und allen Touristen bieten. In Bremen arbeiten 7000 Menschen im Gastgewerbe, und Bremen hat in hohem Maße in seine touristische Infrastruktur investiert und damit gerade auch die Grundlage für eine lebendige Gastwirtschaftsszene gelegt. Nach den verregneten Sommerferien haben wir sicher alle die schönen Abende in den letzten Wochen bei dem einen oder anderen Glas Bier genutzt, und ich hätte mir gewünscht, dass auch alle Gastwirte in Bremen davon hätten profitieren und bei der Gelegenheit vielleicht auch den einen oder anderen Arbeitsplatz schaffen oder stabilisieren können.

Das war aber leider flächendeckend nicht der Fall, daher möchte die CDU-Fraktion dafür sorgen, dass nicht nur besondere Gebiete in unserer

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Stadt Gewinn aus dem guten Wetter ziehen können, sondern dass alle Wirte in Bremen ohne große bürokratische Hemmnisse einheitlich lange ihre Außengastronomie nutzen können. Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben für entsprechende Regelungen in ihren Ländern gesorgt, und es würde uns gut anstehen, diesen Beispielen zu folgen. Das ist der Hintergrund für den Antrag der Koalitionäre.

Einige Abgeordnete waren gestern in München auf der Expo Real. Der Messestandort ist ganz sicher nicht mit dem Bremer zu vergleichen, aber in einem Punkt sind wir besser, nämlich bei der Öffnung der Biergärten. Da sind wir besser als die Bayern. Der Senat hat mit einem geschickten Handling und ohne jede juristische Auseinandersetzung Öffnungszeiten in der Außengastronomie in unseren touristischen Hochburgen und in Standorten mit innerstädtischer Freizeitorientierung, wie es auf Verwaltungsdeutsch schwierig heißt, bis 24 Uhr gestattet. In sonstigen Stadtgebieten gilt als Ausschankende 23 Uhr und in Wohngebieten 22 Uhr.

Hamburg hat in einem zweijährigen so genannten Duldungsmodellversuch grundsätzlich die Öffnung bis 23 Uhr und freitags, samstags und vor Feiertagen bis 24 Uhr erlaubt. Hamburg, ähnlich auch Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, hat damit flächendeckend eine Verkürzung der Sperrzeiten eingeführt. Diese Öffnung hat in Hamburg zu einer großen positiven Resonanz bei den Gästen, Wirten, der Handelskammer und den Medien geführt. Das unterstreicht einmal mehr den Willen Hamburgs, Tourismusmetropole im Norden zu sein. Das sollte uns hier in Bremen anspornen, unsererseits aktiv zu werden.

Zudem sind mit dieser Neuregelung auch Verfahren verbunden, die einerseits eine Deregulierung bedeuten, andererseits dem Schutz der Bürger insgesamt und insbesondere in Wohngebieten dienen. Ich nenne die zwei Hauptpunkte: Wer als Gastronom bereits eine Zulassung hat, braucht keinen neuen Antrag zu stellen, und wer einen neuen Antrag stellt, braucht zusätzlich kein Lärmgutachten wie bisher einzureichen. Wenn es allerdings im Einzelfall mehrfach zu erheblichen Anwohnerbelästigungen kommt, auch nach der Betriebszeit, dann kann die Zulassung der Betriebszeiten widerrufen werden. Ich denke, mit dieser Regelung ist die nächtliche Ruhe der Bürger, die auch gut und uns wichtig ist, gut geschützt.

Unser Anliegen ist es auch überhaupt nicht, für Unruhe bei den Anwohnern und Anliegern zu sorgen, wir möchten vielmehr, dass Biergärten, Straßencafés auch in Nebenzentren und anderen Ge-

bieten in schwierigen konjunkturellen Zeiten eine Chance auf mehr Umsatz an den wenigen schönen Sommerabenden im Norden haben. Wir wollen unsere Stadt noch mehr als bisher beleben, mehr Lebensqualität für die Bürger organisieren und unseren attraktiven Tourismusstandort deutlich unterstreichen.

Daher fordern wir den Senat auf, anhand des hamburgischen Beispiels die Möglichkeit zu prüfen, auch in Bremen die Öffnungszeiten für die Außengastronomie generell entsprechend zu verlängern. Grundsätzlich muss ich allerdings sagen, dass die einzelnen Ländervorschläge wie das Pilotprojekt Hamburg oder ein spezieller Ministererlass in Niedersachsen nur Flickschusterei sind, uns fehlt eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung.

„Die Welt zu Gast bei Freunden“ lautet das Motto der Fußball-WM 2006 in Deutschland. Wir alle freuen uns auf dieses Event und unternehmen große Anstrengungen, damit es ein Highlight wird. Wir erwarten viele Gäste und viele positive Effekte, aber eine einheitliche Regelung für unsere Biergärten gelingt uns nicht beziehungsweise scheitert zurzeit an der geltenden Lärmschutzregelung. Es gibt bisher rein formal keine gesetzliche Vorschrift, die die Geräuschkulisse von Biergärten beurteilt oder bewertet.

Die Regelungen für technischen Lärm sind nicht anwendbar, werden aber analog herangezogen. Das ist aber unhaltbar, wenn das Reden, Lachen und Singen ebenso behandelt wird wie das Bohren und Sägen. Es muss also dringend eine Regelung angestrebt werden, die sowohl dem Schutz der Anwohner als auch dem Freizeitverhalten der Gäste Rechnung trägt. In der 18. Bundesimmissionsschutzverordnung Sportstätten ist dies gelungen, dort sind die Sozialwertigkeitsaspekte und Zumutbarkeitsabwägungen einbezogen worden. Ich hoffe, dass eine nächste Regierung sich dieser Fragen annimmt.

Ich bitte also um Zustimmung zum Antrag der Koalitionäre. Ich darf noch einmal daran erinnern, 7000 Arbeitsplätze gilt es zu sichern und auszubauen und viele Ausbildungsplätze damit ebenfalls.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

„Eine Stunde mehr für den Sommer“ wäre eine gute Maßnahme und würde zugleich den Tourismus stärken, denn schließlich geht es um die Frage, wie gastfreundschaftlich wir sind.

Nun komme ich zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich sagte Ihnen eben ja

schon, einer der wichtigen Punkte bei diesem Modellversuch Hamburgs ist, bürokratische Hürden abzubauen. Nun sagen Sie, dass Sie mit Ihrem Antrag erreichen wollen, dass die Beiräte ein weitgehendes Beteiligungsrecht haben. Ich habe hier schon eine erste Mitteilung der SPD-Fraktion des Beirates Mitte liegen, der für einen großen runden Tisch eintritt, der alle anstehenden Probleme zwischen Beirat, Behörden und Zivilgesellschaft, wie es in dieser Anmerkung heißt, erörtern und in regelmäßigen Abständen tagen und sich in regelmäßigen Abständen mit den Problemen beschäftigen soll.

Dieses Verfahren wollen wir gerade nicht, sondern wir wollen im Gegenteil ein Duldungsmodell, das sicherlich dann auch seine Grenzen hat, wenn mehrfach nachgewiesen wird, dass Anwohner belästigt werden, wenn es sowohl während der Betriebszeiten als auch nach den Betriebszeiten zu Schwierigkeiten kommt. Wir wollen auch den Zugang zu gastwirtschaftlichen Betrieben erleichtern, indem wir eben die Lärmschutzvorgaben nach der Verordnung zunächst nicht abverlangen, wenn jemand einen neuen Betrieb beantragt, beziehungsweise die bestehenden Betriebe haben automatisch eine längere Öffnungsduldung.

Weil wir dieses bürokratische Verfahren nicht für richtig halten, lehnen wir den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ab. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! So umfassend, wie Frau Winther das dargestellt hat, hätte ich das nicht gekonnt, das gebe ich ganz ehrlich zu. Trotzdem, finde ich aber, müssen wir hier klären, dass wir uns in einem Interessenkonflikt befinden.

Wir befinden uns in dem Konflikt der Anwohnerinnen und Anwohner und der Wirte. Frau Winther hat sehr auf die wirtschaftlichen Anreize, auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten hingewiesen, auch auf das touristische Konzept, das dahintersteht. Ich glaube aber und will von daher den Schwerpunkt mehr auf den Begriff des Prüfens legen, dass man zunächst einmal überprüfen muss, wie es tatsächlich mit den rechtlichen Gegebenheiten, bei aller Schwierigkeit, die es mit den Lärmschutzbestimmungen gibt, nun tatsäch-

lich bestellt ist, denn ich möchte nicht erleben, dass wir hier eine Verordnung erlassen, die Öffnungszeiten verändern und nachher die Entscheidungen vor den Gerichten ausgefochten werden. Ich glaube, da müssen wir vorher schon klären, was eigentlich Sache ist.

(Beifall bei der SPD)

Von daher ist es für mich auch wichtig, dass hier die Formulierung der „generellen Regelung“ steht. Wenn wir das, was Bündnis 90/Die Grünen vorschlägt, sagen, Regelungen, die vielleicht in verschiedenen Bereichen der Stadt anders ausfallen können, dann kann ich mir schon gut vorstellen, wie der eine Wirt in Stadtteil A sich dazu verhält, dass ein Wirt im Stadtteil B unter ähnlichen Voraussetzungen plötzlich die Außengastronomie länger betreiben darf, der andere aber nicht. Von daher sind das für mich zwei wichtige Fragestellungen, und zwar die Konkurrenz über die Stadt hinweg und die Frage des Interessenkonflikts der Anwohner zu den Wirten!

Da muss man eines vielleicht auch einmal deutlich sagen, wenn Sie mit Menschen reden, die leider der Stadt im Laufe der Zeit den Rücken gekehrt haben, dann waren Lärm und Verkehr die entscheidenden Punkte, warum sie das getan haben. Deswegen, denke ich, müssen wir das sehr sorgfältig prüfen. Wir bitten auch um Zustimmung, und ich sage ausdrücklich für uns, die Prüfung und die Herstellung einer rechtlich einwandfreien Handhabe ist für uns der wesentliche Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Lockerung der Öffnungszeiten für die Außengastronomie ist richtig und notwendig, und daran wird auch kein Weg vorbeiführen. Wenn man die Vorstellung einer urbanen Stadt hat, dann hat das auch etwas mit Leben und Lebendigkeit zu tun.

Der Konflikt stellt sich nicht ganz so einfach dar, Herr Liess, wie Sie das gesagt haben, sozusagen zwischen den Besuchern der Außengastronomie und den Wirten. Der Widerspruch liegt in uns selbst. Ich möchte auf der einen Seite abends ruhig schlafen, andererseits aber draußen sitzen und ordentlich mein Bier trinken können. Der Konflikt liegt im doppelten Interesse, und deswegen ist es wichtig, über die Frage des Konflikts ernst-

*) Vom Redner nicht überprüft.

*) Vom Redner nicht überprüft.

haft nachzudenken, wie bekommt man das so geregelt, dass alle Beteiligten möglichst zufrieden sind. Einhundertprozentige Begeisterung wird man mit Sicherheit nicht herstellen können.

Unsere Vorstellung, dass die Beiräte beteiligt werden sollen, liegt einfach darin begraben, dass es Bereiche gibt -- .

(Abg. Kleen [SPD]: Das Präsidium probiert es schon einmal aus! - Heiterkeit)

Ich habe nicht die Beiräte begraben, sondern ich habe über den Konflikt geredet! Jetzt Spaß beiseite!

Für mich gibt es Bereiche in dieser Stadt, wo der Konflikt nicht auftritt, weil es keine Wohnumgebung gibt. Ich kann da nur Moorlosen Kirche sagen, um ein Beispiel zu nennen. Ich wüsste nicht, warum man da überhaupt eine Regelung braucht, daneben ist nämlich nur ein Friedhof, vielleicht kam daher die Assoziation eben, da würde man in Wirklichkeit niemanden stören. Gleiches gilt im Übrigen auch, wie ich finde, um Beispiele zu nennen, für das Café Sand. Ich glaube, dass in der Gastronomie überhaupt keine Beschränkung sein muss. So muss man dann doch sehr viel konkreter über den Konflikt und die Lösung nachdenken. Wenn wir es hinbekämen, die Beiräte in die Konfliktlösung einzubeziehen, dann würden wir der schwierigen Situation gerecht.

Frau Winther, Sie haben Recht! Ich finde auch, 7000 Arbeitsplätze in der Gastronomie sind eine wichtige ökonomische Größe, die man nicht unterschätzen soll. Ich glaube, dass die Stadt sich so entwickelt, wenn wir das an der Schlachte sehen, wo im Übrigen auch wenig Wohnbevölkerung ist, wo es meiner Meinung nach auch relativ einfach wäre.

(Abg. Kleen [SPD]: Rede einmal mit Hermann Kuhn darüber!)

Ja, Herr Kleen, auf der anderen Straßenseite, das ist mir klar, aber im unmittelbaren Umfeld ist da doch sehr wenig Wohnbevölkerung!

Ich bin einfach der Meinung, dass wir es aushalten müssen, in einer Stadt zu leben, die urban ist. Urban heißt auch lebendige Stadt. Das ist ein Entwurf von Stadt, der es vertragen können muss, dass Außengastronomie stattfindet, wobei ich auch immer der Meinung bin, dass Außengastronomie auch nicht einfach heißt laut bis zum Abwinken. Man kann draußen sitzen und sein Bier gesittet trinken. Frau Winther, ich finde, das Beispiel, das Sie sagen, dass man menschliches Lachen nicht mit Säge- und Hammergeräuschen

vergleichen kann, vortrefflich. Lachen, finde ich, ehrlich gesagt, auch viel sympathischer und besser, was den Geräuschpegel betrifft.

Wir sind der Meinung, und das ist das Problem an der ganzen Geschichte, dass eine juristische Regelung natürlich relativ schwierig ist, weil ganz viele Institutionen eingreifen, was diese Regelung betrifft. Das ist von der Bundesebene über die Länderebene herauf und herunter. Wir wollen gern eine Lösung haben, und ich glaube, dass der Prüfauftrag nicht so verkehrt ist, dass man erst einmal schaut, wie man das gerichtsfest hinbekommt. Das ist auch unser Interesse. Ich habe versucht zu begründen, warum wir die Beiräte mit ins Spiel bringen wollen. Weil Sie um den Konflikt sowieso nicht herum kommen, finde ich, sollte man das offensiv angehen und die Beiräte geradezu einladen zu schauen, ob das für ihren Stadtteil nicht eine sinnvolle Geschichte ist, dass Außengastronomie stattfindet. Man muss auch nicht so tun, als wären die Beiräte einfach nur Institutionen des Nein-Sagens.

Wenn ich als Beirat Interesse an meinem Stadtteil habe, muss ich auch darauf achten, dass es Interessen gibt, Außengastronomie zu haben, und da kann nicht in jedem Beirat einfach nur gesagt werden, ich trinke mein Bier ganz gern einmal draußen, aber nicht bei uns. Das ist klar, dass es so nicht funktioniert. Deswegen habe ich, Herr Liess, auch darauf hingewiesen, dass der Konflikt sehr enger in uns selbst liegt und dass wir darüber schauen müssen, dass wir in dieser Stadt ein toleranteres Umgehen damit finden. Wir wollen aber auf jeden Fall eine Öffnungszeitverlängerung, und wir stellen deswegen auch unseren Antrag. Ich bitte Sie um Zustimmung für unseren Antrag! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Herr Präsident, meine Herren und Damen Abgeordneten! Ausgangspunkt für den Antrag der Regierungsfractionen war eine Neuregelung in Hamburg, die wir uns genauer angeschaut haben. Hamburg hat nach wie vor eine starre Grenze, 22 Uhr, hat aber probeweise eine Art Duldungserlass für zwei Jahre geregelt. Da sind wir in Bremen seit 1999 schon erheblich weiter. Seit 1999 haben wir eine Richtlinie mit gestaffelten Zeiten, zu denen die Außengastronomie ihren Betrieb einzustellen hat. In den Gebieten, die Frau Winther schon benannt hat und die als Gebiete mit touristischer und/oder innerstädtischer Freizeitorientierung etwas umständlich beschrieben sind, gilt schon seit 1999 24 Uhr. Es handelt

sich im Wesentlichen um die Schlachte und Ostertor. Ich finde, 24 Uhr ist keine so ganz verkehrte Zeit, weil es auch viele Menschen gibt, die am nächsten Morgen früh aufstehen müssen.

Ich wohne gegenüber der Schlachte, aber in der dritten Reihe, in der Grünenstraße, und ich höre den Lärm an schönen Sommerabenden von der Schlachte auch über 24 Uhr hinaus.

(Abg. Kleen [SPD]: Ist ja schön urban!)

Da ist es dann schon so, dass man besser das Fenster schließt, was an warmen Sommerabenden auch nicht so angenehm ist.

Das haben aber auch alle Debattenredner anerkannt, dass es hier Interessenkonflikte gibt zwischen gastronomischer Außennutzung und den Interessen der Anlieger, die der Ruhe bedürfen. Ich weiß nun nicht recht, warum wir an dem fragilen Gebäude der bremischen Regelung, das seit 1999 soweit zur Zufriedenheit aller praktiziert werden konnte,

(Abg. Kleen [SPD]: Das kommt aus Ihrer Fraktion!)

da es zwar Beschwerden aus der Nachbarschaft, aber keinerlei verwaltungsrechtliche Verfahren gegeben hat, im Moment rühren sollten.

Wenn der Hintergrund die Fußballweltmeisterschaft ist, dann bin ich ganz sicher, dass, sollte die deutsche Mannschaft, was derzeit eher skeptisch gesehen wird, in einer überraschenden Spiellaune phänomenale Siege erzielen, in dieser Stadt wie in allen Städten in Deutschland hupende Autokorsos durch die Stadt fahren, bestimmt kein Stadtamtmitarbeiter auf die Idee kommt, einen außergastronomischen Bierumsatz auch nach 24 Uhr zu unterbinden.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass diese probeweise Duldung, die in Hamburg derzeit vollzogen wird, von dem bremischen Modell gar nicht so weit weg ist, denn es ist doch für jeden einsehbar, dass die Mitarbeiter des Stadtamtes nicht um Mitternacht flächendeckend die Lokale ablaufen und schauen, ob in der Außengastronomie die erlaubten Zeiten eingehalten werden. Im Grunde wird doch erst dann kontrolliert, wenn die Beschwerde aus der Nachbarschaft gekommen ist. Selbstverständlich werden wir uns dem Wunsch dieses Hauses nicht entziehen, die geltende Regelung noch einmal zu überprüfen. Ich bitte aber jetzt schon um Verständnis, wenn ich für den Senat erkläre, dass ich für mögliche Er-

weiterungen nur schmale Spielräume sehen kann.
- Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/360 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/408 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Kein Eintrittsgeld für den Rhododendronpark

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/361 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Kramer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat plant, durch die Erhebung von Eintrittsgeldern für den Rhododendronpark Einnahmen von 500.000 Euro jährlich zu erzielen. Dafür gibt es kein Konzept, es gibt keine Kalkulation. Die Einnahmesumme ist gegriffen, gewünscht, spekuliert, also ein neues Bremer Märchen.

Meine Damen und Herren, jetzt zur Hauptsache, das heißt zur inhaltlichen Substanz, vom Bremer Märchen zur Tatsache! Tatsache ist, dass der Rhododendronpark zwar einerseits zur Hauptblütezeit eine national bedeutsame und bekannte touristische Attraktion ist, andererseits ist aber der Park auch ein wichtiger Ort für Naherholung und Freizeitaktivitäten der Bremer Bürger und Bürgerinnen. Er zieht zunehmend auch jüngere Familien, Familien mit Kindern an, aber auch ältere Menschen. Gerade für die älteren Menschen, die in den umliegenden Einrichtungen leben, sind der Park und der freie Zugang zum Park für die Lebensqualität bedeutsam.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zudem bildet der Park für die Umwelterfahrung und für die Umweltbildung eine zukunftsweisende Basis. Die räumliche Verbindung von Rhododendronpark, botanischem Garten und Botanika ist einmalig und hat erhebliche Potentiale, zur Umweltbildung beizutragen, Biologie aktiv zu erfahren und ökologische Zusammenhänge zu erleben. Das Potential für Schulen, für Umweltinitiativen, aber auch für Hochschulen ist hier noch lang nicht ausgenutzt, und daran sollte der Senat arbeiten. Das ist eine wirkliche Zukunftsoption und nicht Eintrittsgelder für den Park! Mit dem beabsichtigten Eintrittsgeld würden nicht nur viele Besucher und Besucherinnen fernbleiben, sondern es würde auch das bisher doch deutliche Engagement von privaten und öffentlichen Institutionen für den Rhododendronpark und den botanischen Garten gefährden.

Meine Damen und Herren, mit Eintrittsgeldern für den Rhododendronpark unter dem Strich wirklich nennenswerte Einnahmen erzielen zu wollen, ist völlig unrealistisch. Dennoch hält der Umweltsektor hier, auf dem Papier jedenfalls, daran fest und geht davon aus, dass dies eine halbe Million jährlich bringen wird. Wie die Summe zustande kommt, ist, wie ich schon eingangs gesagt habe, völlig offen. Es gibt keine Kalkulation, es gibt kein Konzept, keine Grundlage.

Im Gegenteil ist es aber so, dass viele Argumente dagegen sprechen, dass diese Einnahmensumme überhaupt erzielbar ist, weil es nämlich erstens Besucherinnen und Besucher abschrecken würde. Es würden nicht diese Besucherzahlen wie heute im Park erreicht. Zweitens müsste zumindest ein Teil des Geländes eingezäunt werden. Das würde erhebliche Kosten verursachen. Drittens muss natürlich auch Personal eingestellt werden, das dann den Eintritt erhebt. Das heißt, diese Festlegung, die aus dem Koalitionsausschuss stammt, aber dann sozusagen jetzt in die Haushaltsansätze des Ressorts Bau und Umwelt Eingang gefunden hat, diese Summe ist in keinem Fall zu erzielen, und es ist eine wirkliche Milchbubenrechnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, nicht nur aus diesen Gründen sind wir Grünen gegen Eintrittsgelder im Park, sondern wir sind auch der Meinung, dass es nicht gerechtfertigt ist, bei den Bremerinnen und Bremern doppelt zu kassieren. Die Bremerinnen und Bremer bezahlen nämlich einerseits schon mit ihren Steuergeldern die Pflege des Parks und sollen dann, um diesen benutzen zu können, ein zweites Mal abkassiert werden. Das geht nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen fordern wir Grünen den Senat auf, von diesem Anliegen, Eintrittsgelder zu erheben, endgültig Abstand zu nehmen und alle diesbezüglichen Planungen einzustellen.

Zweitens: Natürlich sehen wir Grünen, dass wir ein erhebliches Problem im Bremer Haushalt haben, und sehen Ansätze, hier zu Entlastungen zu kommen, nicht durch Einnahmen, sondern dadurch, dass man die Kosten für den Park möglicherweise reduziert, das heißt, wir wollen, dass der Senat der Deputation für Umwelt und Energie einen Vorschlag macht, wie durch Einsparungen im Pflegeaufwand eine Entlastung eintreten könnte. Außerdem bitten wir den Senat, daran zu arbeiten, auch noch stärker über Spendeneinwerbung und Ähnliches die Einnahmenseite zu verbessern. Das ist soweit unser grüner Antrag, das ist unser Vorschlag.

Meine Damen und Herren von SPD und CDU, eigentlich können Sie dem nur zustimmen, und insbesondere die CDU kann eigentlich nicht umhin, diesem Antrag zuzustimmen, zumal sie sich öffentlich schon genauso geäußert hat. Ich zitiere hier ein wörtliches Zitat der Abgeordneten Frau Ahrens im „Weser-Kurier“ anlässlich der Berichterstattung zum hundertjährigen Bestehen des Rhododendronparks,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ich habe mich deutlich zurückgehalten!)

und dort, Frau Ahrens wörtlich zitiert aus dem „Weser-Kurier“ mit Erlaubnis des Präsidenten: „Wir möchten alle, dass der Rhododendronpark auch in Zukunft ohne Eintrittsgeld zugänglich bleibt.“ Soweit Frau Ahrens!

(Unruhe)

Das, finde ich, ist eine klare deutliche Aussage, und wenn man sich so in der Öffentlichkeit äußert, muss man dann hier auch entsprechend Zustimmung signalisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Aber, meine Damen und Herren, auch in der SPD gibt es unterstützende Stimmen! Das war nämlich, das ist nicht irgendwo zitiert, aber ich war anwesend, und das kann man auch einmal nennen,

(Abg. Kleen [SPD]: Petze, Petze!)

da sagte nämlich der Noch-Bürgermeister Henning Scherf

(Zurufe von der CDU: Oho!)

anlässlich des Festaktes, auch zum hundertjährigen Bestehen übrigens, was sehr erfolgreich gefeiert wurde mit sehr viel Publikum und wunderschönen Veranstaltungen, die man genießen konnte. Jedenfalls gab es einen Festakt am 17. September 2005, und dort hat der Noch-Bürgermeister Scherf eine Rede gehalten und ganz deutlich ausgedrückt, dass Eintritt zu erheben noch lange nicht entschieden sei, mit so einem Ton, dass man das eigentlich nicht machen sollte. Das heißt, ich fasse hier zusammen, unser grüner Antrag ist richtig, kommt zur richtigen Zeit, also stimmen Sie zu!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Mathes, Sie haben hier diesen Antrag vorgelegt: „Kein Eintrittsgeld für den Rhododendronpark“, und ich möchte erst einmal auf Ihre Debatte eingehen. Wenn Sie hier den Zusammenhang herstellen zwischen doppeltem Abkassieren des Staates mit Steuergeldern

und mit Eintritt, dann, denke ich, ist das eine überzogene Formulierung, die man so nicht stehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU)

Als Zweites möchte ich noch einmal auf das Zitat, das Sie eben angesprochen haben, von Frau Ahrens eingehen, allerdings nur ganz kurz, weil es mehr nicht wert ist, denn sie ist falsch zitiert worden. So etwas kann passieren, das kennt jeder, da braucht sich auch bei unserem Koalitionspartner keiner Gedanken zu machen. Wir stehen zu unseren Beschlüssen im Koalitionsausschuss und werden das auch weiterhin so handhaben.

Meine Damen und Herren, der Rhododendronpark und die Botanika sind seit vielen Jahren immer wieder in den Schlagzeilen unserer Bremer Gazetten. Zuerst waren die veralteten Gewächshäuser defekt, dann sollte ein völlig überdimensioniertes, vielleicht sogar an Größenwahn grenzendes Rhodarium gebaut werden. Gott sei Dank ist das nicht passiert. Danach waren die Besucherzahlen in den Schlagzeilen, die für die dann entstandene Botanika zu gering waren. Jetzt sind es die zu hohen Unterhaltungskosten, die von uns so nicht mehr geleistet werden können.

Das waren meist eher negative Schlagzeilen. Dabei haben wir mit dem Rhododendronpark einen wunderschönen, einzigartigen Park, der seinesgleichen in Deutschland, wenn nicht sogar auf der Welt sucht, denn dieser Park hat 45 Hektar in zentraler Lage, über 2000 gezüchtete Rhododendronsorten, tolle Wegebeziehungen, einladende Aufenthaltsbereiche, eine Artenvielfalt, die immens ist, verschiedene Themengärten, und dazu kommt noch die Botanika, ein Science-Center, das Menschen an die biologische Vielfalt heranführen soll, und das alles in einem sehr guten Pflegezustand. Jeder, der einmal dort gewesen ist, wird das bestätigen können. Es waren doch alle schon einmal dort, das hoffen wir doch, oder?

(Abg. Kleen [SPD]: Alle! War ja auch bisher umsonst! Da kann man sich das auch noch leisten!)

Meine Damen und Herren, so viel Gutes hat auch seinen Preis. Im Botanika muss man heute schon Eintritt bezahlen, ein neues Konzept steigert zurzeit die Besucherzahlen, die am Anfang eher kläglich waren. Der Park selbst ist zurzeit noch kostenfrei zu besuchen, doch die Kosten des Parks sind höher als zum Beispiel für die Wallanlagen. Viermal so hohe Kosten, da fragt man sich, wie das kommt. Besonders geschultes Personal ist erforderlich, um Rhododendronpflanzen zu pflegen. Zeitaufwendig sind ebenso die vielen Spezialanpflanzungen im Park, die ihn einzigartig

*) Vom Redner nicht überprüft.

machen, dafür aber auch sehr teuer sind, und Geld ist bekanntlich knapp in Bremen.

Weil das so ist, wie es ist, haben wir aufgrund unserer Haushaltssituation in den letzten Jahren von allen Grünanlagen in Bremen die Unterhaltungskosten gekürzt, nur nicht die vom Rhododendronpark, und er kostet uns jährlich durch seinen erhöhten Aufwand immerhin über zwei Millionen Euro. Das können wir uns so auf Dauer nicht mehr leisten, und deshalb hat der Koalitionsausschuss beschlossen, während der Blütezeit Eintritt zu nehmen. Ich denke, es ist eine richtige Entscheidung, bei der es jetzt darauf ankommt, und das ist uns besonders wichtig, dass die Bürger vor Ort nicht zu sehr belastet werden. Hierfür müssen wir gesonderte Regelungen treffen, denn die täglichen Nutzer darf man auf keinen Fall vergraulen, und vor allem können sie nicht die Alleinflanziers des Parks sein. Vielmehr kommt es jetzt darauf an, dass man mit Fingerspitzengefühl eine Preistaffelung findet, die allen gerecht wird und den sehr guten Pflegezustand des Parks weiterhin gewährleistet.

Natürlich ist es eine unpopuläre Maßnahme, doch in ganz vielen anderen Städten wird es mit hochwertigen Parks auch so gemacht. Im Ausland ist das schon lange Standard, und ich bin der Meinung, unser Park steht dem nichts nach.

Wenn man in Deutschland an einem See oder auf einer Insel ist, bezahlt man Kurtaxe. Dafür sind die Strände sauber. Das ist zwar manchmal ärgerlich, aber jeder akzeptiert das.

(Zuruf der Abg. Frau Schwarz [SPD])

Dann bezahlst du nicht! In manchen Bundesländern geht man schon so weit, dass, wenn man zum Beispiel ein Bad besuchen möchte und nicht aus dem dazugehörigen Landkreis kommt, man einen Zuschlag bezahlen muss.

Meine Damen und Herren, so etwas muss in Bremen doch auch möglich sein. Gegner sagen jetzt, das würde alles nichts bringen, da die Kosten für die Einzäunung und das Kassenpersonal zu hoch wären. Das haben Sie auch gesagt, Frau Mathes. Doch schaut man sich den Park und seine Eingänge auf einer Karte genau an, so können diese Kosten nicht so hoch werden, da fast alle Grenzen des Parks mit einem Wassergraben versehen sind.

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Gegen kriminelle Energien kann man immer angehen. Bei den technischen Umsetzungen aber, die kein Problem sein dürften, ist der CDU-

Fraktion und mir wichtig, dass es eine Staffelung bei den Eintrittsgeldern gibt, die den Bewohnern vor Ort zukommt.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Und Familienrabatt!)

Auch den wird es wahrscheinlich geben, das ist jedenfalls wichtig, da gebe ich dir Recht, Uwe! Ich finde, dass man es durchaus so handhaben kann, dass zum Beispiel in den frühen Morgen- und späten Abendstunden die Tore offen sind, damit Jogger, Hundehalter und andere Benutzer vor Ort den Park weiterhin wie bisher benutzen können oder dass eine Jahreskarte zum Beispiel extrem günstig ist. Wie das genau aussehen kann, muss man noch im Einzelnen beraten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir den Bekanntheitsgrad des Rhododendronparks auch überregional steigern müssen. Die Erhebungen haben ergeben, dass unser toller Park kaum bekannt ist. Wenn so viele Menschen nach Holland fahren, um die Tulpenblüte zu bestaunen, dann muss es doch auch möglich sein, auswärtige Blumenfreunde nach Bremen zu locken, um die Blütezeit der Rhododendron zu bestaunen. Solche Besucher sind dann auch gern bereit, für solch ein farbenprächtiges Naturereignis ein paar Euro Eintritt zu bezahlen. Oftmals ist es so, dass man das, was man täglich sieht, nicht mehr zu schätzen weiß. Das sollte beim Rhododendronpark nicht passieren. Wir sollten alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die sehr gute Qualität des Parks weiter zu erhalten.

Genau aus diesem Grund können wir dem Antrag der Grünen auch nicht zustimmen, denn Sie wissen genau, wie pflegeintensiv der Park ist. Sie kennen auch die Haushaltssituation unseres Landes, und Sie wissen, welche Bedeutung der Park für Bremen hat. Eintrittsfreiheit kann man mit diesem Wissen für die Zukunft nicht fordern. Mit solchen Forderungen setzt man den Park in seiner Form und seiner Qualität aufs Spiel. Ich lade Sie recht herzlich ein, mit uns lieber darüber zu diskutieren, wie wir die Eintrittspreise für die Bremer so moderat gestalten können, dass sie von den Menschen auch akzeptiert und angenommen werden, denn wir, und ich hoffe, auch die Opposition, wollen dieses Highlight in Bremen bürgerfreundlich erhalten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Auch wir von der

SPD-Fraktion können dem Antrag der Grünen nicht zustimmen. Ich glaube, es geht in dem Zusammenhang auch nicht um eine Bremer Märchenstunde. Das ist der Situation, insbesondere der Haushaltssituation, nicht angemessen.

Man muss vielleicht vorweg noch einmal eines betonen, was der Rhododendronpark eigentlich ist. Das ist ein richtiger Schatz für Bremen, denn, nur um die Zahlen noch einmal deutlich zu machen, die Hälfte aller 1000 weltweit frei lebenden Rhododendronpflanzen ist auch hier im Park vorhanden. Dazu gibt es zirka 2000 gezüchtete Rhododendronarten. Es ist eine Vielfalt, die fast nirgendwo sonst auf der Welt noch einmal vorkommt. Es ist auch ganz klar, dass, wenn man so einen Schatz pflegen will, man dafür Geld braucht, denn ein Rhododendron ist keine Pflanze, die man eben einmal morgens gießt, und dann wird es schon den Tag über laufen, sondern die braucht etwas intensivere Pflege, gerade wenn man diese Artenvielfalt erhalten will.

Dies führt dazu, und es ist bisher auch ohne Weiteres akzeptiert worden, dass dieser Rhododendronpark die wirklich mit großem Abstand teuerste Grünanlage Bremens ist. Wenn man das vor dem Hintergrund unserer Haushaltslage spiegelt, bei der wir wirklich alles auf den Prüfstand stellen müssen, ist es doch nur legitim zu fragen: Wie sind die Kosten für den Rhododendronpark? Können wir sie uns in dieser Höhe leisten? Wenn nicht, dann müssen wir schauen, ob wir andere Einnahmequellen dafür akquirieren können, damit wir diesen Schatz erhalten können, was eine Prämisse ist, die alle verfolgen, die in diesem Zusammenhang aktiv werden.

In den letzten Jahren ist zwar an den Geldern für den Park kaum etwas gekürzt worden, aber wir kennen alle die Umstrukturierungen mit der Gründung des Rhododendronparks und auf wessen Kosten im Moment versucht wird, Rationalisierungseffekte zu erzielen. Daher komme ich zu dem Schluss, dass, wenn man diesen Schatz Rhododendronpark erhalten will, die Einsparmöglichkeiten bei der Pflege relativ begrenzt sind. Wenn man Kosten dennoch deutlich reduzieren will, wird man relativ schnell an die Frage kommen, wie viel der Qualität des Parks wollen wir erhalten und wie viel nicht. Wir hatten diese Diskussion auch Mitte der neunziger Jahre und konnten sehen, wie schnell das hoch kocht, wenn die Pflanzen nicht in optimalem Zustand sind oder in sehr suboptimalem, um das einmal so zu sagen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur verständlich, dass auf die Initiative von Jens Eckhoff als zuständigem Senator der Koalitionsausschuss be-

schlossen hat, es soll geprüft werden, ob Eintritt während der Blütezeit, nicht während des ganzen Jahres, sondern während der Blütezeit genommen werden kann, vor dem Hintergrund, dass das nicht nur eine Attraktion für die Bremer ist, sondern natürlich auch eine touristische Attraktion. Zudem ist es in anderen Grünanlagen, die eine touristische Attraktion sind, selbstverständlich, dass Geld genommen wird. Das ist überall in Deutschland so, das ist auch international so. Dementsprechend ist es kein ungewöhnlicher Gedanke, dass man sagen könnte, das ist von vornherein schlecht, und das darf man auf keinen Fall machen.

Dieser Prüfauftrag läuft zurzeit. Dass er noch nicht abgeschlossen ist, ist im Moment eine Verspätung von einem Monat. Meines Wissens soll bald ein Prüfergebnis da sein. Der Beschluss wurde gefasst, bevor Bundestagswahlen geplant wurden, und insofern kann ich eine Verzögerung von einem Monat im Grundsatz verstehen.

Für uns als SPD sind bei der Prüfung und bei der Bewertung der Ergebnisse folgende Fragen wichtig: Erstens, werden wirklich die Touristen hinreichend herangezogen, denn sie sind diejenigen, bei denen es überhaupt kein Argument gibt, dass sie dafür nicht bezahlen sollten, dass Bremen entsprechende Schätze vorhält? Zweitens, wie kann es gelingen, dass die Anwohner möglichst kostengünstig und möglichst ohne zusätzliche Belastungen, das wird nicht völlig möglich sein, diesen Park weiter nutzen können? Das gilt natürlich gerade für Familien. Wir wissen alle, dass in dem Erweiterungsgelände - jeder, der kleine Kinder hat und ab und an in dem Park ist, weiß das - ein relativ attraktiver Spielplatz ist, der erhalten bleiben und nicht verwaissen soll. Das muss gewährleistet werden.

Es muss gewährleistet werden, dass diese ganze Sache Akzeptanz vor Ort findet. Man muss mit der Bevölkerung, mit dem Beirat und dem Verein Freunde des Rhododendronparks reden und diskutieren, hat man alternative Möglichkeiten, hat man sie nicht, um dort auch Verständnis zu schaffen.

Man muss, das ist auch eine wichtige Sache, sehen, dass Botanika und der Park eine Einheit sind. Bei dem Beschluss, Botanika in dem Park zu belassen, hatten wir immer gesagt, wir wollen das als Einheit behandelt wissen und gerade eben nicht, dass das neue Gewächshaus oder das Rhodarium, oder wie die verschiedenen Namen lauteten, den Charakter des Parks grundsätzlich verändert. Das war für uns eine wichtige Sache. Es geht also um eine Einheit.

Allerdings darf es umgekehrt nicht dazu kommen, dass die Eintrittsgelder eine verkappte Quersubventionierung von einem Tourismusprojekt werden, das nicht läuft. Das muss auch sichergestellt sein, dass es da entsprechend deutliche Trennungen gibt. Nicht umsonst läuft im Moment parallel die Erstellung eines Konzeptes zu den Perspektiven von Botanika.

Wir wissen, das ist im letzten Jahr durch die Presse gegangen, dass Botanika nicht so erfolgreich gelaufen ist, wie wir erhofft hatten. Seitdem haben Umstrukturierungen stattgefunden, und die bisherigen Erfahrungen, die wir darüber hören, zeigen, dass man zumindest auf dem richtigen Weg ist. Die Besucherzahlen sind entsprechend gestiegen, die betriebswirtschaftlichen Zahlen, soweit sie mir bekannt sind, sind auch so, dass man hoffnungsvoller in die Zukunft blicken kann.

Das heißt, das Ressort ist gefordert, einen Vorschlag vorzulegen, wie es sich die Zukunft des Parkes vorstellen kann. Dann ist der Zeitpunkt der Entscheidung, was wir machen werden. Ich habe die Kriterien aus Sicht der SPD genannt, und es ist eben keinesfalls eine Bremer Märchenstunde, dass man darüber sehr ernsthaft nachdenkt, und wenn es sich realisieren lässt und wenn es sinnvoll erscheint, dies dann auch zu machen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Prinzip haben ja die Vorreden genau das bestätigt, was ich versucht habe deutlich zu machen, nämlich dass man hier in den Haushalt Einnahmen eingestellt hat, für die es keinerlei Substanz gibt. Man hat eine Zahl gegriffen, man weiß nicht, wie man das machen will und wer welchen Eintritt bezahlen soll, wer dann vielleicht überhaupt noch in den Park geht. Es gibt also überhaupt nicht die Grundlage, um die entsprechenden Einstellungen in den Haushaltsvorlagen vorzunehmen. Das ist Fakt und wurde noch einmal bestätigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Dr. Schuster, wenn es darum geht, quasi von den Touristen eine entsprechende Entschädigung zu bekommen, ich glaube, da haben Sie die Grünen auch auf Ihrer Seite, wir sehen natürlich auch die desolante Haushaltssituation. Dann muss man so etwas doch nicht in die Welt setzen und verbreiten und entsprechend auch behandeln in Form von Eintrittsgeldern, sondern dann ist es so

etwas wie eine Kurtaxe, die man zeitlich begrenzt für die drei Monate der Hauptblütezeit dort von den Touristen abkassiert. Das ist eine ganz andere Diskussion.

Ich möchte auch noch einmal verdeutlichen, wie wichtig für die Bürger und Bürgerinnen dieser Park als Raum für Freizeitaktivitäten ist, auch eben für Kinder, da wir wissen, dass es für Kinder wichtig ist, sich zu bewegen, aber auch für Jugendliche, die dort Möglichkeiten haben, sich aufzuhalten. Es gibt viele Familien, insbesondere Familien oder alleinerziehende Mütter oder Väter, die Sozialhilfe beziehungsweise Hartz IV empfangen, und diese können keinen Eintritt für den Park bezahlen, deswegen ist das der falsche Weg. Es ist nicht richtig, und es wäre nicht sozial gerechtfertigt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch noch einmal zitieren aus der Vorlage der Deputation für Umwelt und Energie vom 28. September 2004. Da heißt es nämlich: „Vorläufige Ergebnisse einer aktuell noch andauernden Besucherzählung des Statistischen Landesamtes Bremen zeigen, dass zwei Drittel der Parkbesucher die Grünanlagen häufiger als fünfmal pro Jahr, also regelmäßig besuchen.“ Noch einmal ein deutliches Indiz, wie wichtig dieser Park oder dieses Ensemble, sage ich, Rhododendronpark, aber auch der Botanische Garten, der zu selten erwähnt wird hinsichtlich seiner Bedeutung, und Botanika, auch für die Bremer Bürgerinnen und Bürger sind, und das muss auch so erhalten bleiben! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich möchte es kurz machen, auch wegen der vorgerückten Stunde. Frau Dr. Mathes, Ihre „Milchbubenrechnung“ hat mir sehr gut gefallen. Aber wenn ich Ihrer „Milchmädchenrechnung“ folgen würde, dann dürften wir für kein Schwimmbad, kein Hallenbad Eintritt nehmen, weil alles das auch aus Steuergeldern bezahlt ist. Lassen Sie uns in Ruhe das Konzept, das wir in Kürze vorlegen, abwarten und darüber diskutieren!

Ich finde es sehr traurig, dass hier schon ein kategorisches „Njet“ in diesem Parlament zum Antrag erhoben wird, bevor man weiß, worüber man redet. Grundzüge sind hier genannt worden, wir reden über voraussichtlich zirka 70 Tage Eintritt in der Zeit von zehn bis 17 Uhr. Wir reden über eine

Dauerkartenregelung zu sehr verträglichen Preisen. Wir reden im Wesentlichen darüber, dass wir zur Hauptattraktionszeit, zur Hauptblütezeit die touristische Attraktion auch zu einem angemessenen Wert für die Touristen vermarkten wollen. Ich denke, das ist bei unserer Haushaltssituation nicht nur ein legitimes Anliegen, sondern das Gebot der Stunde! Ich freue mich auf die eingehende Diskussion, die in Kürze in der Umweltdeputation stattfinden wird. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/361 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Abwassergebühren gerecht und ökologisch gestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/362 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Kramer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen haben den Antrag eingebracht, die Abwassergebühren ökologisch und gerecht zu gestalten. Zurzeit werden in Bremen die Gebühren für das Abwasser vom Grundsatz her nämlich einheitlich erhoben, das heißt, die Bürger und Bürge-

rinnen bezahlen pro verbrauchtem Kubikmeter Frischwasser, und zwar unabhängig davon, wie viel Abwasser sie wirklich in die Kanalisation einleiten. Die eingeleitete Menge Schmutzwasser spielt also keine Rolle für das, was man entsprechend an Gebühren zu bezahlen hat. Das ist eine Gleichbehandlung, die ökonomisch ungerecht und ökologisch kontraproduktiv ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein wesentlicher Punkt ist auch dabei neben der Tatsache, dass dies ungerecht ist, dass dem präventiven Schutz vor Überschwemmungen und der Notwendigkeit von Entsiegelung so nicht Rechnung getragen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte das, weil das ja vielleicht immer ein bisschen schwierig zu verstehen ist, an einem Beispiel verdeutlichen. Ein Fünfpersonenhaushalt, der in einem Haus mit einem entsiegelten Garten lebt, und eine Speditionsfirma mit fünf Angestellten und riesigem asphaltierten Parkplatz mit Ablauf in die Kanalisation zahlen zurzeit größenordnungsmäßig quasi die gleich hohe Gebühr, weil es eben nur auf die Frischwassermenge bezogen wird, welche Kosten anfallen. Dabei ist es vollkommen egal, ob die Fläche zehn Quadratmeter oder 10.000 Quadratmeter groß ist. Auch der Grad der Versiegelung spielt keine Rolle, der Fünfpersonenhaushalt und diese riesige Speditionsfirma beispielsweise müssen beide gleich viel bezahlen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie darüber nachdenken, was das heißt, dass nämlich das Abwasser behandelt werden muss, die Kanalisation wird belastet, und die Kosten zum Ausbau der Kanalisation hängen davon ab, wie viel Wasser eingeleitet wird, dann bezahlt das alles diese Familie mit Kindern mit für die Speditionsfirma. Das kann doch nicht sein! Das ist ungerecht, und es gibt keinen rationalen Grund, warum man auf der einen Seite entsprechende Belastungen vornimmt und die andere Seite, die große Mengen Wasser einleitet, entsprechend dann entlastet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher wollen wir Grünen, dass die gesplittete Abwassergebühr eingeführt wird. Diese bedeutet, dass dann getrennte Gebühren erhoben werden, nämlich einerseits für das Schmutzwasser und andererseits für das Regenwasser. Dabei muss dann natürlich die Gebühr für das Schmutzwasser höher sein als die Gebühr für das Regenwasser. Als Beispiel sei hier einmal Hannover genannt. In Hannover werden beispielsweise 1,59 Euro für das Schmutzwasser erhoben und 48 Cent für das

Niederschlagswasser bezahlt. In Bremen dagegen kostet das einheitlich 2,79 Euro.

Der Senat ist hier jetzt einen klitzekleinen oder, ich sage einmal, Zwergenschritt in die richtige Richtung gegangen, aber nur, weil Sie befürchten, dass Sie sonst, denke ich, vor dem Verwaltungsgericht unterliegen, dahingehend, dass ab 2006 diejenigen, die Regenwasser nicht in die Kanalisation leiten, mit elf Cent pro Kubikmeter entlastet werden sollen. Das ist aber nicht der richtige Lösungsansatz. Das ist ein klitzekleiner Schritt, aber man muss zu einer generellen Umstellung des Systems kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die bisherige Bremer Gebührenregelung gibt keinen ausreichenden Anreiz, die Grundstücksflächen auch so zu gestalten, dass das Regenwasser versickern kann. Das hört sich jetzt erst alles so kleinräumig und trivial an, ist aber ziemlich entscheidend, wenn man ein bisschen auf einer längeren Zeitskala in die Zukunft denkt. Es ist nämlich so, dass mit dem Klimawandel sich die Niederschläge häufen und dass natürlich dadurch, dass das Regenwasser in die Kanalisation drängt, es zu Gewässerbelastungen kommen kann, aber auch zu dem verstärkten Vollaufen von Kellern bis dahin, dass das Wasser irgendwo stehen bleibt. Das heißt, man muss hier jetzt zu Ansätzen kommen, rechtzeitig umzusteuern in die Richtung, dass möglichst viel Regenwasser dann auch entsprechend versickert und nicht zu der Belastung der Kanalisation bei Starkregenerereignissen führt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, mit der Einführung der ökologischen und gerecht gemachten Abwassergebühr würde Bremen keineswegs das Rad neu erfinden, sondern es kann von anderen Kommunen da durchaus profitieren. In München gibt es diese gesplittete Gebühr seit 1970. Wenn man in München nachfragt, vor Ort hat sie sich sehr bewährt und ist ausgesprochen erfolgreich. Viele Städte haben deshalb sicherlich in den letzten Jahren nachgezogen. Hannover hat diese gesplittete Abwassergebühr im Jahre 2000 eingeführt, Krefeld 2003, Bochum 2004. Das heißt, hier würde Bremen einen Weg gehen, den schon viele Kommunen gegangen sind, weil es einfach schlicht und ergreifend gerecht, ökologisch sinnvoll und aufgrund des Klimawandels erforderlich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen wünschen uns, dass Sie unserem Antrag zustimmen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich in das Thema weiter einsteige und das noch einmal genauer erläutere, was die Grünen vorhaben, weil ich glaube, dass das eben nicht so ganz deutlich geworden ist, möchte ich gern noch einmal ganz kurz auf dieses Beispiel mit dem Fünfpersonenhaushalt und der Spedition mit fünf Personen eingehen.

Eine fünfköpfige Familie, die in einem Einfamilienhaus lebt, hat sehr wohl die Möglichkeit, ihren Grund und Boden zu entsiegeln. Einer Spedition, die im gewerblichen Bereich tätig ist, ist dies nicht möglich. Sie muss versiegelte Flächen haben aus ökologischen Gründen, weil ansonsten nämlich eine Gefährdung des Grund und Bodens passieren würde durch die Abwässer, die durch den Abrieb et cetera erfolgen. Zum anderen muss man auch ganz klar sagen, selbst wenn sie den Boden entsiegeln würde, wenn sie dann mit den Lastkraftwagen darüber fährt, ist die Versickerung in Grund und Boden, der sich da darunter befindet, gleich null aufgrund der hohen Verdichtung des Bodens. Das heißt, das, was der Antrag fordert, wäre gar nicht möglich.

(Beifall bei der CDU)

Um das Ganze noch einmal deutlich zu machen, möchte ich das noch einmal etwas genauer auseinander nehmen. Im Moment werden in Bremen die Gebühren nach dem Frischwassermaßstab bezahlt, das heißt, jeder Kubikmeter Frischwasser, der verbraucht wird, verursacht automatisch auch einen Kubikmeter Abwassergebühren. Das ist im Grundsatz ein ziemlich einfaches System, das jeder nachvollziehen kann. Regenwasser, das durch die Kanalisation entsorgt wird, wird bisher nicht gesondert berechnet, sondern ist in den obigen Abwassergebühren mit enthalten.

Was fordern jetzt die Grünen? Die Grünen wollen gesplittete Abwassergebühren einführen. Das bedeutet, dass getrennt Frischwasser, Schmutzwasser sowie Regenwasser abgerechnet werden sollen. Damit soll erstmalig auch die Einleitung von Regenwasser gesondert bezahlt werden. Das ist ein ziemlich kompliziertes System, das in den meisten Kommunen über eine Selbstveranlagung und einen erheblichen jährlichen Verwaltungsaufwand läuft, was natürlich auch Kosten verursacht, die müsste man dann wieder umlegen. Nach meinen Erkenntnissen und Erfahrungen, auch gerade im Steuerrecht, wird ein System nicht unbedingt gerechter, nur weil es deutlich komplizierter wird.

Die neue Abrechnung der Abwassergebühren führt zu einer Gebührenverschiebung bei den Gebührenschuldern, bei denen es Gewinner und Verlierer gibt. Sehen wir uns das einmal genauer an! Gewinner waren zum Beispiel bei der Stadt Zwiesel im Bayerischen Wald, die ebenfalls auf gesplittete Abwassergebühren umgestellt hat, Bewohner von Ein- und Zweifamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern. Bei gemischten Wohn- und Geschäftshäusern oder bei Mehrfamilienhäusern, zu denen eine Parkplatzanlage gehört, blieben die Gebühren fast in gleicher Höhe oder stiegen sogar leicht. Verlierer waren reine Geschäftshäuser.

Auch die Betrachtung anderer Kommunen, die die gesplittete Abwassergebühr eingeführt haben, zeigt, dass gewerbliche Ansiedlungen, die über versiegelte Flächen verfügen wie zum Beispiel in Form von Parkplätzen oder vielen Gebäuden, satten Gebührenerhöhungen bekamen, und ich rede hier nicht von ein paar Cent, sondern ich rede hier von wirklich satten Gebührenerhöhungen, während es für die anderen, die so genannten Gewinner, nicht zu einer im Portemonnaie wirklich spürbaren Reduzierung kam.

Wir als CDU-Fraktion sind der Meinung, dass Ökonomie und Ökologie sinnvoll miteinander in Einklang zu bringen sind. Es ist nicht gerechtfertigt, dass gerade Unternehmen, wie wir sie im Bereich der Häfen oder aber im Logistikbereich haben - Logistik, Sie sprachen ja vorhin die Speditionen an, ist einer unserer Schwerpunkte, ich verweise hier auf das Güterverkehrszentrum -, die hier in Bremen Arbeitsplätze schaffen, die wir so dringend benötigen, die Hauptleidtragenden der von den Grünen angedachten Gebührenerhöhung sind.

Teilweise, und das muss man auch ganz deutlich sagen, können sie noch nicht einmal etwas dafür! Der Staat schreibt vielen Gewerbebetrieben die Versiegelung von Flächen sogar vor. Will ein kombinierter Restaurant- und Hotelbetrieb zum Beispiel einen Anbau vornehmen, muss er den Nachweis über eine bestimmte Anzahl von neu zu schaffenden Parkplätzen erbringen, also eine weitere Versiegelung der Fläche vornehmen. Nachdem der Staat den Gewerbetreibenden die Versiegelung der Fläche vorgeschrieben hat, kassiert er gleich hinterher, sozusagen als Dankeschön, erhöhte Abwassergebühren. Ich habe da so meine Zweifel, ob das unsere Bürger gerecht finden!

Häufig ist eine Entsiegelung der Flächen im gewerblichen Bereich aufgrund des Umgangs mit gefährlichen Stoffen auch schlichtweg nicht zulässig. Auch Straßen, die einen wesentlichen Anteil an versiegelter Fläche gerade in Großstädten ausmachen, wie wir hier in Bremen eine sind,

können nicht entsiegelt werden. Ich stelle mir einmal den Osterdeich in entsiegelter Form vor!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch keine Schulfrage!)

Ich weiß nicht, ob wir das wirklich wollen! Spaßeshalber habe ich die Umstellung auf die gesplittete Abwassergebühr einmal für mich persönlich ausgerechnet. Mein Mann und ich bewohnen ein Reihenmittelhaus mit einem relativ kleinen Garten. Das Dachregenwasser wird dabei in den Regenkanal eingeleitet, und wir haben im letzten Jahr 92 Kubikmeter Wasser mit 256 Euro Abwassergebühren bezahlt.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Nach der von den Grünen geforderten Umstellung würde sich trotz der oben schon erläuterten Veränderung in der Abrechnung von Abwassergebühren keine nennenswerte Entlastung für mich ergeben. Wollte ich also eine Gebührenreduzierung herbeiführen, dann müsste ich eine Regenwasserzisterne auf meinem Grundstück einbauen, weil sich eine Versickerung bei einer neun Meter dicken Lehmschicht, die wir ja bei uns in Arsten-Südwest haben, eher schwierig gestaltet. Das dürfte dann in etwa, selbst wenn ich das selbst mache, eine grob geschätzte Investition von zirka 1500 Euro verursachen. Ein Anreiz für eine Versickerung auf dem eigenen Grundstück ist damit für jeden, der betriebswirtschaftlich rechnen kann, nicht gegeben.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt könnte man natürlich sagen, und das versucht Frau Linnert ja jetzt gerade auch auszuführen: Auf Einzelschicksale brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Stellen Sie sich vor, es gibt auch Menschen, die übernehmen Verantwortung für die Umwelt!)

Diejenigen vergessen jedoch, Frau Linnert, und das vergessen auch Sie, dass ich kein Einzelfall bin! Wir haben hier in Bremen einen sehr hohen Anteil an Reihenhäusern, und allein in Arsten-Südwest gibt es von meinem Haustyp, den ich gerade eben dargestellt habe, über 500 Bau- und Wohneinheiten. Für diese gilt natürlich das Gleiche. Damit kann das Ziel dieses Antrags, Anreize für eine Entsiegelung oder eine Versickerung auf dem Grundstück zu schaffen, bei einer Vielzahl von Einleitern genauso wie bei den sehr großen Einleitern von Regenwasser wie zum Beispiel

dem öffentlichen Straßennetz nicht umgesetzt werden. Aus diesen Gründen lehnt die CDU-Bürgerschaftsfraktion diesen Antrag der Grünen auf Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr auch ab. Das bedeutet jedoch nicht, dass die CDU-Fraktion den Gedanken, Regenwasser so weit wie möglich aus dem Kanalsystem auszukoppeln, nicht unterstützen würde. Im Gegenteil, wir haben vielfältige Maßnahmen unterstützt, um ökologische Anreize zu schaffen, Regenwasser versickern zu lassen oder ortsnah abzuleiten, von denen ich hier nur einige wenige aufzählen möchte.

Bremen ist eines der wenigen Bundesländer, die seit vielen Jahren die Regenwassernutzung und die Dachbegrünung erfolgreich fördern. Auch Paragraph 132 a des Bremischen Wassergesetzes, nach dem Regenwasser von Wohngrundstücken oder vergleichbarer Nutzung vorrangig dezentral über Versickerung oder ortsnah Einleitung in oberflächennahe Gewässer zu beseitigen ist, ist im Jahr 2004 eingeführt worden. Diese Maßnahme greift bei Neubauten und Umbauten und wird langfristig sehr wirksam sein. Im Bereich des Areals Airport-Stadt wurden gerade 20 Hektar von einer Mischwasserentsorgung von Regen- und Schmutzwasser auf ein getrenntes Kanalsystem umgestellt. Bei weiteren städtebaulichen Erschließungen und Umstrukturierungen in Gebieten, wo es bisher nur einen gemeinsamen Kanal gibt, soll es in der Zukunft ebenfalls zu einer Trennung kommen.

Die Gebührensatzung wurde bereits dahin gehend geändert, dass in Gebieten, wo ausschließlich ein reiner Schmutzwasserkanal existiert, eine Teilbefreiung von den Gebühren möglich ist. Dies soll, wie dem Deputationsbericht vom 24. August 2005 zu entnehmen war, am 1. Januar 2006 erweitert werden. Wer kein Regenwasser in den Kanal einleitet, egal, ob er in einem Mischgebiet oder einem Gebiet nur mit Schmutzwasserkanal liegt, erhält ebenfalls eine Gebührenreduzierung.

Als Pilotprojekt der dezentralen Regenbewirtschaftung unter dem Titel „River Links“ wird das Dachwasser des AWD-Domes und der Messehallen in den Hollersee und den Torfwasserkanal eingeleitet. Auf Initiative meines Fraktionskollegen Herrn Imhoff soll die bisherige Praxis der nachträglichen Erstattung von Abwassergebühren für produzierende Betriebe und Landwirte, die das Frischwasser in ihrem Betrieb verbrauchen und nicht wieder in den Kanal zurückleiten, überprüft werden und wenn möglich auch zu einer Verwaltungsvereinfachung führen.

(Abg. Focke [CDU]: Der Mann ist schlau!)

Das ist er tatsächlich! Darüber hinaus ergibt sich aufgrund der vertraglichen Gestaltung mit Hansewasser zum 1. Januar 2007 die nächste Verhandlungsmöglichkeit über die Festsetzung von Abwassergebühren. Hier sehen wir durchaus Handlungsspielraum, der zu einer Gebührensenkung genutzt werden kann, und das kommt dann allen zugute.

Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion stehen für die Verbindung von Ökonomie und Ökologie und setzen uns auch weiterhin für sinnvolle und gerechte Lösungen für die Abwassergebühren ein. Daher lehnen wir Ihren Antrag, wie gesagt, ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Wie viel Wasser verbrauchen Sie denn?)

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gestehe, ich habe mir meinen Wasserverbrauch nicht noch einmal angeschaut, obwohl ich schon einmal gehört habe, dass ich eigentlich relativ wenig verbrauche, denn sparsam mit Wasser umzugehen macht aus vielerlei Gründen Sinn.

Ganz ernsthaft: Frau Ahrens hat sehr viele Sachen gesagt, die ich jetzt überhaupt nicht wiederholen will, weil ich im Wesentlichen richtig finde, wie sie argumentiert hat. Ich glaube, die eine Sache ist, die ökologische Bedeutung der Regenwasserversickerung nicht gering zu schätzen. Bremen muss dabei auch kritisch überprüfen, ob wir wirklich das tun, was wir tun müssen. Das ist die eine Sache.

Die zweite Sache ist allerdings, und da sind Sie, glaube ich, über das Ziel hinausgeschossen, Frau Dr. Mathes, einfach zu sagen: Wir machen dann einmal ganz schnell eine Gebührenänderung, die bis Ende Dezember fertig sein soll, und das wird dann gerechter und ökologisch sinnvoller. Das halte ich für sehr zweifelhaft, weil - Frau Ahrens hat das sehr wortreich ausgeführt - es bei so einer Reform Gewinner und Verlierer gibt. Es ist eine Frage der Akzeptanz von Gebühren, was am Ende wirklich genau durchsetzbar ist.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, das ist aber nicht der Antrag!

Ich bin gern bereit, in der Umweltdeputation ernsthaft über die verschiedenen Fragen nachzudenken, wie wir Regenwasserversickerung hier besser fördern können und welche Anreizinstrumente wir dafür sinnvoll nutzen können. Dabei wäre auch die Frage zu prüfen, was wir mit einer Veränderung des Gebührensystems erreichen können, aber auch, welche Nachteile das hätte. So weit ist es d'accord.

Der Antrag schießt aber hier über dieses Ziel deutlich hinaus, und deswegen lehnen wir ihn auch ab. Das heißt aber nicht - denn das Grundanliegen halte ich auch für eine ökologisch wichtige Fragestellung, gerade angesichts des Klimawandels, wie Sie richtig ausgeführt haben -, dass wir darüber in der Umweltdeputation nicht weiter reden sollten. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/362 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vereinbart worden, dass wir nun die fünf Tagesordnungspunkte ohne Debatte aufrufen und zur Abstimmung stellen und wir uns dann dem Ende des heutigen Tages auch genähert haben.

Ortsgesetz zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde (BremStBOG)

Mitteilung des Senats vom 6. September 2005 (Drucksache 16/392 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbibliothek Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

16. Änderung (ehemals 131. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

- **Oberneuland (Ökumenisches Gymnasium/Reit- und Fahrverein Oberneuland) -** Mitteilung des Senats vom 20. September 2005 (Drucksache 16/400 S)

Wir verbinden hiermit:

Vorhaben- und Erschließungsplan 18 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) in Bremen-Oberneuland

für eine Reitsportanlage des Reit- und Fahrvereins Oberneuland e.V., nordöstlich des Obersten Fleetes (nordöstlich Oberneulander Landstraße 145)

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005 (Drucksache 16/401 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer den Plan zur 16. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich lasse nun über den Vorhaben- und Erschließungsplan 18 abstimmen.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 18 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1297
für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen**

- Löhstraße
- Rosenstraße
- Korbecker Straße
- Tannenstraße

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005
(Drucksache 16/402 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1297 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung

Mitteilung des Senats vom 20. September 2005
(Drucksache 16/403 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38
vom 4. Oktober 2005**
(Drucksache 16/406 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Als Erstes lasse ich über die Petitionen S 16/204, S 16/205 und S 16/206 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen S 16/204, S 16/205 und S 16/206 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Das war der letzte Tagesordnungspunkt für heute.
Ich bedanke mich und wünsche allen, die noch
etwas vorhaben, viel Vergnügen!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.29 Uhr)